

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366



Schulterschluss DGB und Bundeswehr

Christoph Marischka und Jürgen Wagner - Sicherheitspolitischer Workshop des DGB: Ein Schlag ins Gesicht der Friedens- und Antikriegsbewegung - **1**

Bernhard Klaus - „... die Diskussion so führen, dass sie zielführend ist“ Bericht vom „Friedens- und Sicherheitspolitischen Workshop“ des DGB - **4**

Deutschland und die Bundeswehr

Jürgen Wagner - Verantwortung zum Krieg: Schwarz-Rote Weltmachtambitionen - **6**

Michael Schulze von Gläser - Die Bevölkerung auf Kriegskurs bringen: Offensive zur Militarisierung von Schulen und Universitäten - **8**

Christian Stache - Schuleinsatz der Bundeswehr: Ideologiekritische Lektionen - **10**

Frank Brendle - Krieg um die Köpfe: Das Feld der Ehre - **14**

Michael Schulze von Gläser - Die SWP im Krieg: Die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und der Syrien-Konflikt - **18**

Zivilklausel

Christoph Marischka - Forschung in „überwiegend militärischem Interesse“ trotz Zivilklausel? - **26**

Drohnen

Thomas Mickan - Der US-Drohnenkrieg und die Rolle Deutschlands - **27**

Andreas Schüller - Vorauseilender Gehorsam: Keine Strafverfolgung von Drohnenangriff durch Bundesanwaltschaft - **29**

IMI-Kongressbericht 2013

Krieg um die Köpfe - Über die Mobilisierung von Zustimmung und die Demobilisierung von Protest - **31**

Editorial:

Die letzten zwei Monate seit dem Erscheinen des letzten AUSDRUCKs waren friedenspolitisch sehr bewegt – nicht nur wegen dem Friedensausverkauf im Koalitionsvertrag, Insbesondere die zahlreichen Enthüllungen um den US-Drohnenkrieg und die deutsche Beteiligung, etwa das Aushorchen von Asylbewerber_innen oder der US-Rüstungsforschung an Hochschulen, trugen dazu bei. Eine solche mediale Informationspolitik darf erfreuen. Es bleibt die Frage, wie viel wird sich ändern, und woran liegt es gegebenenfalls, dass sich die militarisierten Verhältnisse, mitunter auch verschlimmern?

In diesem Heft wird versucht, einige Antworten auf die Frage zu geben. Vorneweg sei dafür auf den hier ausführlich dokumentierten IMI-Kongress hingewiesen, bei dem die Frage nach dem Krieg

um die Köpfe im Mittelpunkt stand. Einem Beitrag von Frank Brendle über die neue Gedenkkultur der Bundeswehr möchten wir als einen von vielen guten Kongressbeiträgen zusätzlich Raum geben. Aber auch abseits vom Kongress finden sich Antworten zur Frage nach den zunehmend militarisierten Verhältnissen – und dem Widerstand. Zwei Beiträge beschäftigen sich insbesondere mit den Schuleinsätzen der Bundeswehr und wie darüber die Bevölkerung auf Kriegskurs gebracht werden soll. Ein langer Artikel behandelt die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einem der größten sogenannten Think-Tanks in Berlin, und wie dessen Ansichten des Syrien-Konfliktes eingeschätzt werden können. Neben weiteren Themen wie die unrühmliche Rolle des Generalbundesanwaltes im Drohnenkrieg, machen den Auftakt in diesem Heft

jedoch zwei Beiträge über das Verhältnis von Gewerkschaften, Friedensbewegung und Bundeswehr. Die Auseinandersetzung um den sogenannten „sicherheitspolitischen Workshop“ des DGB dürfen dabei gern als ein kleiner friedenspolitischer Erfolg gesehen werden. Allen Beteiligten gebührt Anerkennung für ihre Zivilcourage.

Zum Schluss soll noch etwas Werbung für den gerade erscheinenden Drohnenforschungsatlas der IMI gemacht werden. Wer und Wo und Woran an Drohnen in Deutschland forscht, darüber soll diese Broschüre erste Antworten geben. Wir freuen uns über Bestellungen oder den kostenlosen Download, ein engagiertes Lesen und auch über Kritik und Verbesserungsvorschläge.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Thomas Mickan, US-Drohnenkriege, gekürzt in Friedensjournal, Okt./Dez. 2013.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild/S.5: Motiv des Protestes gegen den Schulterschluss zwischen DGB und Bundeswehr; S.7: Cover der angesprochenen SWP-Studie; Rückseite: Cover des Drohnenforschungsatlas, IMI 2013, Hintergrund der Drohnenwolke, Micheal Ebeling.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Thomas Mickan und Michael Schulze von Glaßer sind IMI-Beräte. Bernhard Klaus ist Publizist und IMI-Mitglied. Christian Stache ist Politikwissenschaftler in Hamburg. Frank Brendle ist Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Berlin-Brandenburg. Andreas Schüller ist Referent für Völkerstrafaten und rechtliche Verantwortung beim European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisation und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist:

1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

Kontakt:

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



Sicherheitspolitischer Workshop des DGB

Ein Schlag ins Gesicht der Friedens- und Antikriegsbewegung

von Christoph Marischka und Jürgen Wagner

Vorbemerkung: Der folgende Artikel wurde als Kritik im Vorfeld des „Friedens- und Sicherheitspolitischen Workshops“ des DGB am 30. Oktober 2013 veröffentlicht. Er wird nachfolgend um einen Bericht von der Veranstaltung selbst ergänzt.

Im Februar 2013 kam es zu einem „denkwürdigen“ Treffen zwischen DGB-Chef Michael Sommer und Verteidigungsminister Thomas de Maiziere, das von vielen Seiten heftig kritisiert wurde, weil dort eine engere Kooperation beider Institutionen vereinbart wurde. Zunächst hatte es daraufhin den Anschein, als würde die DGB-Spitze aufgrund der mannigfaltigen Kritik von ihrem Kuschelkurs gegenüber der Bundeswehr wieder abrücken. Dass dem nicht der Fall ist, zeigt jedoch ein prominent angekündigter „Sicherheitspolitischer Workshop“, der am 30. Oktober 2013 in Berlin stattfinden wird. Das Programm kann nicht nur getrost als ein Schlag ins Gesicht der Friedens- und Antikriegsbewegung gewertet werden, es zeigt auch, dass jetzt Widerstand gegen diese Entwicklung dringend notwendig ist.

Empörung über Sommers Kuschelkurs

Der langjährige Gewerkschafter [Manfred Dietenberger](#) beschreibt das Februar-Treffen zwischen de Maiziere und Sommer sowie dessen Tragweite mit folgenden Worten: „In den 50er Jahren hatten sich die Gewerkschaften also gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands gestemmt. Die Bundeswehr hatte sich wiederum lange gegen gewerkschaftliche Rechte für Soldaten verwehrt. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Meldungen aus dem Februar 2013 für einige Aufmerksamkeit sorgten: ‘Lange Zeit standen die Gewerkschaften der Bundeswehr äußerst kritisch gegenüber. Das scheint vorbei. DGB-Chef und Verteidigungsminister demonstrieren bei einem Treffen Einigkeit’, so liest sich der Anfang einer dpa-Meldung. Der DGB-O-Ton zu dieser höchst alarmierenden Meldung findet sich in den Pressemeldungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unter der Überschrift ‚Gewerkschaften und Bundeswehr: Engerer Austausch geplant‘: ‚Nach dreißig Jahren war mit Thomas de Maiziere wieder ein Bundesverteidigungsminister zu Besuch beim Deutschen Gewerkschaftsbund. De Maiziere folgte einer Einladung des DGB. Vereinbart wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften.“¹

Nachvollziehbarer Weise war die Empörung hierüber groß und es hagelte von vielen Seiten Kritik: „Wir empfinden es als vorsätzliche Missachtung von uns als friedensbewegter Basis, wenn Du in unserem Namen den Schulterchluss zum Minister der deutschen Kriegspolitik suchst“, hieß es etwa in einem [offenen Brief](#) an Michael Sommer, den das Friedensplenum/Antikriegsbündnis und der DGB-Arbeitskreis Tübingen unter-



Protest auf der Veranstaltung

zeichnet hatten.² Vor diesem Hintergrund schien es zunächst, als rudere der DGB-Chef wieder zurück, als er bei seiner Rede auf dem 27. Gewerkschaftstag der GEW am 12. Juni 2013 einen breiten Dialog ankündigte: „[E]s macht immer wieder Sinn, sich angesichts unserer eigenen Geschichte kritisch mit der Rolle der Streitkräfte zu befassen. Und wir sollten das weiterhin tun - vielleicht

weniger mit Unterstellungen und verkürzten Zitaten, aber mit aller Ernsthaftigkeit. [...] Ich plane für den Herbst einen großen friedenspolitischen Workshop des DGB zu veranstalten, auf dem alle zu Wort kommen sollen. Diejenigen, die gewerkschaftlich in und mit der Bundeswehr arbeiten, Pazifisten und Kritiker von Auslandseinsätzen der Bundeswehr genauso wie Menschen und Organisationen, die sich für die Betreuung von Kriegsopfern oder traumatisierten Soldaten einsetzen und natürlich auch diejenigen, die sich mit Fragen der Konversionspolitik beschäftigen. Eine solche Veranstaltung steht bewusst in der Tradition unserer Aufrufe zu den Anti-Kriegstagen und soll sich auch seriös mit UNO-Blauhelm-Einsätzen oder der moralischen Bewertung von neuen Militärtechnologien wie Drohnen oder akustischen Waffen auseinandersetzen.“³

Sommers GEW-Rede konnte als ein versöhnliches Zeichen verstanden werden, fehlte in seiner Aufzählung schließlich der Anspruch, einen Dialog mit wichtigen Vertretenden des deutschen Militarismus führen zu wollen – doch nun, da das endgültige Programm des „Friedens- und Sicherheitspolitischen Workshops“ veröffentlicht wurde, macht sich erneut Ernüchterung breit.⁴

Sicherheitspolitischer Workshop

Was sich die DGB-Spitze genau dabei gedacht hat, zu diesem Workshop mit Herfried Münkler ausgerechnet einen der wichtigsten und gefährlichsten Propagandisten der neuen deutschen Interventionspolitik einzuladen, muss man sie schon selbst fragen – und es steht zu hoffen, dass dies möglichst viele Menschen am 30. Oktober auch direkt tun werden. Da eine ausführliche „Würdigung“ von Münklers Einfluss an dieser Stelle den Rahmen sprengen würde⁵, hier nur eine kleine Kostprobe, um einen Einblick in dessen Denke zu erhalten. Für den Politikprofessor und Merkel-Berater besteht das wichtigste Phänomen unserer Zeit darin, dass eine zunehmende Zahl „neuer Kriege“ – so auch der Name seines Hauptwerkes – an der Peripherie westlicher Wohlstandszonen entsteht. Ursächlich für diese Konflikte sind laut Münkler im Wesentlichen lokale Faktoren, eine westliche Verantwortung – Rüstungsexporte, Armut und westliche Wirtschaftspolitik, Rohstoffsicherung etc., – spielt bei ihm allenfalls eine untergeordnete Rolle. Die „Verdamnten dieser Erde“ sind aus seiner Sicht also primär selbst für ihre Situation verantwortlich.⁶

Mehr noch: Da diese Kriege eine akute Sicherheitsbedrohung darstellen würden, bedürfe es westlicher Pazifizierungskriege, um Konfliktregionen aus ihrer miserablen Lage zu befreien: Folgerichtig plädiert er für „die Herstellung von imperialer Ordnung zwecks Absicherung von

Wohlstandszonen an den Rändern. In diesem Modell gibt es zentrale Regionen, die müssen inkludiert, also territorial kontrolliert werden - das ist zum Beispiel die Golfregion. [...] Der Zwang zu einer zunehmenden Politik der Intervention ist auch die Reaktion auf die Konsequenzen der Globalisierung an der Peripherie. Es bleibt die Frage, ob es gelingt, die zentralen Bereiche in die Wohlstandszonen zu inkludieren, also in der Fläche Ordnung herzustellen, und den Rest zu exkludieren. Es steht aber außer Frage, dass an diesen neuen 'imperialen Barbarengrenzen' der Krieg endemisch wird, nämlich in Form von Pazifizierungskrieg aus dem Zentrum in die Peripherie hinein und in Form von Verwüstungskrieg aus der Peripherie ins Zentrum. [...] Dann entstehen an den Grenzen Europas jene Gefällestrukturen, die typisch sind für imperiale Machtformen. Deshalb werden wir lernen müssen, die Kategorie des Imperiums in Zukunft [...] vielmehr als eine alternative Ordnungskategorie des Politischen, nämlich als Alternative zur Form des Territorialstaates" zu denken.⁷

Soviel zu Münkler, doch auch dass mit dem Grünen Verteidigungsexperten Winfried Nachtweih als einziger Politiker zielsicher eine Person eingeladen wurde, die für große Teile der Friedensbewegung ein dunkelrotes Tuch ist, spricht Bände. Dass sich Nachtweih in diesen Kreisen nicht gerade beliebt gemacht hat, lag u.a. an seiner damaligen Reaktion auf Forderungen der Friedensbewegung nach einer sofortigen Beendigung von Krieg und Besatzung in Afghanistan: „Völlig negiert wird, dass die Sta-



Protest auf der Veranstaltung

bilisierung und Friedensförderung in Afghanistan von den Vereinten Nationen mandatiert und unterstützt wird und dass sich ein nicht unwichtiges VN-Mitglied wie die Bundesrepublik nicht einfach einseitig aus diesem Prozess verabschieden kann. Die Friedensverbände fordern das aber – und reden damit einer anderen Art von destruktivem Unilateralismus das Wort, ausdrücklich nichtmilitärisch, aber indirekt gewaltfördernd.“⁸

Und weil aus Nachtweih's Sicht zivile Handlungsoptionen, verstanden als Absage an und grundlegende Alternative zu Militäreinsätze/n Teufelszeug sind, machte er sich in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter auch daran, solch pazifistischen Irrwegen eine Absage zu erteilen. Vor allem geschah dies in dem bis heute als Referenzdokument geltenden Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, an dessen Erarbeitung und Verabschiedung (im Juni 2004) der Grünen-Politiker maßgeblich beteiligt war. Eine wichtige Botschaft des Dokuments war (und ist es bis heute) laut Nachtweih: „Damit wird zugleich Vorstellungen pazifistischer Friedensorganisationen eine Absage erteilt, die hier und heute zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zum Militär sehen.“⁹

Weshalb also viele Friedensbewegte nur noch fassungslos beim Namen Nachtweih den Kopf schütteln, sollte hieraus verständlich werden. Weniger aber, weshalb die DGB-Spitze vor allem diese Person als geeigneten Gesprächspartner erachtet. Auch einige der anderen geladenen Referenten sind alles andere als unproblematisch, allein diese beiden genügen aber, um Zweifel an den hehren Motiven der DGB-Spitze aufkommen zu lassen – zumal mit Reiner Braun lediglich ein prominenter Vertreter der Friedensbewegung als einer von sechs Podiumsteilnehmern eingeladen wurde.

Und das Motiv?

Was der DGB-Chef mit seinem Vorgehen genau bezweckt, bleibt natürlich spekulativ. Es drängt sich in jedem Fall aber der Verdacht auf, dass er der Auffassung ist, es sei nun nötig, die Gewerkschaftsbasis in der Militarisierungsfrage buchstäblich sukzessive sturmreif zu schießen.¹⁰ Es dürfte deshalb wohl kein Zufall sein, dass sowohl Münkler als auch Nachtweih, dessen „Aktionsplan“ sich prominent auf die „neuen Kriege“ beruft,¹¹ beim „Sicherheitspolitischen Workshop“ eine prominente Rolle eingeräumt wird. Beide eint als führende Vertreter der Rechtfertigungsideologie des deutschen Interventionismus vor allem eine Sichtweise: dass Krieg ein normales, ja gar friedenspolitisch notwendiges und positives Mittel der Politik darstellt, frei nach dem Motto: „Deutsche Kriege, deutsche Waffen morden mit zum Friedenschaffen“. Obwohl man der Auffassung sein sollte, dass einer solchen Sichtweise zumindest in Gewerkschaftskreisen niemand auf den Leim gehen sollte, scheint sie auch von DGB-Chef Sommer geteilt zu werden. So verkündete er in seiner GEW-Rede: „Nie wieder Krieg heißt für uns: Es darf keinen neuen Militarismus geben. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und – daran darf sich nichts ändern. Sie hat im Innern nichts zu suchen und in der Welt ausschließlich mitzuhelfen, Frieden zu sichern, Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen.“¹²

Letztere Argumentation passt sich hervorragend in den Umbau der Bundeswehr zur Armee im Einsatz ein und geht selbst über den 1956 nachträglich im Grundgesetz verankerten und bis heute gültigen Verteidigungsauftrag der Bundeswehr weit hinaus. Die Begründung für die neue Orientierung der Bundeswehr auf Auslandseinsätze mit der „Sicherung des Friedens“ und der Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten entspricht nicht nur uralten imperialen Kriegslegitimationen, sondern auch der Ausrichtung des Zentrums Internationaler Friedenseinsätze

(ZIF), dessen Direktorin, Almut Wieland-Karimi, ebenfalls an prominenter Stelle am DGB-Workshop teilnehmen wird. Das ZIF wurde 2002 gegründet, um die zivil-militärische Zusammenarbeit in Auslandseinsätzen zu verbessern und arbeitet seitdem – finanziert überwiegend aus dem Bundeshaushalt – daran mit, alle Bundeswehreinheiten in „Friedenseinsätze“ umzudeuten. Zum zehnjährigen Bestehen forderte Wieland-Karimi etwa „[i]m Sinne eines vernetzten Ansatzes“ des Verteidigungsministeriums, „alle deutschen Teilnehmer von Friedenseinsätzen gemeinsam zu würdigen: Angehörige der Bundeswehr und der Polizei, aber auch ‚zivile Veteranen‘“¹³. Bereits ein Jahr später veranstaltete das ZIF gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt mit dem „ersten deutschen Tag des Peacekeepers“ eine solche „vernetzte Ehrung“ und gratulierte, gemeinsam mit den Innen- und Verteidigungsministern Friedrich und De Maiziere „allen Peacekeepern zu ihrem Einsatz für den Frieden“, wobei „Soldatinnen und Soldaten, Polizeibeamtinnen und -beamte und zivile Expertinnen und Experten gemeinsam auf der Bühne“ standen.¹⁴

In gewisser Weise konsequent ist es da, dass zum Thema Auslandseinsätze der Polizei mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Radek, ein expliziter Befürworter solcher Missionen zum „Sicherheitspolitischen Workshop“ eingeladen wurde,¹⁵ obwohl diese Einsätze vonseiten der Friedensbewegung ebenfalls teils heftig kritisiert werden.¹⁶

Selbst die Ablehnung des Bundeswehreinsetzes im Inneren mag man DGB-Chef Sommer unter diesen Umständen nicht so recht abnehmen, findet doch sein Schulterchluss mit der Bundeswehr just zu dem Zeitpunkt statt, da die Truppe mit ihren Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien (RSUKp) nach einem weitreichenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erstmals explizit Einheiten für den bewaffneten Einsatz im Inneren jenseits des Verteidigungsfalles aufstellt.¹⁷ Und das alles geschieht unter jenem Verteidigungsminister, der nach dreißig Jahren wieder zum DGB eingeladen wurde und ohne dass seitens der DGB-Spitze lautstarke Kritik an den RSUKp oder dem Verfassungsurteil zu vernehmen gewesen wäre.

Fazit

Tatsächlich wäre ein kritischer Dialog in den Gewerkschaften dringend notwendig, in dem eine Aufarbeitung erfolgt, mit welchen Mitteln und für welche Kapital- und Machtinteressen solche Rechtfertigungsideologien der neuen Kriege hoffähig gemacht werden – dieser Aufgabe hätte sich der „Friedens- und Sicherheitspolitische Workshop“ widmen sollen. Dass hierzu augenscheinlich in der DGB-Spitze allerdings wenig Bereitschaft besteht, zeigt leider ein Blick ins Programm.

Angesichts dieser bestürzenden Entwicklungen regt sich erfreulicherweise Widerstand. In Tübingen etwa veröffentlichte der DGB-Arbeitskreis einen „Aufruf an Tübinger Gewerkschaftsmitglieder zur antimilitaristischen Mitarbeit beim DGB-Kreisverband“, der sich „Gegen die kriegsbefürwortende Vereinnahmung des DGB“ richtet. Abschließend sei aus diesem Aufruf zitiert, der den Nagel auf den Kopf trifft: „Von deutschem Boden soll kein Krieg mehr ausgehen! Dem zu Folge lehnen wir den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, Auslandseinsätze und Rüstungsexporte ab. Diese Position wollen wir innerhalb des DGB wieder nach vorne bringen. Der DGB darf unserer Ansicht nach nicht zu einer weiteren Stimme im öffentlichen Chor werden, der Kriege als Mittel der Außenpolitik gutheißt (siehe Bundespräsident Gauck am Tag der deutschen Einheit in Stuttgart) und uns somit knapp 70 Jahre nach dem letzten Weltkrieg schleichend in die Barbarisierung zurückführt.“

Anmerkungen

- 1 Manfred Dietenberger: *Brothers in Arms. Die Verbrüderung der Gewerkschaftsspitze mit dem Militär*, in: AUSDRUCK (Juni 2013). Der Artikel weist im Übrigen darauf hin, dass das Treffen keineswegs vollkommen aus heiterem Himmel kam, sondern es hier durchaus auch eine lange Vorgeschichte gibt.
- 2 Offener Brief an Michael Sommer zum Treffen mit Verteidigungsminister De Maiziere, DGB-Arbeitskreis Tübingen und Tübinger Friedensplenum/Antikriegsbündnis, 24.03.2013: <http://friedensplenum.twoday.net/stories/326525214>
- 3 Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 27. Gewerkschaftstag der GEW am 12. Juni 2013 in Düsseldorf.
- 4 *Friedens- und Sicherheitspolitischer Workshop*, 30. Oktober 2013, 10.30 Uhr, Kalkscheune, Johannisstr. 2, 10117 Berlin: <http://www.dgb.de/themen/++co++6b5db23c-2ff7-11e3-997d-00188b4dc422>
- 5 Vgl. zur Rolle und dem Einfluss Herfried Münklers Zelik, Raul: „State Failure“ und „asymmetrische Kriege“ als Paradigmen von Weltordnungspolitik“, in: PROKLA 147 (Juni 2007).
- 6 Vgl. zur Kritik der „neuen Kriege“ Wagner, Jürgen: *Intellektuelle Brandstifter: »Neue Kriege« als Wegbereiter des Euro-Imperialismus*, in: *Wissenschaft und Frieden* 3/2006.
- 7 Alte Hegemonie und Neue Kriege: Herfried Münkler und Dieter Senghaas im Streitgespräch, in: *Blätter* 5/04, S. 539-552, S. 549f.
- 8 Zit. bei Wagner 2006.
- 9 Nachtwei, Winfried: *Aktionsplan Krisenprävention: Großer Fortschritt an Friedensfähigkeit*, URL: http://www.nachtwei.de/pdf/ak_plan_ziv_wn.pdf (eingesehen 15.10.06), S. 2.
- 10 Hier dürfte sicher auch der Einfluss der Rüstungsindustrie in Teilen der Gewerkschaften eine nicht unerhebliche Rolle spielen.
- 11 Im Aktionsplan zeigt sich die Reichweite der Theorie der Neuen Kriege überdeutlich. Die Kriegsursachenanalyse könnte direkt von Herfried Münkler abgeschrieben worden sein: „Die Kriege, die seit dem Ende der Blockkonfrontation das Konfliktgeschehen dominieren, unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht von den Kriegen, die noch vor 1989 geführt wurden. Um veränderten Faktoren Rechnung zu tragen, hat sich der Begriff der ‚Neuen Kriege‘ eingebürgert. Ausgangspunkte der meisten innerstaatlichen Konflikte sind nur formal oder rudimentär existierende staatliche Strukturen bzw. der Zerfall von Staatlichkeit. Die gegenwärtigen Konflikte werden oft über sehr lange Zeiträume hinweg mit wechselnder Intensität getragen. In der Realität der Neuen Kriege verschwimmen die drei traditionellen Konfliktphasen immer mehr - die krisenhafte Phase, bevor es zum Ausbruch der Gewalt kommt; die eigentliche Kriegsphase, in der systematische Gewalt eingesetzt wird, und die Phase der Friedenskonsolidierung nach formaler Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung.“ *Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“*, Berlin, 12. Mai 2004, S. 5.
- 12 Sommer 2013.
- 13 „10 Jahre ZIF“, Pressemitteilung vom 22.05.2012, www.zif-berlin.de.
- 14 Tag des Peacekeepers - Deutsches Personal in Friedenseinsätzen, ZIF, Pressemitteilung, 11. Juni 2013: <http://www.zif-berlin.org/de/ueber-zif/tag-des-peacekeepers.html>
- 15 Als es darum ging, Polizisten nach Libyen zu entsenden, meldete er sich folgendermaßen zu Wort: „Ich habe keine grundsätzlichen Bedenken gegen einen Auslandseinsatz in Libyen, aber dafür brauchen wir zusätzliche Mittel. Solche Einsätze können nicht allein aus den bestehenden Etats finanziert werden.“ Vgl. Jan Mallien und Hannes Vogel: *Polizisten befrworten deutschen Ausbildungseinsatz*, *Handelsblatt Online*, 22.08.2011.
- 16 Vgl. hierzu ausführlich Gegen die Militarisierung des globalen Südens! Keine „ferngesteuerten Bürgerkriege“ durch militärische und polizeiliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe!, *IMI-Positionspapier* 2010/001.
- 17 Vgl. hierzu Martin Kirsch: *Der neue Heimatschutz der Bundeswehr*, in: AUSDRUCK (Juni 2013).

„... die Diskussion so führen, dass sie zielführend ist“

Bericht vom „Friedens- und Sicherheitspolitischen Workshop“ des DGB

von Bernhard Klaus

Die Vorgeschichte und das Programm des DGB-Workshops am 30. Oktober 2013 in Berlin machten die Absicht deutlich, was mit dieser Veranstaltung bezweckt werden sollte. Diesen Eindruck konnte auch ein kurzfristig eingefügtes, viertelstündiges Referat von Reiner Braun (IALANA, Vereinigung Deutscher Wissenschaftler) „Zum Verhältnis von Friedensbewegung und Gewerkschaften“ nicht ändern. Die Teilnehmerliste verzeichnete 174 Personen (von denen wohl nicht alle anwesend waren), darunter vierzehn verschiedene Vertreter von Rüstungsunternehmen, dazu einschlägige Lobbyorganisationen wie den Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, den Deutschen Bundeswehrverband und den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. Hinzu kamen vierzehn Vertreter des Bundeskanzleramts und des Verteidigungsministeriums, des Beirats Innere Führung, der Bundesakademie für Sicherheitspolitik sowie des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze und des Deutschen Bundestages. Mithin standen mindestens 18 Prozent der Teilnehmer_innen der offiziellen Politik und dem Militärisch-Industriellen Komplex nahe. Vertreten waren auch Parteien: die SPD mit sechs Personen aus Parteivorstand, Bundestagsfraktion und Untergliederungen, DIE LINKE mit einer Bundestagsabgeordneten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung nominierte einen Vertreter. Neben Funktionsträgern des DGB von verschiedenen Ebenen waren die Einzelgewerkschaften IG Metall, ver.di, GEW, IG BAU, IG BCE, GdP und NGG mit zusammen etwa 53 Teilnehmer_innen vertreten. Laut Liste waren etwa 63 ‚einfache‘ Gewerkschaftsmitglieder gemeldet.

Konflikthafter Auftakt

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer eröffnete die Veranstaltung – allerdings erst nach Verlesung einer Protestnote durch die GEW – schon etwas gereizt mit dem Bekenntnis, dass der DGB in der Tradition der Friedensbewegung der Nachkriegszeit gegen die Gründung der Bundeswehr und gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, in der Tradition der Kampagnen gegen den Atomtod, gegen die Notstandsgesetzgebung und der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss stünde, und dass auch er persönlich für sich diese Tradition in Anspruch nähme. Auf mehrere Zwischenrufe, die Proteste und Transparente der Münchner Frauen-Friedens-Konferenz und der Aktivist_innen der Kampagne „Wir widersprechen“ reagierend, forderte Sommer eine „sprachliche Abrüstung“ und verwahrte sich gegen den Vorwurf, ein „Kriegstreiber“ zu sein – was allerdings so auch niemand formuliert hatte.

Das Gespräch mit de Maizièrè im Frühjahr 2013 habe keine kritischen Themen ausgespart, nur sei über das Gesagte nicht berichtet worden. Der DGB lehne den Einsatz der Bundeswehr im Inneren „ohne Wenn und Aber“ ab. Was die innergewerkschaftliche Debatte betreffe, habe der DGB die Gewerkschaften gebeten, Teilnehmer zu melden – wovon aber die Basis erst auf vielen Umwegen erfahren hatte. Die Diskussion solle so geführt werden, „dass sie zielführend ist“ – was auch immer das heißen mag. Eini-

germaßen unvermittelt bemerkte Sommer darauf, dass er „persönlich verletzt“ sei, wenn behauptet würde, die Bundeswehr stünde in der Tradition der Wehrmacht. Für den Workshop forderte er einen „geschützten Raum“ und „keine Unterstellungen“, denn das Programm sei angeblich „vielfältig“.

Der WDR-Journalist Paul-Elmar Jöris (Preisträger der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Beirat Innere Führung) war vom DGB als Moderator engagiert worden und versuchte, straff durch den Tag zu führen. Dass er keineswegs eine neutrale Rolle spielen würde, machte er eingangs mit der Bemerkung deutlich, dass „alle Konflikte“ sich „nach Deutschland auswirken“ könnten. Und er deutete an, es müssten auch militärische Handlungsoptionen berücksichtigt werden. Dies sei im Wahlkampf bedauerlicherweise ausgeklammert worden. Solcherart alarmistisch auf (präventive) Militärinterventionen eingestimmt, konnte die ganztägige, als „Workshop“ deklarierte Top-down-Veranstaltung beginnen. Laut Plan waren gerade einmal 45 Minuten für Nachfragen und Diskussion vorgesehen.

Den Einführungsteil bestritten Prof. Stefan Berger (Ruhr-Universität Bochum) mit einem Vortrag zum „Verhältnis von Militär und Gewerkschaften in historischer Perspektive“ und, wie bereits erwähnt, Reiner Braun mit einem wesentlich kürzeren Beitrag. Während Berger das Verhältnis von Gewerkschaften und Militär bis 1945 als „äußerst problematisch“ charakterisierte, habe es nach 1945 – auf die Bundesrepublik bezogen – einen „Bruch“ gegeben. In Westdeutschland sei ein „neues Militär“ aufgestellt worden, das „demokratisch verfasst“ sei. Seit 1990 sei es allerdings eine offene Frage, wie die Gewerkschaften sich zur „neuen Außenpolitik“ verhielten. Berger betonte, dass „an Deutschland“ neue Anforderungen „von außen“ gestellt würden, ohne diese zu konkretisieren.

Reiner Braun beendete seinen Schnelldurchlauf zum Verhältnis von Friedensbewegung und Gewerkschaften mit dem Gedanken, den 1. September als Aktionstag von Friedensbewegung und DGB stärker zu nutzen.

Einsatzrealitäten

Das einstündige Mittagspanel nahm sich die „Realität internationaler Einsätze für Beschäftigte“ vor. Die Referate schwankten hier zwischen Legitimationsbeschaffung für Auslands-/Kriegseinsätze der Bundeswehr und gewerkschaftlichen Forderungen. Winfried Nachtwei (GRÜNE, Mitglied im Beirat für Zivile Krisenprävention des Auswärtigen Amtes, im Beirat der Inneren Führung beim Verteidigungsministerium und im Beirat der Stiftung Friedensbewegung) versuchte sich an einer Bilanz der bisherigen „Auslandseinsätze“. Ironischerweise stellte er die UNO-Charta in den Mittelpunkt seiner Argumentation. Dabei blendete er Konfliktursachen wie wirtschaftliche und geostrategische Interessen komplett aus. Stattdessen lieferte Nachtwei die übliche Apologie der „Schutzverantwortung“ („R2P“, Responsibility to Protect): 1999 habe „Europa“ den „zivilen Widerstand der Kosovo-Albaner unterstützt.“ In Bosnien sei die Bundeswehr „vorzüglich“ aufgetreten, quasi um „180 Grad gedreht von der Wehrmacht“. Doch sei der „Krieg“ nach Afghanistan aufgrund „strategischer Fehler“ ab 2006 „zurückgekehrt“. Der Westen habe auf „Billig-State-Building“ und „Billig-Peace-Keeping“ gesetzt. Weit von jeglicher grundsätzlichen Kritik entfernt, geht es Nachtwei um die

Verbesserung von Strategie und Taktik der „Auslandseinsätze“.

Der Vertreter der GdP forderte einen Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Polizei, der ver.di-Mann meinte, dass die Gewerkschaft sich auf die Funktion der Interessenvertretung der Beschäftigten konzentrieren sollte. Die Bundeswehr sei ein „hochqualifizierter Ausbilder für Jugendliche“, die dort „eine Perspektive erhalten“ würden. Dies müsse die Gewerkschaft ver.di anerkennen.

Als Vertreter der IG Metall beschäftigte sich Jürgen Bühl mit der Ausgliederung von Dienstleistungen aus der Bundeswehr. Diese nun ‚privat‘ erbrachten Dienstleistungen seien günstiger als in öffentlicher Regie. Auf Zwischenrufe mochte Bühl nicht eingehen – und nichts zum Thema Konversion sagen. Bühl verteidigte die Rolle der gewerblichen Wirtschaft bei der Unterstützung der Bundeswehr: Denn ohne „die Wirtschaft“ könnte die Bundeswehr von zwölf Auslandseinsätzen nur einen durchführen!

Dr. Almut Wieland-Karimi, Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze, betonte, sie stehe für einen „anderen Weg“, nämlich den der „zivilen Friedenseinsätze“ – und sie verstehe sich als Teil der Friedensbewegung. Sie lobte die Bundeswehr für die Sicherung der Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul. Jeder habe eben eine andere Aufgabe und eine eigene Rolle. Die Forderung nach Beendigung der Auslandseinsätze sei „verkürzt“, stattdessen seien nur „kriegstreibende Auslandseinsätze“ abzulehnen.

Dabeisein bei der Waffenentwicklung

Das Nachmittagspanel über „Konflikte der Zukunft und Perspektiven internationalen Konfliktmanagements“ bestritten die Professoren Herfried Münkler (Humboldt-Universität Berlin) und Lothar Brock (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung). Münkler wiederholte seine im Prinzip bekannten Positionen und stellte folgende Behauptungen auf: Die Rolle Chinas heute sei vergleichbar mit der Deutschlands vor 1914. China stehe heute vor derselben Frage, die Tirpitz vor 1914 mit dem Flottenbauprogramm beantwortet hatte. Münkler machte fünf Großtrends aus:

1. Der klassische Staatenkrieg sei ein Auslaufmodell, wir befänden uns in einer „postheroischen Gesellschaft“.
2. Territorium als solches würde einen relativen Bedeutungsverlust erfahren. „Die Verteilung im Kapitalismus funktioniert prinzipiell“, die kapitalistische Weltordnung sei normativ zwar sehr schwach oder unbefriedigend begründet, würde sich aber nicht mit Gewalt verbreiten.
3. Unterhalb der Kriegsschwelle drohe eine Fülle von gesellschaftlichen Konflikten. Zu beobachten sei die Trennung von Staatenkrieg und Bürgerkrieg. Für Warlords sei Kriegsgewalt ein risikoloses Geschäft.
4. Der Bedeutungsverlust von Territorialität führe zum „Auftauchen neuer Akteure aus der Tiefe des sozialen Raumes“, die von keinerlei Abschreckungsregime erfasst würden. Rot-Grün habe versucht, nicht-territoriale Akteure zu re-territorialisieren, sei damit aber gescheitert. Nun habe der Drohnenkrieg von Bush/Obama zur Re-Symmetrisierung des vorher „asymmetrischen Krieges“ geführt.
5. Heute ginge es um den „Kampf um Dominanz“ und den „Kampf um Ströme“ wie strategische Ressourcen, Öl, Flüchtlinge. Fehler der Europäer sei, keine eigene Spionage-Software entwickelt zu haben. Nun komme es darauf an, „bei der Waffenentwicklung des 21. Jahrhunderts dabei zu sein“!

Lothar Brocks Vortrag kam scheinbar weniger martialisch daher, lag dennoch auf der „R2P“-Linie. Zwar müsse die Achtung des

Völkerrechts normativ bleiben. Denn die Vereinten Nationen seien eine Reaktion auf Faschismus – und Stalinismus (Letzteres nahm Brock gleich wieder zurück) – und würden emanzipatorische Perspektiven für die Schwachen eröffnen. Doch Zwangsmaßnahmen (ohne Mandat nach Kapitel VII der UNO-Charta) seien „illegal, aber legitim“, wenn es um die Gewährleistung der Menschenrechte ginge.

Wir Widersprechen!

Das Abschlusspodium sollte „Schlussfolgerungen für die Gewerkschaften“ formulieren. Marlis Tepe (GEW, DGB-Bundesvorstand) sprach sich für den Einsatz von Zivilklauseln und dafür aus, alle Kooperationen zwischen Bundeswehr und Schule zu beenden.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen (ver.di) forderte neue Abrüstungsbestrebungen und die Entmilitarisierung der Außenpolitik. Für Gewerkschaften und Friedensbewegung könne die „Aktion Aufschrei“ ein Vorbild sein. Die Losung müsse lauten: „Friedensbewegung an die Macht!“

Reiner Braun regte die Wiederbelebung der Konversionsdebatte an. Im Hinblick auf das Gedenkjahr 2014 seien die Bücher von Fritz Fischer wieder zu lesen. Worauf Münkler entgegnete, dass Fritz Fischers Arbeiten vom heutigen Standpunkt methodologisch ungenügend wären, da Fischer nicht komparativ vorgegangen sei.

In ihrem Schlusswort kam Marlis Tepe auf den Ausgangspunkt zurück. Die Berichterstattung über das Treffen von Michael Sommer mit de Maizière hatte die Debatte ausgelöst. Noch vor dem DGB-Bundeskongress im Mai 2014 solle nun eine weitere Tagung und in einem anderen Format zum Verhältnis DGB-Bundeswehr stattfinden.

Mehr war angesichts des Programms und der einseitigen Auswahl der Referent_innen an diesem Tag nicht zu erwarten. Die Vertreter_innen der Gewerkschaftsbasis und Antikriegsbewegung, allen voran diejenigen der Münchner Frauen-Friedenskonferenz, protestierten während des ganzen Tages mit mehreren großen Transparenten – direkt unter den Beamer-Projektionsflächen. Der Protest von „Wir widersprechen“ war so immer sichtbar und bildete einen Kontrast zu den Präsentationen der Befürworter_innen von Rüstung, Krieg und Militärinterventionen. Von den delegierten, ‚bestellten‘ Gewerkschafter_innen äußerte sich niemand – bis auf einen Betriebsrat am Ende des Tages. Obwohl die Protestierenden immer wieder betont hatten, dass sie nichts gegen eine gewerkschaftliche Vertretung einzuwenden hätten, versuchte er es so darzustellen, als ob sie gerade dies ablehnen würden. Der Verlauf des Tages hat gezeigt, dass ein Großteil der Gewerkschaftsbasis mit dem Annäherungskurs der DGB-Führung an die Bundeswehr nicht einverstanden ist, dass antimilitaristische Aufklärungsarbeit und Protest auch in den Gewerkschaften aber weiterhin notwendig bleiben.



Verantwortung zum Krieg

Schwarz-Rote Weltmachtambitionen

von Jürgen Wagner

Mitten in den Koalitionsverhandlungen legten die Verhandlungsführer von CDU/CSU und SPD Anfang November 2013 in einem vorläufigen Papier die Marschroute für die künftige Außen- und Militärpolitik fest. Laut der FAZ (6.11.2013), die sich auf Quellen aus dem Verhandlungskreis berief, sei man sich darin in den meisten Punkten einig gewesen: „In der Außenpolitik haben die Koalitionsunterhändler [...] fast vollständig vom selben Blatt gesungen. Die Positionen und Standpunkte [...] unterscheiden sich nur noch in ganz wenigen Punkten.“

Als wesentlichen „Fortschritt“ machte der Artikel die im Gegensatz zu früheren Schwarz-Roten Papieren inzwischen offen reklamierten Großmachtambitionen aus: „Einen Unterschied zum Koalitionsfundament des Jahres 2005 markiert die außenpolitische Präambel des aktuellen Entwurfes. Die Formulierungen markieren einen Abschied von der Kultur außenpolitischer Zurückhaltung, die frühere Grundsatztexte prägte. Stattdessen haben die Teilnehmer, wie es aus der Verhandlungsrunde heißt, eine selbstbewusste Rolle Deutschlands beschrieben, die mit dem Bekenntnis beginnt, die Bundesregierung wolle die globale Ordnung aktiv mitgestalten.“

Schon seit Jahren hatten interessierte Kreise gefordert, diese – angebliche – Kultur der (militärischen) Zurückhaltung endgültig ad acta zu legen. Diese Bemühungen trugen augenscheinlich Früchte, stellen sie doch das Kernelement der am 19. November 2013 abschließend veröffentlichten Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik dar.

Neue Macht – Neue Verantwortung

Selbstredend fielen die Anfang November veröffentlichten Aussagen nicht vom Himmel, worauf etwa German-Foreign-Policy.com (7.11.2013) hinweist: „Die offensiven Ankündigungen des gemeinsamen Strategiepapiers knüpfen unmittelbar an jüngste Vorstöße aus Berlin an, die in den vergangenen Wochen ein deutlich stärkeres deutsches Ausgreifen in alle Welt gefordert haben.“ Neben zahlreichen Journalisten wie etwa Klaus-Dieter Frankenberger (IMI-Aktuell 2013/232) oder Sicherheitsexperten wie Markus Kaim (IMI-Aktuell 2013/226), die die – angebliche – „Kultur der Zurückhaltung“ geißelten, erwies sich vor allem auch Bundespräsident Joachim Gauck als Wegbereiter des neuen deutschen Weltmachanspruches, wie German-Foreign-Policy.com betont: „In enger Abstimmung mit dem außenpolitischen Establishment in der deutschen Hauptstadt hat etwa Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede zum diesjährigen Nationalfeiertag erklärt, Deutschland sei ‚bevölkerungsreich, in der Mitte des Kontinents gelegen und die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt‘; er lehne es ab, ‚dass Deutschland sich klein macht.‘“

Zuletzt übernahm ein von 50 führenden Vertretern des außenpolitischen Establishments erstelltes Papier nahezu wortgleich diesen Gedanken. Der vielsagende Titel des von „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und „German Marshall Fund“ veröffentlichten Strategiedokuments lautet: „**Neue Macht - Neue Verantwortung**“. In dem zwischen November 2012 und Septem-

ber 2013 erarbeiteten Pamphlet heißt es etwa: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu.“

Deutschland habe ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung und habe hierfür als eine der Führungsmächte des Systems künftig größere Verantwortung zu tragen, so die Kernaussage des Papiers.

Ein Dissens herrschte zwischen den einzelnen an der Erstellung des Papiers beteiligten Exponenten deutscher Großmachtambitionen dabei lediglich, ob militärische Gewalt ausschließlich mit einem Mandat der Vereinten Nationen ausgeübt werden dürfe oder – natürlich nur im „Ausnahmefall“ – auch ohne. Über die grundsätzliche Frage, dass nämlich „Störer“ des für Deutschland so hochprofitablen Systems gegebenenfalls militärisch zur Ordnung gerufen werden müssen, herrschte traute Einigkeit: „Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen; wo sie internationale Grundnormen (etwa das Völkermordverbot oder das Verbot der Anwendung von Massenvernichtungswaffen) verletzen; wo sie Herrschaftsansprüche über Gemeinschaftsräume oder die kritische Infrastruktur der Globalisierung geltend machen oder gar diese angreifen; wo mit anderen Worten Kompromissangebote oder Streitschlichtung vergeblich sind: Da muss Deutschland bereit und instande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können.“

Koalitionsvereinbarung: Ende der Zurückhaltung

Diese engagiert in den Eliten geführte Debatte und die darin formulierten Forderungen flossen nun in die seit 19. November 2013 im Internet auffindbare und den Verhandlungsprozess für diesen Bereich abschließende „**Koalitionsvereinbarung CDU, CSU und SPD**“ der „AG Auswärtiges, Verteidigung, Entwicklungspolitik und Menschenrechte“ und später auch in den **Koalitionsvertrag** ein.¹ Die Präambel klingt, als wäre sie nahezu wortgleich aus dem Papier „**Neue Macht - Neue Verantwortung**“ abgepinselt worden: „Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten. [...] Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden. Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.“ Ganz so friedlich, wie man sich in der Präambel der Koalitionsvereinbarung gibt, will man Deutschlands „internationale Verantwortung“ nun aber doch nicht gewahrt wissen. So wird für die EU eine „strategische Diskussion“ eingefordert, über die geklärt werden solle, „was sie mit vorrangig zivilen Mitteln oder gegebenenfalls auch militärischen Einsätzen erreichen kann und will.“ Gleichzeitig bekennt man sich konsequenterweise auch zu einer „starken Verteidigung“ und betont: „Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein breites militärisches Fähigkeitspektrum voraus.“²

Bei alledem sollte man auf keinen Fall den Fehler begehen zu denken, die SPD müsste hier zum Jagen getragen werden, wie etwa der Tagesspiegel (05.11.2013) betont: „Zur Vorgeschichte

des offensiven Ansatzes gehört, dass die SPD in den vergangenen vier Jahren immer wieder kritisiert hatte, die Außenpolitik unter Minister Guido Westerwelle (FDP) bleibe unter ihren Möglichkeiten und nutze in Konflikten wie Iran, Naher Osten und Syrien ihren Handlungsspielraum und ihren potenziellen Einfluss nicht aus.³ Geradezu triumphierend freut sich die *Welt* (19.11.2013), dass mit der abschließend veröffentlichten Koalitionsvereinbarung, der – aus Sicht des Blattes grundfalschen – „Westerwelle-Doktrin“ außenpolitischer Zurückhaltung in trauer Einigkeit eine klare Absage erteilt wurde: „Einig waren sich Union und SPD aber tatsächlich immer dann, wenn es darum ging, die Doktrin des amtierenden Außenministers Guido Westerwelle (FDP) zu beerdigen. So ist die von Westerwelle am häufigsten zitierte Formulierung des alten Koalitionsvertrages, man lasse sich bei militärischen Interventionen von einer ‚Kultur der Zurückhaltung‘ leiten, im neuen Vertrag nicht mehr enthalten.“

Verhandlungsführer für die CDU war Verteidigungsminister Thomas de Maizière, der schon im Mai 2011 in seiner „*Rede zur Neuausrichtung der Bundeswehr*“ die heutige Marschroute vorgab, als er sagte, der „Einsatz von Soldaten“ könne auch dann erforderlich sein, „wenn keine unmittelbaren Interessen Deutschlands erkennbar sind. Für andere demokratische Nationen ist so etwas längst als Teil internationaler Verantwortung selbstverständlich. Wohlstand erfordert Verantwortung.“ Doch dieses Gerede von der – militärisch umzusetzenden – internationalen Verantwortung ist nichts anderes als der wenig verklausulierte Versuch, mit der „Kultur der Zurückhaltung“ zugunsten einer auf Gewalt gestützten Weltmachtspolitik endgültig aufzuräumen. So schreibt etwa der Politikprofessor *Gunther Hellmann* in einem Beitrag für die „*Internationale Politik*“ – nach eigenem Bekunden „Deutschlands führende außenpolitische Zeitschrift“ – über die machtpolitischen Hintergründe dieser Verantwortungsrhetorik: „Deutschland, so heißt es, hat ‚Führungsverantwortung‘ zu übernehmen. Eine ‚Kultur der Zurückhaltung‘, wie sie in Bonner

Neue Macht Neue Verantwortung

Elemente einer deutschen
Außen- und Sicherheitspolitik
für eine Welt im Umbruch

Ein Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
und des German Marshall Fund of the United States (GMF)

Zeiten verstanden wurde, ist mit einer derart gewachsenen außenpolitischen ‚Verantwortung‘ nicht mehr vereinbar, sei es im Kontext der EU oder in Afghanistan. [...] Berlin sagt ‚Verantwortung übernehmen‘, meint aber ‚Macht ausüben‘.“

Anmerkungen

1 Zwar sind beide Dokumente nicht vollständig deckungsgleich, aber die folgenden Zitate finden sich jeweils in der *Koalitionsvereinbarung CDU, CSU und SPD*, AG Auswärtiges, Verteidigung, Entwicklungspolitik und Menschenrechte, 19.11.2013 und im *Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*, 18. Legislaturperiode. 3. Entwurf (Stand 26.11.00:20).

2 Deshalb müsse laut Koalitionsvereinbarung der „Steigerung der Attraktivität des Auftraggebers Bundeswehr“ hohe Priorität

zukommen. Als Teil einer solchen „Attraktivitätsoffensive“ wird u.a. der „Aufbau der Kinderbetreuung [...] für mehr Familienfreundlichkeit“ genannt. Ferner wird ein grundsätzliches Bekenntnis zur Propagandatätigkeit im Inland abgegeben, um über die Tätigkeit der Truppe „aufzuklären“: „Der Dialog der Bundeswehr mit der Gesellschaft soll insbesondere mit jungen Menschen geführt werden. Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausstellungen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“

3 Westerwelle setzte sich in einem Interview in der *Welt* (10.11.2013) mit dieser Kritik auseinander und hielt ihr entgegen: „Ich bin in meinem politischen Leben oft dafür kritisiert worden, dass ich mich mehrmals gegen eine deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen gestellt habe. Aber wie ist denn heute die Lage im Irak? Oder in Libyen? Ich kann nicht sehen, warum eine politische Reifung des wiedervereinigten Deutschlands mit mehr militärischen Interventionen einhergehen muss. Politische und diplomatische Lösungen haben für mich Vorrang. Wir sollten bei der Kultur der militärischen Zurückhaltung bleiben. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Die Pickelhaube steht uns nicht.“

Rüstungsexporte: Außer Kontrolle

20. November 2013 - IMI-Aktuell 2013/497

Heute wurde der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das Jahr 2012 veröffentlicht. Auf der Seite des Bundestagsabgeordneten Jan van Aken findet sich eine detaillierte Auswertung. Demnach wurden 2012 Exportgenehmigungen in Höhe von 8,87 Mrd. Euro erteilt – so viele wie nie zuvor! Dass es im Vorjahr mehr gewesen seien, liege daran, dass damals noch Zahlen, die eigentlich 2010 hätten angegeben werden müssen, mit enthalten waren. Auch bei den Kleinwaffen sei mit Genehmigungen in Höhe von 76,15 Mio. Euro ein „Allzeithoch“ zu

beklagen. 99% der Anträge seien genehmigt worden, wobei 21% der den tatsächlich erfolgten Kriegswaffenexporte an Entwicklungsländer gegangen seien (Vorjahr 13%): „Die Nummer eins unter den Empfängern deutscher Rüstungsexporte ist erstmals Saudi Arabien (1,237 Mrd. Euro). Unter den Top 10 der Empfängerländer sind außerdem noch Algerien (Platz 3, 287 Mio. €), Korea (Platz 8, 148 Mio.), Singapur (Platz 9, 146 Mio.), Vereinte Arabische Emirate (Platz 10, 124,8 Mio.).“

Jürgen Wagner Bild unten: *Exportschlager G36*, Foto: Domok, Wikipedia, GNU-Lizenz



Die Bevölkerung auf Kriegskurs bringen

Offensive zur Militarisierung von Schulen und Universitäten

von Michael Schulze von Gläßer

Die Debatten um die Anwesenheit von Bundeswehr-Soldaten an Schulen und die Militärforschung der deutschen Armee an Universitäten brodeln schon seit Jahren. Besonders die seit 2008 unterzeichneten Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Schulministerien von mittlerweile acht Bundesländern haben Kritiker dieser fortschreitenden Militarisierung auf den Plan gerufen. An Universitäten streiten Studierende mit so genannten „Zivilklauseln“ gegen den zunehmenden Einfluss des Militärs in den Bildungseinrichtungen.

Als Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) im April diesen Jahres an der Berliner Humboldt-Universität zur „Armee der Einheit – Der Beitrag der Bundeswehr zum gesellschaftlichen Zusammenhalt“ einen Vortrag halten wollte, wurde er von protestierenden Studenten so lange unterbrochen bis er die Veranstaltung schließlich abbrach.¹ Letztlich war es aber wohl die diesjährige Auszeichnung zweier Schulen, die sich gegen Besuche von Soldaten verwehren, mit dem renommierten „Aachener Friedenspreis“, der für die Militärs und ihre Befürworter das Fass zum Überlaufen brachte.²

Militaristische Offensive

Seit die Kritik am Agieren der Bundeswehr zunimmt, wird Sturm gegen alle gelaufen, die sich für friedliche Bildung und Forschung einsetzen. Waren es vor einigen Monaten noch Kolumnisten, die aus eigenem Antrieb für das Militär in die Bresche sprangen, kommen nun immer mehr Soldaten und Politiker prominent und direkt zu Wort. Thomas de Maizière appelliert aktuell im Online-Angebot der Tageszeitung *Die Welt* an den designierten Koalitionspartner SPD, auch in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern weitere Kooperationsverträge zwischen Armee und Schulministerien abzuschließen.³ Auf die Schulen angesprochen, die Soldaten den Zugang verwehren, sagte der Minister in dem gefilmtem Interview: „[E]in offener Boykott, eine offene Ausladung ist nicht hinzunehmen, und dafür brauchen wir öffentliche Unterstützung, dass das nicht stattfindet und die Kooperationsvereinbarung stellt das jetzt sicher.“ Zum Vorfall an der Humboldt-Universität meinte de Maizière, dass zu einer „Diskussionskultur an einer wissenschaftlichen Universität“ auch gehöre „sich ausreden“ zu lassen sowie zuzuhören und Strittiges zu diskutieren: „Die Verweigerung eines Dialoges ist nicht universitär.“

Nachdem in der Wochenzeitung *DIE ZEIT* in den vergangenen Ausgaben mehrfach ganzseitige Anzeigen für die Bundeswehr geschaltet waren (siehe rechts), durfte sich nun der Offizier Dominik Wullers über die Kritik an der Anwesenheit der Armee in Bildungseinrichtungen empören.⁴ Der Soldat bemängelt in seinem Gastbeitrag, dass die „dogmatische Ideologie des bedingungslosen Pazifismus mit Steuergeld verbreitet“ werde. Denn nichts anderes passiere, „wenn schon die Diskussion mit Soldaten als böse und falsch verweigert“ werde. Für Wullers ist es ein „Skandal“, dass die

Mehrheitsmeinung des Parlaments, die von den Soldaten vertreten werde, an manchen Schulen ausgeschlossen sei: „Dass niemand den Soldaten beispringt und alle zusehen, wie dieses demokratiefeindliche Verhalten sich breitmacht, ist es ebenfalls“, so der Offizier und stellvertretende Vorsitzende des Vereins „Deutscher Soldat e.V.“.

Sowohl Thomas de Maizière als auch Dominik Wullers verkennen die

Realität, denn an Schulen und Universitäten dominieren Bundeswehr und Verteidigungsministerium. Während die Armee knapp einhundert so genannte Jugendoffiziere beschäftigt, die ausschließlich dazu dienen, junge Leuten an Schulen von der deutschen Armee und ihrem von der Politik gegebenen – umstrittenen – Auftrag zu überzeugen, haben die Kritiker der Bundeswehr kaum Ressourcen, um an Schulen zu gehen. Während etwa Jugendoffiziere seit Sommer 2011 in Rheinland-Pfalz 500 Schulbesuche verzeichnen können, waren ihre Kritiker in dem Bundesland im selben Zeitraum nur sechs Mal an Schulen aktiv.⁵ Deutschlandweit haben aktuell nur neun Schulen in ihren Schulkonferenzen Beschlüsse gefasst, die Soldaten den Zugang in die Klassenzimmer untersagen.⁶ Die Jugendoffiziere der Bundeswehr haben 2012 bundesweit knapp 4.900 Veranstaltungen an Schulen und Universitäten durchgeführt und dabei über 143.000 junge Menschen erreicht.⁷ Hinzu kommen noch 300 nebenamtliche Jugendoffiziere und über 350 Bundeswehr-„Karriereberater“, die ebenfalls oft an Schulen, aber auch an Universitäten aktiv sind. Das Verteidigungsministerium plant zudem allein für das Haushaltsjahr 2013 fast 4,8 Millionen Euro für Forschungsprojekte an Hochschulen auszugeben und schafft damit einen enormen finanziellen Anreiz für die Bildungsstätten.⁸

„Selbstverständliche Propaganda“

Verteidigungsminister Thomas de Maizière und Offizier Dominik Wullers versuchen die Bundeswehr als Opfer in einer Debatte darzustellen, die sie selbst begonnen haben und anführen. Diese Debatte ist aber nur eine Reaktion von denjenigen, die eine Veränderung – eine zunehmende Militärpräsenz – in Bildungseinrichtungen nicht hinnehmen wollen. Der Normalzustand ist nicht, dass Soldaten in Schulklassen unterrichten. Und dass Hochschulen eine Verantwortung haben, jeden militärischen Einfluss kritisch zu hinterfragen, ist eine aus der Historie gewachsene Konsequenz.

Dass die Militärs und ihre Fürsprecher trotz des eher geringen Widerstands bereits Alarm schlagen zeigt, wie viel Angst sie vor einer Diskussion um die Anwesenheit der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen haben – denn die könnte schließlich auch zum Ergebnis haben, dass Bildungsarbeit nicht zum Repertoire der Armee gehören sollte. Immerhin bezieht die Bundeswehr dabei als eigentlich exekutives Staatsorgan zu politischen Fragen Stellung und legitimiert die aktuelle Sicherheitspolitik. Zudem wird die Ablehnung von Soldaten in Schulen nicht nur von Friedensgruppen gefordert, sondern auch – wie Offizier Dominik Wullers richtig schreibt – von der Lehrgewerkschaft GEW sowie – was Wullers nicht schreibt – von Elternverbänden, Schülervertretungen und Kinderrechtsorganisationen wie „terre des hommes“ und „UNICEF Deutschland“.⁹

Regierungs-Politikern und Armee-Angehörigen geht es nicht darum, eine offene Debatte zu führen, sondern der Bevölkerung

und besonders schon jungen Leuten ihre Meinung aufzuzwingen: die Menschen in Deutschland sollen gefälligst Militärinterventionen im Ausland begrüßen und ihre Kämpfer unterstützen. Dazu werden Soldaten an Schulen geschickt und militärische Forschungsprojekte auch im geisteswissenschaftlichen Bereich finanziert. Und genau deshalb stoßen die Versuche, die Bevölkerung mit aller Macht – und teilweise unlauteren Mitteln wie dem Werben für das Militär über die Ausnutzung kindlicher Technikbegeisterung¹⁰ – auf Kriegskurs zu bringen, auch auf berechtigten Widerstand.¹¹

Nirgends wird dieser Zusammenhang deutlicher als in der „Koalitionsvereinbarung CDU, CSU und SPD“ der „AG Auswärtiges, Verteidigung, Entwicklungspolitik und Menschenrechte“, die am 19. November 2013 veröffentlicht wurde. Kein Wunder, dass sich Verteidigungsminister Thomas de Maizière, wie oben beschrieben, positiv auf die Vereinbarung bezieht, denn geht es nach dem Papier, so soll künftig die – angeblich – bisher an den Tag gelegte „Kultur der Zurückhaltung“ zugunsten einer offensiven Weltmachtspolitik endgültig ad acta gelegt werden.¹² Weil aber die Bevölkerung dem Militär und insbesondere Auslandseinsätzen der Bundeswehr mehrheitlich skeptisch gegenübersteht, soll sie mit einem als „Dialog“ getarnten Propagandafeldzug vom Gegenteil überzeugt werden. So heißt es in der Koalitionsvereinbarung: „Der Dialog der Bundeswehr mit der Gesellschaft soll insbesondere mit jungen Menschen geführt werden. Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“¹³

Anmerkungen

- 1 Biederbeck, Max: Studentenprotest gegen Bundeswehr: De Maizière fehlen die Worte, in: www.spiegel.de, 10. April 2013.
- 2 Schupelius, Gunnar: Wüste Propaganda – Anti-Bundeswehr-Preis ist absurde Geste, in: www.bz-online.de, 18. Juni 2013.
- 3 N. N.: Drei Fragen – De Maizière über Jugendoffiziere an Schulen, in: www.welt.de, 21. November 2013.
- 4 Wullers, Dominik: Soldaten – Was glaubt ihr eigentlich, wer wir sind?, in: www.zeit.de, 24. November 2013.
- 5 N. N.: Frieden will gelernt sein, in: *Südwestdeutsche Zeitung*, 18. November 2013.
- 6 Völpel, Eva: Schulen erhalten Aachener Friedenspreis – Die Truppe soll draußen bleiben, in: www.taz.de, 1. September 2013.
- 7 Thiermann: Jahresbericht der Jugendoffiziere 2012, in: www.bundeswehr.de, 13. Mai 2013.
- 8 Bundestags-Drucksache 17/14706.
- 9 Cremer, Hendrik: Schattenbericht Kindersoldaten 2013, in: www.tdh.de, Januar 2013.
- 10 Schulze von Glaßer, Michael: Kinderkriegsspiele, in: *Ossietzky* 23/2013.
- 11 Für eine noch ausführlichere Kritik an Bundeswehr-Schulbesuchen siehe: Schulze von Glaßer, Michael: Soldaten im Klassenzimmer – die Bundeswehr an Schulen, Köln 2012.
- 12 Wagner, Jürgen: Verantwortung zum Krieg: Schwarz-Rote Weltmachtambitionen, IMI-Standpunkt 2013/065.
- 13 Koalitionsvereinbarung CDU, CSU und SPD, AG Auswärtiges, Verteidigung, Entwicklungspolitik und Menschenrechte, 19. November 2013.



Bundeswehr-Anzeige in der ZEIT - Imagebildung im akademischen Umfeld.

Reservisten gegen Plünderer

6. November 2013 - IMI-Aktuell 2013/462

Die neu gegründeten „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte“ der Reservisten (RSUs) bilden zusammen mit dem ebenfalls neuen „Kommando Territoriale Aufgaben“ (KTA) den Kern einer völlig neuen Präsenz der Bundeswehr im Inland (siehe IMI-Studie 2013/08a). Bundeswehr Monitoring (28.10.2013) berichtete nun über eine Übung der RSUs, bei der auch der Einsatz gegen Plünderer – faktisch also Aufstandsbekämpfung – geprobt worden sei: „Laut einem Online-Bericht der Mittelbayerischen Zeitung vom 28. Oktober 2013 haben ‚erstmalig in ganz Deutschland‘ die mit Reservisten aufgestellten ‚Sicherungs- und Unterstützungskompanien eine Woche lang auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr‘ geübt. Trainiert worden sei dabei auch das Scharfschießen mit dem Sturmgewehr G36, dem Maschinengewehr und der Panzerfaust. Übungsszenario sei gewesen, ‚dass Deutschland durch Unwetter und Überschwemmungen verwüstet war.‘ ‚Die Bundeswehr musste her‘, weil sich ‚Plünderungen und Übergriffe häuften.‘“

Jürgen Wagner

Schuleinsatz der Bundeswehr: Ideologiekritische Lektionen

von Christian Stache

„Laßt euch nicht verführen!
Es gibt keine Wiederkehr.“

Bertolt Brecht

An der Johann-Comenius-Schule (JCS) Thesdorf am Rande der „Metropolregion“ Hamburg fanden im November zwei Diskussionen mit SchülerInnen der Klassen 10/11 sowie 12/13 darüber statt, ob die Bundeswehr weiterhin an Berufsinformationstagen ihren „Karriere“-Berater (ehemals „Wehrdienstberater“) zur „Berufsberatung“ an die Schule schicken dürfte.¹ An den Debatten nahmen VertreterInnen diverser Organisationen teil, darunter der zuständige Jugendoffizier und Leiter der militärgeschichtlichen Sammlung am Standort Husum der Bundeswehr, Oberleutnant Dr. Martin Neumann², und Major Falko Droßmann vom Verein „Innere Führung – Warum Soldaten?“, der von OffiziersanwärterInnen der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg getragen wird.³

Droßmann ist darüber hinaus seit 2001 SPD-Mitglied, Abgeordneter in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte⁴ und Mitglied im Hamburger Landesvorstand des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten“.⁵ Diese Vorfeldorganisation der SPD steht in einer totalitarismustheoretischen Tradition. Sie wird bundesweit von Johannes Kahrs geleitet. Kahrs ist einer der Sprecher des Seeheimer Kreises⁶, dem harten Kern der Agenda-2010-VerfechterInnen in der SPD. Außerdem ist Kahrs zugleich Freund diverser Rüstungskonzerne⁷ und – es ist kaum überraschend – SPD-Chef im Bezirk Hamburg-Mitte. Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ lehnte auch die Vergabe des Aachener Friedenspreises an das Robert-Blum-Gymnasium aus Berlin und die Käthe-Kollwitz-Schule aus dem hessischen Offenbach⁸ ab, weil die Schulen dafür geehrt wurden, dass sie sich zu „Schulen ohne Bundeswehr“ erklärt haben.⁹

Sowohl Oberleutnant Neumann als auch Major Droßmann haben sich während der jeweils knapp 90 minütigen Schuldiskussionen wiederholt charakteristischer Argumentationslinien (Diskursstrategien) bedient, um LehrerInnen und SchülerInnen für ihre Position zu gewinnen. Es ist hinlänglich bekannt, dass SoldatInnen sich bei ihren Einsätzen an der sogenannten Heimatfront als die netten Kumpels von neben an, jung, freundlich und immer mit einem flotten Spruch auf den Lippen inszenieren – eine Masche, die Droßmann zweifellos während der Schuldiskussion einige Sympathien einbrachte. Es ist ebenfalls keineswegs ungewöhnlich, dass die Militärs von ihren Kriegserfahrungen ausgiebig berichten und auch mal einen „Kamerad“ aus den Kriegsgebieten via Telefon oder Computer dazuschalten.¹⁰ Andere Gesprächstaktiken aus dem Debattierclub der sogenannten (Berufs-)Informations- und Kommunikationseinheiten der Bundeswehr sind allerdings nicht so geläufig. Mit einigen von ihnen versuchen Jugendoffiziere, „Karriere“-BeraterInnen und andere SoldatInnen unter anderem, den Gegenargumenten von Friedensinitiativen und antimilitaristischen KriegsgegnerInnen offensiv zu begegnen.

Die mutmaßliche „Entmenschlichung“ der SoldatInnen

Zu Beginn der zweiten Diskussions-session in der norddeutschen Schule platzte es aus Major Droßmann heraus. Er habe es satt, immer diese Begriffe „die Bundeswehr“, „das Militär“ zu hören, mit diesen Worten entmenschliche man die Soldaten. Diese seien vielmehr „Menschen aus Fleisch und Blut“, alle hätten Ängste und Gefühle, sie seien nicht alle gleich, nicht stromlinienförmig, einige hätten „sogar Geist“. Man dürfe ohnehin nicht die Bundeswehr kritisieren, sondern wenn man Kritik übe, dann doch bitte an der Bundesregierung. Denn diese schicke doch die SoldatInnen in den Einsatz.

Dass letzteres richtig ist, ist nicht bestreitbar. Eine Kritik, die sich ausschließlich auf die Bundeswehr oder SoldatInnen beschränkt, geht an der politisch-ökonomischen Wirklichkeit kapitalistischer Entwicklungsmodelle vorbei. Aber es liegt auf der Hand, dass nicht die Termini für staatliche Institutionen, die zwar gewiss nicht immer einheitlich agieren, aber dennoch als kollektive Akteure auftreten, die Soldaten „entmenschlichen“. Wenn etwas die SoldatInnen mehr entmenschlicht als andere Individuen in der „verkehrten Welt und verzauberten Welt“¹¹ des Kapitalismus, dann ist es die Praxis der SoldatInnen und der Bundeswehr. Auch wenn sicherlich die Erfahrungen der SoldatInnen aus den beiden ersten Weltkriegen nicht identisch mit denen der SoldatInnen in heutigen Kriegseinsätzen sind, reicht ein Blick in das literarische Werk von Erich Maria Remarque oder Heinrich Böll, um einen Eindruck davon zu bekommen, was Kriege und die an ihnen beteiligten Institutionen aus SoldatInnen machen.

Besonders perfide ist der Vorwurf der Entmenschlichung deshalb, weil er KriegsgegnerInnen und FriedensaktivistInnen unterstellt, sie bedienten sich eben jener Mittel der Propaganda, die dazu beitragen, dass Menschen soweit entmenschlicht werden, dass für sie nicht einmal mehr das Kriegsrecht gelten soll. Wer legitimiert denn mit der Gewalt, der Kultur, der Sprache, der Bilder usw. die Beteiligung deutscher SoldatInnen an sogenannten gezielten Tötungen, an der Auslieferung Gefangener nach Guantanamo und wie ist es möglich, dass ein deutscher Oberst erst Bomben auf ZivilistInnen werfen lässt und dann befördert wird?

Politisch ist die Anschuldigung aber vor allem deshalb zurückweisen, weil sie das Handeln der SoldatInnen und der staatlichen Institutionen, deren integraler Teil sie sind, entpolitisieren, d.h. letztlich privatisieren. BundeswehrsoldatInnen gehen schließlich nicht als Privatmänner oder -frauen nach Afghanistan, sondern als Teil der deutschen Streitkräfte. Als solche kämpfen sie für die Interessen der deutschen Politik und Ökonomie. Als solche werden sie auch bekämpft von ihren militärischen GegnerInnen. Und als solche gehen sie auch in die Schulen. Wenn man also darüber diskutiert, ob die Bundeswehr an Schulen agitieren und rekrutieren darf oder nicht, geht es nicht um *Herrn* Droßmann oder *Herrn* Neumann, die ihre Freizeit fast komplett ihren Kindern oder einer Parteikarriere opfern. Es geht vielmehr um *Major* Droßmann und den *Jugendoffizier* Oberstleutnant Neumann, die als kleine Zahnräder oder Charaktermasken einer riesigen Kriegsmaschinerie ihren Dienst für Staat, Kapital und Vaterland an der „Heimatfront“ verrichten – ganz wie es ihnen befohlen wurde.



Eigendarstellung der Bundeswehr: Der Soldat als Samariter. Bild: Bundeswehr/Bienert, über Flickr/Wir.Dienen.Deutschland

Moralische Mobilisierung

Major Falko Droßmann berichtete in beiden Diskussionen nicht nur ausgiebig darüber, in welchen Staaten er schon überall gewesen sei: in Afghanistan – „aber nur kurz“ – Mosambik, Sudan, in der sudanesischen Teilrepublik Darfur, im Kongo und auch in Ruanda. Es bestätigte auch, dass die Auslandseinsätze keine Abenteuer seien. Aber, so ergänzte Oberstleutnant Neumann ganz im Sinne der sicherheitspolitischen Doktrin der „vernetzten Sicherheit“ von Verteidigungsministerium und Bundeswehrführung, Frieden sei nicht nur mit zivilen Mitteln herzustellen. Es bedürfe eines Mixes aus zivilen und militärischen Mitteln.“ „Was wir häufig betreiben, ist peacekeeping“, „Friedenssicherung“, meinte auch Droßmann, um dann fortzufahren, „manchmal hätte ich mir gewünscht, eine Waffe dabei zu haben, anstatt in meinem weißen UN-Auto einfach davon zu fahren und die Menschen sich selbst zu überlassen.“

Der „Trick“ an dieser Argumentation ist simpel, hochwirksam und eigentlich auch bekannt: Die Bundeswehr wird ins Ausland entsandt, um anderen zu helfen. Der Einsatz von Waffen dient dem Frieden und – zumindest laut Major Droßmann – noch zu wenig den Opfern von Konflikten in Staaten überall auf der Welt. Dass der Einsatz von Militärs „zum Schutz der Zivilbevölkerung“ fern jeglicher politischer und ökonomischer Wirklichkeit ist und auch nicht den strategischen Leitlinien der deutschen Sicherheitspolitik entspricht¹², spielt für die propagandistische Arbeit der SoldatInnen an Schulen überhaupt keine Rolle. Denn der völlig nachvollziehbare moralische Impuls zur Hilfeleistung in Notsituationen wird von dieser Argumentation abgerufen. Dabei fallen Kriege nicht vom Himmel, sie haben eine Vorgeschichte. In diesen spielen nicht selten auch die Staaten eine entscheidende Rolle, die später Militärs zur mutmaßlichen Friedenssicherung in ein Land entsenden.¹³ Entgegen aller Moral schickt z.B. die Bundesrepublik auch keine SoldatInnen etwa nach Saudi-Arabien, um dort humanitäre Hilfe zu leisten oder eine Demokratie aufzubauen. Im Gegenteil: Sie billigt Waffenexporte an das dortige Regime. Mit anderen Worten: Die Kriegseinsätze und militärischen Operationen der Bundeswehr entspringen keiner moralischen Verantwortung zum Schutz oder zur Hilfeleistung, auch wenn in der internationalen Politik seit einigen Jahren über die sogenannte Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft diskutiert wird.

Die Anrufung moralischer Impulse dient hier vielmehr zur ideologischen Mobilisierung für den Einsatz von Militärs zur Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen, zur Aufwertung der Institution Bundeswehr und des Handelns der SoldatInnen. Unter dem Gesichtspunkt, dass man leidenden Menschen in Notsituationen, wie der netten alten Nachbarin bei einem Sturz zur Hilfe eilt, wird aus dem Soldat ein ehrbarer Samariter und aus dem Soldaten-„Beruf“ eine, wie Major Droßmann auf seiner Homepage schreibt, „Berufung“¹⁴.

Bundeswehr „kontrovers“?

Politische Bildung an staatlichen Institutionen ist generell an den „Beutelsbacher Konsens“ gebunden. Entsprechend beziehen sich auch viele FriedensaktivistInnen, KriegsgegnerInnen und PädagogInnen auf die drei Prinzipien, die 1976 auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im schwäbischen Beutelsbach beschlossen worden sind: 1. das Überwältigungsverbot (keine Indoktrination), 2. das Kontroversitätsgebot (Themen, die in der Gesellschaft umstritten sind, sollen auch so abgebildet werden) und 3. die SchülerInnenorientierung (SchülerInnen sollen befähigt werden, politische Situationen zu analysieren und ihre eigenen Interessen zu formulieren).¹⁵

Die Sachlage ist also eindeutig: Die Jugendoffiziere, die laut ihres eigenen Handbuchs¹⁶ dazu verpflichtet sind, die Positionen des Bundesverteidigungsministeriums zu vertreten¹⁷, verstoßen qua Auftrag gegen das Kontroversitätsgebot.¹⁸ Sie werben mit hohem finanziellen und personellen Aufwand für den Standpunkt der Bundeswehr und „bilden“ nicht.¹⁹

Das hält die Bundeswehr aber keineswegs davon ab, die ohnehin sehr allgemein gehaltenen Bestimmungen des „Beutelsbacher Konsens“ in ihrem Sinne umzudeuten. So heißt es bereits im „Jahresbericht der Jugendoffiziere 2012“: „Insgesamt war festzustellen, dass durch den Besuch des Jugendoffiziers in den meisten Fällen die erste kontroverse Debatte über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit nachhaltiger Sicherheitsvorsorge überhaupt stattfand.“²⁰ Ähnlich argumentierten auch die beiden Soldaten bei der eingangs erwähnten Schuldiskussion. Die Bundeswehr löse erst überhaupt eine Kontroverse aus und – so wird suggeriert – werde so den Anforderungen der politischen Bildung gerecht.

Es macht allerdings einen Unterschied, ob man eine Kontroverse auslöst, sie also in eine Klasse hineinträgt, oder ob man



Jugendoffizierin bei der Arbeit. Originaltext der Bundeswehr: „Kommunikation ist ihre Aufgabe“. Bild: Flickr, „Wir.Dienen.Deutschland“.

versucht, eine bestehende Kontroverse nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgetreu wiederzugeben. Thilo Sarrazin hat schließlich mit seinem rassistischen Buch über Muslime in der BRD eine Debatte provoziert, aber ist er deswegen geeignet, die Kontroverse über seine Thesen sachgerecht darzustellen? Und wie soll dann erst ein Jugendoffizier, dessen Arbeitsanweisung es ist, die Position der Bundesregierung zu vertreten, gleichzeitig auch den Standpunkt der Opposition etwa zum Afghanistaneinsatz vertreten?

Als z.B. während der Diskussion an der Johann-Comenius-Schule über den Pirateneinsatz am Horn von Afrika (ATALANTA) gestritten wurde, war die Marschroute der Bundeswehrvertreter klar: Somalia ist ein „gescheiterter Staat“ und „wir“ verteidigten dort die Routen von UN- und Handelsschiffen. Das ist die Diktion der Bundesregierung, des Bundesverteidigungsministeriums, der Bundeswehrführung und der Bundeswehr-Think-Tanks. Weder der Jugendoffizier noch sein „Kamerad“ vom Verein „Innere Führung – Warum Soldaten?“ verloren ein Wort darüber, dass dieser Auslandseinsatz seit Jahren z.B. im Bundestag keineswegs einstimmig beschlossen worden ist, dass die Inhaftierung und Verurteilung sogenannter Piraten in der Bundesrepublik völkerrechtlich nicht haltbar ist oder dass europäische Unternehmen für die Zerstörung der Existenzgrundlage der somalischen Fischer verantwortlich sind. So sieht „Kontroversität“ im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr aus.

„Ausschluss aus dem Konzert der Meinungen“

Eine zentrale Forderung der Friedens- und Antikriegsbewegung in der Bundesrepublik lautet: „Bundeswehr raus aus den Schulen“. In mehreren Bundesländern arbeiten Bündnisse zusammen, um der Militarisation der Bildung Einhalt zu gebieten.²¹ Während der erwähnten Diskussionen an der norddeutschen Schule reagierten die Bundeswehrrepräsentanten ziemlich ungehalten auf diese in der Zivilgesellschaft durchaus geteilte Forderung. Sie empörten sich darüber, dass es sich um einen Versuch der „Zensur“ handele, der die Bundeswehr „aus dem Konzert der Meinungen“ ausschließen wolle.

Dieser Einwand ist ein anschauliches Beispiel für das, was Herbert Marcuse einst als „repressive Toleranz“ bezeichnet hat. Toleranz soll nicht denen gewährt werden, die dissidente Positionen vertreten, sondern sie wird von jenen eingefordert, die für Armut, Krieg und Ausbeutung verantwortlich sind, damit sie den Status quo aufrechterhalten können, der täglich Menschenleben kostet. Wie von Ray Bradbury oder George Orwell in ihren Dystopien anschaulich beschrieben, werden fortschrittliche Forderungen in ihre Gegenteil verkehrt.

Für ein solch formalistisches Verlangen nach pluralistischer Meinungsdemokratie bedarf es, folgt man Droßmann und Konsorten, keiner inhaltlichen Begründung. Was gesagt wird und wie das Gesagte zur Herrschaft steht, ist nicht von Belang. Ob man für Krieg ist oder gegen ihn, ob man für die Militarisation der Gesellschaft eintritt oder dagegen, spielt keine Rolle. Wahre und falsche Positionen werden austauschbar und die erdrückenden gesellschaftlichen Verhältnisse walten fort, während jegliche Kritik in die Kakophonie der Meinungen eingemeindet wird, die alle Hilferufe übertönt.

Rekrutierung im „persönlichen Pausengespräch“

Die Bundeswehr und die zuständigen SoldatInnen bekräftigen in nahezu allen erhältlichen Veröffentlichungen, dass Jugendoffiziere an Schulen nicht rekrutierten und dass es eine klare Trennung zwischen „Berufsberatung“ (Rekrutierung) durch die sogenannten KarriereberaterInnen und der „politischen Bildung“ bzw. „Information“ (Propaganda, Akzeptanzbeschaffung und Indoktrination) durch die Einheit der Jugendoffiziere gibt.

Zum Beispiel wird im aktuellen Bericht zum Jahr 2012 betont: „Ähnlich wie in den Vorjahren, wurden die Jugendoffiziere (...) zu beruflichen Perspektiven und Möglichkeiten befragt. Mit Nachdruck wird in diesen Situationen Lehrkräften wie Schülerinnen und Schülern die Trennschärfe zwischen den Karriereberatern der Bundeswehr und den Jugendoffizieren als Referenten für Sicherheitspolitik erläutert. Die Jugendoffiziere kommunizierten auch 2012 unmissverständlich, dass sie keine Nachwuchsgewinnung betreiben und somit weiterhin nicht als Ansprechpartner

für die Beratung zum beruflichen Einstieg bei der Bundeswehr zur Verfügung stehen.²² Diese Unterscheidung ist juristisch von grundlegender Bedeutung. Denn Rekrutierung an Schulen ist in der Bundesrepublik offiziell verboten.

Diese scharfe Trennung ist in der Realität aber nicht haltbar. Es ist selbstverständlich und schlicht nicht auszuschließen, dass Kinder und Jugendliche nach den Möglichkeiten einer Berufsausbildung bei der Armee im Unterricht fragen. Dass die Jugendoffiziere auf solche Fragen konsequent die Antwort verweigern und auf die WehrdienstberaterInnen verweisen, ist schlicht unglaubwürdig und alles andere als kommunikationsfördernd. De facto ist die Trennung auch nicht haltbar. Denn Jugendoffiziere sammeln z.B. Kontaktdaten von Interessenten und geben sie an die „KarriereberaterInnen“ weiter. Letztere nutzen auch die von ersteren hergestellten Verbindungen zu Schulen und LehrerInnen, um ebenfalls – im entsprechenden Rahmen – an dieselben Schulen zu gelangen. Auch Oberleutnant Neumann musste während der Schuldebatte letztlich eingestehen, dass er „im persönlichen Pausengespräch“ durchaus mehr macht, als „nur“ SchülerInnen über die deutsche „Sicherheitspolitik“ aufzuklären. Auf dem Schulhof plaudert auch er – formal korrekt, weil nicht im Klassenraum während des Unterrichts – über Laufbahnen, Besoldung, kostenloses Studium usw. Die Praxis ist etwas anderes als die Theorie. Die einzige Möglichkeit, um wirklich zu gewährleisten, dass nicht an Schulen rekrutiert wird, besteht darin, dass der Bundeswehr der Zugang zu den Klassenzimmern verwehrt wird. Dieser Weg wäre auch ein Beitrag dazu, dass die Bundesrepublik endlich die Kinderrechtskonvention ratifiziert, derzufolge überhaupt erst volljährige Personen ab 18 rekrutiert werden dürfen. Bis dato werden jährlich immer noch über 1.000 Minderjährige von der Bundeswehr angeworben²³, ganz zu schweigen von der Einbindung von Kindergärten²⁴ und GrundschülerInnen²⁵ in die ideologische Mobilmachung an der „Heimatfront“.

Schwarz-Rote Militarisierungsoffensive im Inneren

Dass die Friedens- und Antikriegsbewegung sich mit den genannten und verwandten Argumentationslinien auch in Zukunft verstärkt befassen muss, belegt der neue Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU. Die große Koalition geht davon aus, dass die Bundeswehr „auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert“²⁶ sein wird. Sie bleibt also „eine Armee im Einsatz“, „für Frieden und Freiheit weltweit“²⁷. Sie will daher „auf die Einsätze der Zukunft vorbereitet“²⁸ sein.

Entsprechend werden auch die Maßnahmen zur Akzeptanzbeschaffung für die Institution Bundeswehr und für die Kriegseinsätze sowie die Rekrutierung für die Berufsarmee erhalten bleiben. Einerseits bedeutet dies weitere Anstrengungen bei der „Attraktivitätssteigerung“ des Kriegsdienstes für die derzeitigen SoldatInnen.²⁹ Andererseits verankerten die Koalitionäre die weitere Militarisierung der Bildung und der Gesellschaft in ihrem Abkommen: „Wir treten dafür ein, das Verständnis für die Besonderheiten des Soldatenberufes zu erweitern und so die breite Anerkennung für den Dienst in den Streitkräften sicherzustellen.“ Und weiter heißt es: „Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“³⁰

Anmerkungen

- 1 Über die Hintergründe, warum die Bundeswehr seit knapp einem Jahrzehnt im Rahmen des Umbaus von einer Kalten Kriegs-Armee zu einer „Armee im Einsatz“ vermehrt um Akzeptanz und RekrutInnen wirbt, und über den Umgang mit dieser „Charme“-Offensive siehe z.B. IMI-Fact-Sheet Bundeswehr an Schulen oder Michael Schulze von Glaßer: Soldaten im Klassenzimmer. Papyrossa. Köln 2012.
- 2 <http://www.schleswig-holstein.jugendoffizier.eu/kontakt/husum/>; <http://bit.ly/IjVLdA>
- 3 <http://warum-soldaten.de/der-verein/>
- 4 Die Bezirke im Stadtstaat Hamburg sind in etwa mit den Kommunen in Flächenbundesländern vergleichbar, obgleich die Bezirksparlamente deutlich weniger Kompetenzen als Stadtparlamente haben.
- 5 <http://www.falko-Droßmann.de/ueber-mich/> Dort findet auch das vielsagende Selbstverständnis des Soldaten Droßmann: „Seit 1997 diene ich in der deutschen Luftwaffe als Offizier. Für mich ist dies mehr als ein Beruf, ich verstehe es viel eher als Berufung.“
- 6 <http://www.seeheimer-kreis.de/index.php?id=191>
- 7 <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/spd-hamburg-das-system-johannes-kahrs-1783135.html>
- 8 <http://www.aachener-friedenspreis.de/preistraeger/archiv/jahr-2013.html>
- 9 <http://www.reichsbanner.de/archiv.html#a1536>
- 10 <http://bit.ly/18LBdFD>, S. 4
- 11 MEW 25: 835
- 12 Ein Blick in die verteidigungspolitischen Richtlinien, mit denen die Bundesregierung ihre „Sicherheitspolitik“ festgelegt hat, ist völlig ausreichend, um sich vom Gegenteil zu überzeugen.
- 13 Den Konflikt in Afghanistan kann man z.B. schlicht nicht ohne die Unterstützung der Mudschahedin durch die USA gegen die Sowjetunion und deren befreundetes Regime in den 1980er Jahren erklären.
- 14 Vgl. Fußnote 4.
- 15 <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>
- 16 <https://www.dfg-vk.de/thematisches/umruestung-bundeswehr/2010/446>
- 17 <http://www.imi-online.de/2011/01/24/jugendoffiziere-werb/>
- 18 Dass sie auch das Indoktrinationsverbot ignorieren, indem sie die Jugendlichen mit diversen psychologischen und anderen Mitteln der Propaganda, Reklame usw. überrumpeln, ist hier zweitrangig für die Debatte über die Legitimität der Bundeswehrauftritte in Schulen aber natürlich essenziell.
- 19 Warum es politisch weder sinnvoll oder progressiv noch wünschenswert ist, die Kontroversität durch die Einladung von AktivistInnen der Friedens- und Antikriegsbewegung herzustellen, siehe: <http://www.imi-online.de/2011/10/22/intolerant-gegenuebe/>
- 20 <http://bit.ly/1dpuNjf>
- 21 Unter anderem gibt es folgende Bündnisse: Schule ohne Militär in Berlin: schule-ohne-militaer.de/, Schule ohne Bundeswehr in Nordrhein-Westfalen: www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de/, Bildung ohne Bundeswehr (BoB) in Hamburg: bildungohnebundeswehr.blogspot.de/, die Initiative für Schule ohne Militär in Rheinland-Pfalz: www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de/, Schulfrei für die Bundeswehr in Baden-Württemberg: www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de/.
- 22 <http://bit.ly/1dpuNjf>, S. 4
- 23 http://www.gew.de/Bundeswehr_Keine_Rekrutierung_Jugendlicher_mehr_zulassen.html
- 24 <http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/vormilitaerische-erziehung-fuer-kindergartenkinder-12736.html>
- 25 <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Schule/schutzengel.html>
- 26 www.spiegel.de/media/media-32776.pdf, S. 177
- 27 www.spiegel.de/media/media-32776.pdf, S. 176
- 28 www.spiegel.de/media/media-32776.pdf, S. 177
- 29 Vgl. z.B. <http://www.imi-online.de/2013/06/06/motivationsfaktor-kita/>
- 30 www.spiegel.de/media/media-32776.pdf, S. 177

Krieg um die Köpfe: Das Feld der Ehre

von Frank Brendle

Besonders „anfällig“ ist Kriegspolitik dort, wo sie sich ihrem Kern nähert: Wo sie Tote und Verletzte produziert. Hier muss sie begründen, warum der Krieg „trotzdem“ oder „erst recht“ sinnvoll sei. Dies geschieht in beträchtlichem Ausmaß mit symbolischen Mitteln: Bundesregierung und Militärs suchen nach geeigneten Zeichen, die dem Töten und Sterben einen (scheinbaren) Sinn verleihen sollen. Prozesse einer solchen Remilitarisierung von Militär und Gesellschaft lassen sich dementsprechend bei Ordensverleihungen, Ehrenmälern und Totenritualen feststellen.

Dabei handelt es sich (in der heute vorherrschenden Praxis) kaum um Phänomene, die mit dem Begriff des „banalen Militarismus“ zu fassen sind. Anders als im Kaiserreich sind Orden und Ehrenmäler heute fast ausschließlich „von oben“ angestiftete Symbole, die „von unten“ kaum rezipiert werden. Es fehlt ihnen die für den „banalen Militarismus“ wichtige Veralltäglicung. Es handelt sich daher in erster Linie um eine durchaus klassische – damit nicht weniger harmlose – Form des Militarismus.

Postheroisch

Drei Aspekte sind für die Bundeswehr bei der Schlacht auf dem Feld der Ehre von Bedeutung:

1. SoldatInnen haben das Gefühl – Umfragen hin oder her – nicht genügend anerkannt zu werden. Soldatenzeitschriften sind voller Klagen, als Soldat werde man überall „diffamiert und ausgegrenzt“; in den letzten Monaten wird z.B. immer wieder der Aachener Friedenspreis angeführt, der den Soldaten ein echter Schlag in die Magengrube, wenn nicht ein Dolchstoß war.
2. Niemand, weder Zivilbevölkerung noch die eigenen SoldatInnen, haben eine Antwort auf die Frage, wofür Soldaten töten oder getötet werden sollen. Auch das steht offen in Soldatenzeitschriften: „Die Bundeswehr“ (10/2013) befragte den Bruder eines „Gefallenen“: „Würden Sie, als Soldat, sagen: Ich weiß, wofür mein Bruder gestorben ist?“ Antwort: „ich finde keine Antwort er kannte die Risiken, aber wofür setzte er sein Leben ein?“
3. Es mangelt an Opferbereitschaft: Die Bereitschaft, den Tod von SoldatInnen als begrüßenswertes Opfer für andere zu begreifen, ist heutzutage nur gering ausgeprägt.

Das ist Ausdruck dessen, was nach Herfried Münkler² eine „postheroische Gesellschaft“ ausmacht. Das Konzept kann hier nicht umfassend vorgestellt werden. Was Postheroismus in unserem Zusammenhang bedeutet, kann aber nachfolgendes Zitat illustrieren:

Der Bruder eines Gefallenen schreibt an seine Mutter:

„Ist unser geliebter Walter nicht den schönsten, herrlichsten Tod gestorben, den man sich denken kann? Herrgott, wie ich ihn beneide wie ich mich danach sehne auch fürs heißgeliebte Vaterland bluten zu dürfen.“

Das ist natürlich kein aktuelles Zitat. Es stammt aus einer Sammlung von Feldpostbriefen aus dem Ersten Weltkrieg, die vom Generalstab vertrieben worden war. Damals konnte man

GASTBEITRAG

solche – heroischen – Sprüche noch als Propagandamaterial einsetzen.

Ähnliches galt auch für die Befreiungskriege 1813/1814, als Theodor Körner dichten konnte: „Drauf, wackres Volk! Was kümmern dich die Hügel deiner Leichen?“³

Heute könnte eine solche Propaganda nicht funktionieren, derartige

Sprüche würden als menschenverachtend abgelehnt. Fürs Vaterland/für Freiheit/für Menschenrechte mag niemand sein Leben geben, und nur die wenigsten wollen, dass für diese Werte Menschen sterben. Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr hat diese mangelnde Opferbereitschaft schon vor Jahren als „casualty shyness“ bezeichnet, als zu niedrige „Toleranzschwelle für die Opfer von militärischen Einsätzen“.

An diesen Problemen laboriert die Bundeswehr seit Beginn ihrer Auslandseinsätze herum.

Je blutiger die Kriege, desto bunter die Orden

Das Bedürfnis bzw. die politische Notwendigkeit, allen „tapferen Helden“, die in einem Krieg zu Tode kommen, Anerkennung zu zollen, entstand zu Beginn des „heroischen“ Zeitalters, in Deutschland also mit den Befreiungskriegen und dem Entstehen erster Formen der Wehrpflicht. 1813 wurde mit dem Eisernen Kreuz der erste Orden gestiftet, der nicht nur an Generale, sondern auch an einfache Soldaten verliehen werden konnte. In abgewandelter Form ist dieses Zeichen heute noch in Gebrauch.

In der Weimarer Republik war die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen ausdrücklich verboten (Artikel 109,4 der Reichsverfassung). Mit dieser republikanischen Neuerung haben die Nazis gebrochen, und die BRD hat sich an letzteren orientiert.

Bis 1996 gab es in der Bundeswehr als zentralen Orden nur das Ehrenzeichen (in der Form des Eisernen Kreuzes) in Bronze, Silber, Gold, je nach Dienstzeit, es genügte die bloße Zugehörigkeit zur Truppe.

Veränderte militärische Lagen erfordern veränderte Symbole:

Nachdem die Bundeswehr mit den Auslandseinsätzen begann, wurde 1996 zunächst die Einsatzmedaille gestiftet. Die wurde wiederum je nach Einsatzdauer in Gold, Silber oder Bronze verliehen, wobei die konkrete Verwendung im Einsatz keine Rolle spielte. In den letzten 12 Jahren sind rund 200.000 dieser Medaillen verliehen worden, was ihren Wert natürlich schmälert.

Als sich die Einsätze, insbesondere in Afghanistan, zunehmend als gefährlich erwiesen, wurde diese Einheitsmedaille als nicht mehr adäquat angesehen. Es wurde mit zwei Orden nachgerüstet:

Zum einen mit dem „Ehrenkreuz für Tapferkeit“, das im Juli 2009 erstmals von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundeskanzleramt mit Presseanwesenheit verliehen wurde. „Helden geehrt“, hieß es damals auf 3sat. Kriterium für die Verleihung ist „ein moralisch gutes, außergewöhnlich tapferes oder besonders engagiertes Verhalten“.

2010 wurde erstmals die ebenfalls neue „Einsatzmedaille Gefecht“ für die „aktive Teilnahme an Gefechtsaktionen oder Erleiden von terroristischer oder militärischer Gewalt unter hoher persönlicher Gefährdung“ verliehen.

Mit diesen beiden Medaillen hatten also Soldaten, die ihren Auslandseinsatz nicht nur innerhalb geschützter Feldlager verbrachten, ihre eigenen Zeichen („Drinnies“ vs. „Draußies“). Dabei zeigt sich allerdings ein eklatantes Missverhältnis: Die Gefechtsmedaille wurde schon im ersten Jahr über 4.000 Mal verliehen – da reicht bereits ein „bewährtes“ Verhalten bei gewalt-

tätigen Demos im Kosovo. Das Tapferkeitskreuz gab es hingegen im gesamten Zeitraum seit 2009 bis Oktober 2013 nur ganze 26 Mal, es ist also relativ exklusiv. Man könnte, legte man auf solche soldatischen „Tugenden“ überhaupt Wert, feststellen, dass offenbar sehr viele Bundeswehrsoldaten in Gefechte verwickelt werden, sich dabei aber fast keiner „tapfer“ schlägt.

Detlev Bald hat zur Einführung des Tapferkeitskreuzes ausgeführt, es werde mit ihm „das kriegerische Element und der alte Kriegerkult im Militär hofiert“. Relativ gering ist allerdings ihr Beitrag zur Militarisation der Gesellschaft. Abgesehen von der erstmaligen Verleihung des Tapferkeitskreuzes nimmt von den Ordensverleihungen fast niemand Notiz, sie vollziehen sich unbeachtet in einer Kantine des Bundesverteidigungsministeriums.

Soldaten als Opfer – wovon oder wofür?

Anders sieht es mit der Ritualisierung des „Gefallenentodes“ aus.

An dieser Stelle sei ein kurzer Exkurs zum Opferbegriff erlaubt. Dieser ist in der deutschen Sprache bekanntlich doppelt besetzt: Opfer meint zum einen das *victimia*, also das Zum-Opfer-Fallen, das Erleiden von Gewalt, zum anderen das *sacrificium* im Sinne des aktiven (Selbst-)Aufopfern für Andere bzw. für bestimmte Werte.

In Bezug auf den Soldatentod war in Deutschland (Stichwort: heroische Gesellschaft) bis zum Zweiten Weltkrieg das Opfer eindeutig als *sacrificium* besetzt. Deutsche Soldaten haben sich für das Vaterland usw. aufgeopfert.

Der heroische Extremismus der Nazis hat allerdings für einen Bruch gesorgt. Das zeigt sich in der offiziellen Gedenkformel der BRD „Für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ ebenso wie in jener der DDR für „Opfer von Faschismus und Militarismus“. Beide Formeln wurden auf ganz unterschiedliche Weise ideologisch aufgeladen, aber beide waren sich darin gleich: Deutsche Soldaten haben keine Opfer für irgendetwas Positives gebracht, sondern sie wurden, sofern sie nicht gar Täter waren, Opfer von Gewalt.⁴ Das ist kein Ansporn, es ihnen nachzutun und in neue Kriege zu ziehen.

Entsprechend sensibel reagiert die deutsche Öffentlichkeit noch heute auf das Sterben von Soldaten. Über Jahre hinweg waren die unterschiedlichen Bundesregierungen sehr daran interessiert, die Auslandseinsätze als im Wesentlichen ungefährliche Humanitätsmissionen zu beschreiben, bei denen das größte Risiko darin bestand, dass ein Soldat in einen selbstgebohrten Brunnen fallen könnte. Seitdem das durch die Eskalation im Afghanistan-Krieg nicht mehr möglich ist, wurden die Überführungen der toten Soldaten vom Hindukusch Schritt für Schritt politisch aufgeladen, so dass sie heute gleichsam Manifestationen der Kriegsbefürwortung sind.

Bis 2008 fanden die Trauerfeiern für jene Soldaten noch eher improvisiert in Flugzeughangars statt, seither werden Kirchen bevorzugt, also Orte, die prinzipiell öffentlich zugänglich sind. Stets werden Reden von hochrangigen PolitikerInnen gehalten (meist Bundeskanzlerin oder Verteidigungsminister), die – ebenfalls seit 2008 – die Soldaten nicht mehr als „aus dem Leben gerissen“ bezeichnen, sondern als „Gefallene“. Dieser Euphemismus aus heroischen Zeiten, der für den Opfer/*sacrificium*-Begriff steht, feiert seither auch in den Medien ein Wiederauferstehen.

Was die Instrumentalisierung des Soldatentodes für eine kriegsbefürwortende Politik angeht, hat der damalige Verteidigungsminister zu Guttenberg im April 2010 den Vogel abgeschossen, als er kurz hintereinander gleich zwei Trauerfeiern abzuhalten hatte: „Sie sind für unser Land gefallen“, behauptete er, und weiter: Die



Gemeinsames Gedenken der gefallenen Soldaten am Ehrenhain im Feldlager Kunduz. Foto: Bundeswehr/Bienert 2013 über flickr, „Wir dienen Deutschland“

Toten „starben nicht allein für eine zerstörte Hoffnung, sondern für die Gewissheit, ihre und unsere Freiheit, das Leben unserer geborenen wie ungeborenen Kinder, unserer Familien zu schützen.“

„Es mögen im 21. Jahrhundert immer noch Viele nicht hören, aber es stimmt: Dass in Afghanistan für unser Land, für dessen Menschen, also für jeden von uns, gekämpft und gestorben wird.“⁵

Auf diese Art und Weise werden Soldaten in die Nähe von Märtyrern gerückt. Mit dem Anspruch der Angehörigen auf Trauer um ihren Bruder/Vater/Sohn hat das nichts zu tun. Der Tod des Soldaten wird von der Politik als Bestätigung des Krieges, ja als Aufruf zu dessen Fortsetzung instrumentalisiert.⁶

Ehrenmäler: Stein gewordene Kriegspropaganda

Zeitgleich mit dem Eisernen Kreuz 1813 entstanden auf königliches Geheiß in den Kirchengemeinden Tafeln mit den Namen aller Gefallenen und dem Zusatz, sie „starben für König und Vaterland“. Diese zwei Funktionen, individuelle Namensnennung und Sinngebung bzw. Legitimation für den Soldatentod, haben Kriegerdenkmäler seither beibehalten.

Ihre Gestaltung ist dabei unterschiedlich, im Kaiserreich dominierten Siegesdenkmäler, nach dem Ersten Weltkrieg wurde mangels Siegen eher „stolze Trauer“ ausgedrückt, der Heldenmut der Toten gepriesen und offen zu Rache und Revanche aufgerufen. Besonders deutlich bringt dies das Denkmal für die „Gefallenen“ des Königin Augusta Garde-Grenadier-Regiments von 1926 auf dem Berliner Garnisonsfriedhof zum Ausdruck: Die Gestalt des toten Soldaten reckt unter dem Leichentuch hervor die geballte Faust nach oben, auf dem Grabstein wird beschworen: „Ein Rächer mag erstehen einst aus meinen Gebeinen“.⁷

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Bedingungen für solche „heroischen“ Denkmale denkbar ungeeignet. Die Bundeswehr sucht seit nunmehr zehn Jahren nach Symbolisierungen, die einen „opferreichen“ Krieg wie in Afghanistan als „sinnvoll“ legitimieren könnten.

Ehrenmal der Bundeswehr

Das Ehrenmal der Bundeswehr wurde im September 2009 auf dem Gelände des Berliner Bendlerblocks eingeweiht, also im gleichen zeitlichen wie politischen Kontext wie das öffentliche Zelebrieren des „Gefallenentodes“ und der neuen Orden.

Das Ehrenmal soll, so hat es der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Jung erläutert, die Anerkennung des soldatischen

Opfers durch die Gesellschaft ausdrücken. Es ist der erste bauliche Versuch seit 1945, das Sterben deutscher Soldaten als sinnvolles Opfer/sacrificium darzustellen.

Auf eine Darstellung der Entstehungsgeschichte und der verwendeten Symbolik wird hier verzichtet.⁸ Es sei nur kurz ausgeführt, dass sich die Gestaltung weitgehend an traditionellen Formen anlehnt, insbesondere an der Neuen Wache, wie sie 1931 beschaffen war (Oberlicht, abgedunkelte „cella“, Opferstein bzw. -platte).

Das Ehrenmal soll, wie jedes Kriegerdenkmal, die Frage beantworten, wofür Soldaten sterben und wofür sie töten sollen. Diese Frage muss beantwortet werden können, weil aus ihr sonst möglicherweise eine Anklage wird. Damit wird auch im Ehrenmal der Soldatentod instrumentalisiert – hier wird ihm als höherer Sinn „Frieden, Recht und Freiheit“ zugeschrieben. Auch das Ehrenmal ist damit – entgegen der offiziellen Behauptung – kein Ort für private Trauer, sondern ein vom Staat gesetztes Zeichen, das die Kriegspolitik des Staates begründen soll.

Festzustellen ist: Das Ehrenmal wird kaum angenommen. Es kommen fast nur Delegationen etwa des Deutschen Bundeswehrverbandes oder Staatsgäste mit Protokollterminen. Für Angehörige ist es nicht nur wegen seiner offenkundigen politischen Instrumentalisierung unattraktiv: Es wurde zwar, nach einigen Diskussionen, beschlossen, die Namen aller im Dienst ums Leben gekommenen Bundeswehrangehörigen sichtbar zu machen, sie werden jeweils einzeln mittels LED-Technik durch lichtdurchlässigen Beton gleichsam an die Wand „projiziert“. Aber: Die Namen erscheinen einzeln, nacheinander, jeweils für nur acht Sekunden, ehe der Name ausgedimmt wird und der nächste erscheint. Bei derzeit über 3.200 Namen dauert ein Durchlauf gegenwärtig fast neun Stunden, so dass Angehörige keine Chance haben, den Namen „ihres“ betrauten Menschen zu sehen zu kriegen – und selbst wenn, würde er sich als so offenkundig flüchtig erweisen, dass die mit seiner Nennung ja eigentlich suggerierte Unsterblichkeit ad absurdum geführt wird.

Soldatenverbände kritisierten zudem von Anfang an, der Standort sei zu abgelegen. Sie fordern ein Denkmal möglichst im Stadtzentrum, bevorzugt am Reichstagsgebäude.

Neues Ehrenmal am Reichstagsgebäude?

Das Ehrenmal ist das erste seiner Art, das speziell den Tod von Bundeswehrsoldaten glorifizieren soll, aber es wird mit Sicherheit nicht das letzte sein.

Aktuell entsteht auf dem Areal des Einsatzführungskommandos bei Potsdam ein sogenannter „Wald der Erinnerung“. Dort werden die Ehrenhaine, Ehrenmale, Gedenktafeln usw., die in den letzten Jahren in den Feldlagern in Afghanistan entstanden sind und die Stein für Stein abgebaut wurden bzw. noch werden, wieder aufgestellt. Schon diese Überführung der Erinnerungsorte an sich symbolisiert das Scheitern des Kriegseinsatzes: Die Bundeswehr traut dem von ihr angeblich am Hindukusch stabilisierten Frieden nicht und fürchtet, die Gedenkorte würden nach ihrem Abzug sofort „geschändet“.

Diese Orte scheinen in Afghanistan selbst von den Soldaten – im Unterschied zum Berliner Ehrenmal – einigermaßen angenommen worden zu sein. Überhaupt deutet einiges darauf hin, dass SoldatInnen, wenn sie um ihresgleichen trauern, dies weit weniger politisch aufladen als PolitikerInnen: Die Mahnmale in Afghanistan appellieren eher an sogenannte soldatische „Werte“, also: Tapferkeit, Disziplin, Kameradschaft, wohingegen die Berufung auf „Frieden, Recht und Freiheit“ eine weit geringere Rolle spielt.

Der „Wald der Erinnerung“ soll zum Volkstrauertag 2014 eingeweiht werden. Angehörige sollen dort die Möglichkeit haben, persönliche Erinnerungsstücke an die Bäume zu nageln, und auch sonstigen ZivilistInnen soll ein kontrollierter Zutritt gestattet werden. Dennoch ist klar, dass dieser Erinnerungsort ein militärisches Binnen-Denkmal sein wird, das wenig Rückwirkung auf die zivile Gesellschaft entfalten kann.

Standort Reichstag?

Anders dagegen wäre es mit einem neuen „Gefallenen-Denkmal“ vor dem Reichstag, über das seit Jahren, allerdings nur auf Sparflamme, diskutiert wird.

Das bisherige Ehrenmal ist ja allen Bundeswehrangehörigen inklusive Zivilbeschäftigten gewidmet, die „in Ausübung ihres Dienstes“ zu Tode kamen. Wie bereits erwähnt, stößt dies bis heute auf Kritik von Soldatenverbänden, die einen Standort nahe am Reichstagsgebäude fordern, der auch von zivilem Publikum häufig frequentiert wird und nicht, wie das jetzige Ehrenmal, unbeachtet in einer stillen Nebenstraße liegt.

Der Verteidigungsausschuss des Bundestages hat im März 2013 vorgeschlagen, neben einer Gedenkminute im Bundestagsplenum eine Erinnerungsstätte in der Nähe des Sitzungssaals einzurichten. „Weiterhin soll ein Ideenwettbewerb für eine öffentliche Erinnerungsstätte im Außenbereich des Deutschen Bundestages ins Leben gerufen werden.“ Der Charakter einer solchen Stätte, heißt es in einem von Vertretern aller Fraktionen unterschriebenen Brief vom 14. März 2013 an Bundestagspräsident Norbert Lammert, sei allerdings noch „zu diskutieren“. Dieser Vorbehalt geht auf die Linksfraktion zurück. Deren Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik hat angekündigt, „sich weiterhin an der Diskussion über eine Gedenkstätte für die bei den Auslandseinsätzen Umgekommenen im Rahmen des Bundestages zu beteiligen.“ Dabei solle neben den Soldaten auch der „Opfer des Krieges in den Einsatzländern“ gedacht werden. Andere Abgeordnete der Linksfraktion wiesen dagegen diese Haltung zurück: Die „Institutionalisierung des herausgehobenen Gedenkens an gefallene deutsche Soldaten“ sei „ein weiterer Schritt zur Normalisierung von Auslandseinsätzen“, erklärten sie in einer Stellungnahme.⁹

In gewisser Weise lässt sich ein gemeinsames Ehrenmal für SoldatInnen und ZivilistInnen als durchaus passender Ausdruck für eine Gesellschaft interpretieren, in der zivil-militärische Zusammenarbeit immer wichtiger wird. Die Frage für AntimilitaristInnen ist nur: Wollen wir das?

Egal wie die Antwort ausfällt: Besondere Eile legen die PolitikerInnen nicht an den Tag. Die damalige Ausschussvorsitzende Susanne Kastner (SPD) betonte im März 2013 selbst, dass die Umsetzung ihrer Pläne, zumindest einer Gedenkstätte außerhalb des Parlaments, eine ganze Weile dauern werde. Der Haken daran ist ja auch: Man will eben nicht gern in aller Öffentlichkeit ausposaunen, dass schon Dutzende von SoldatInnen im Ausland „gefallen“ sind, weil man ja noch nicht einmal weiß, wie man diese Tode eigentlich legitimieren soll.

Militarisierung von unten? Die Gelbe Schleife

Soviel erst einmal zu Orden, Ehrenmälern und Totenritualen. Das sind Militarisierungsformen, die derzeit nicht nur vom Staat gesetzt, sondern mehr oder weniger ausschließlich von ihm rezipiert werden. Wie schon eingangs erwähnt, spielen diese Dinge im Alltag der BürgerInnen, im Sinne des „banalen Militarismus“, kaum eine Rolle. Was das angeht, wäre die spannendere Frage, inwiefern es solche Militarisierungsinitiativen auf dem Feld der Ehre „von unten“ gibt.

Es gibt da zunächst gescheiterte Versuche, durch Appelle die Gesellschaft auf Trab zu bringen. Dafür steht etwa der „Runde Tisch Solidarität mit Soldaten“, den der frühere Wehrbeauftragte Reinhold Robbe 2010 gegründet hat; von dort kamen Ansinnen wie jenes, der DGB möge am 1. Mai und der DFB bei jedem Fußballspiel Gedenkminuten für die Gefallenen abhalten; ein Vorschlag, der natürlich völlig verpuffte. Dem „Runden Tisch“ gehören eine Menge Initiativen an, aber sie sind nahezu allesamt Initiativen aus dem engeren militärischen Kreis, angefangen vom Bundeswehrverband bis zum Verband Deutscher Veteranen usw., aber keine Vertreter ziviler Organisationen. Die letzte größere Aktion des Runden Tisches war ein Aufruf an die Bundestagsabgeordneten, den SoldatInnen in den Einsatzgebieten Weihnachtsgrüße zukommen zu lassen – es ist wohl fraglich, ob die gerade darauf tatsächlich scharf sind.

Dagegen ist die Gelbe Schleife eines der bekannteren Symbole, mit denen die Verbundenheit der Gesellschaft mit SoldatInnen zum Ausdruck gebracht werden soll. Sie wird von mehreren Verbänden und NGOs vertrieben.

Grundidee dieses Symbols ist es, „die Solidarität der Gesellschaft für unsere Soldatinnen, Soldaten und Reservisten“ zu stärken. Das Besondere daran ist, dass mit diesem Solidaritätsbekenntnis in der Regel keine Forderung danach verbunden ist, auch dem jeweiligen konkreten Bundeswehreinsetzung zuzustimmen. Unter dem Logo der Gelben Schleife solle „sich jede Bürgerin und jeder Bürger unabhängig von politischen, religiösen und anderen Strömungen“ einbringen können.¹⁰

Die Gelbe Schleife ist derzeit weit davon entfernt, eine Ikone zu werden wie etwa die Rote Schleife. Sie ist noch sehr auf den engen Kreis der direkt Betroffenen (SoldatInnen und ihre Angehörigen) begrenzt. Mitunter findet sie sich auf der Homepage von Gemeindeverwaltungen (bevorzugt von Garnisonsstädten).

Das liegt zum Teil daran, dass die Schleife eben nicht „für sich“ spricht, sondern in Teilen bedeutungslos ist. Einige Initiativen, die sie vertreiben, verbinden dies mit ausdrücklich politischen Bekenntnissen zum jeweiligen Auftrag der Bundeswehr. Die Initiatoren von Gelbe-Schleife.de beklagen sich darüber, dass ihr „Original“ durch „einzelne Gruppierungen verändert und umgedeutet“ werde. Weil viele Organisationen die Schleife durch eigene Sinnsprüche ergänzt haben, habe dies zu einem „ungevollten Außenseitertum dieser Gruppen und zu einer Erosion der grundsätzlichen Idee geführt.“

Aus antimilitaristischer Sicht ist das natürlich hoch erfreulich – denn an sich hätte die Gelbe Schleife womöglich einiges Potential.

Zwar wird sie kaum eine Revision der postheroischen Gesellschaft hin zu einer Gesellschaft bewirken, die den Tod für Vaterland/Recht und Freiheit wieder freudig als *sacrificium* deutet. Aber das ist ja nur ein (aus heutiger Sicht) Extrem. Postheroisch bedeutet schließlich nicht antimilitaristisch. Gerade weil die Gelbe Schleife nicht martialisch oder in Olivgrün daherkommt, gerade weil sie sich scheinbar unpolitisch gibt und nur „das Menschliche“ betont, macht sie es auch KritikerInnen der Bundeswehreinsetzung potentiell möglich, sich „solidarisch“ mit dienenden SoldatInnen zu zeigen. Damit wären wir dann wieder beim Thema des banalen Militarismus.

Schlussfolgerung

Die Bundesregierung sucht nach überzeugenden Antworten auf die Frage, warum deutsche SoldatInnen töten und getötet werden sollen. Sie hat bislang keine solche Antwort gefunden. Nach Lage der Dinge wird ihr dies auch in Zukunft sehr schwer fallen: Kein

Mensch glaubt daran, dass in den Kriegen der Gegenwart tatsächlich ureigene Interessen der hier lebenden Bevölkerung verteidigt würden.

Dennoch treibt die Bundesregierung einen, wenn auch langsamen, Prozess voran, der auf eine Remilitarisierung von Armee und Gesellschaft hinarbeitet. Wenn schon nicht auf begeisterte Zustimmung, so sollen die Kriegseinsätze doch zumindest auf ein hohes Maß an Verständnis und Duldung stoßen. Das Zelebrieren des Heroischen bei Totenritualen und in Ehrenmälern hat, wie immer beim Militär, auch die Funktion, kritische Fragen nach dem „Warum“ zu verhindern: In Tempeln diskutiert man nicht. Münkler nennt diese Funktion des Gedenkens, der Regierung einen politischen „Dispens“ zu verleihen.

Aus antimilitaristischer Sicht sei deswegen zum einen eine Strategie der De-Heroisierung geraten. Die kann zum Beispiel darin bestehen, die Symbole des neu-alten Heroismus aufzugreifen und sie in satirischer Weise umzudrehen. Uniformen, Ehrenmäler, Orden – all das ist Symbolik, die auch anders, und zwar kritisch, aufgeladen werden kann. Die Schändung der heiligen Stätten des Gegners war schon immer ein bevorzugtes Mittel im Kampf der Kulturen. Als Beispiel sei das „Blutbad“ genannt, das die Berliner DFG-VK anlässlich des Rekrutengelöbnisses am 20. Juli 2013 inszeniert hat.¹¹

Nicht zuletzt gilt es, die Bundeswehr an ihrer Schwachstelle zu packen: Bei der Sinnfrage. Beim Tod. Den Tod provozieren sie, aber sie können nicht plausibel darlegen, warum und für was. Sie flüchten sich in Floskeln und Rituale, und genau an dem Punkt müssen wir nachhaken, immer wieder.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu Tanja Thomas/Fabian Virchow: *Banal Militarism. Zur Veralltäglichen des Militärischen im Zivilen*. Bielefeld 2006.
- 2 Herfried Münkler ist Politikwissenschaftler an der Humboldt-Universität Berlin und einer der Apologeten des „asymmetrischen Krieges“. Er ist Mitglied im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und fungiert gewissermaßen als Berater der Bundeswehr in Angelegenheiten von Ehrenmalen.
- 3 Diese und weitere Zitate aus: Klaus Latzel, *Vom Sterben im Krieg. Wandlungen in der Einstellung zum Soldatentod vom Siebenjährigen Krieg zum II. Weltkrieg*, Warendorf 1988.
- 4 Ausnahmen bestätigen diese Regel: In der BRD das Opfer/*sacrificium* der „Männer des 20. Juli“, in der DDR jenes der Angehörigen des Nationalkomitees Freies Deutschland.
- 5 Vgl. hierzu: Stefanie Hammer/Maik Herold: *Zivilreligion in Deutschland? Transzendenz und Gemeinnsinnsstiftung in den Trauer Ritualen der Bundeswehr*, in: G. Pickel, O. Hidalgo (Hg.): *Religion und Politik im vereinigten Deutschland, Politik und Religion*, Wiesbaden 2013, S. 103-136.
- 6 Dies setzt freilich die Zustimmung der Angehörigen voraus, die seit 2008 offenbar nur einmal, bei der Trauerfeier für einen im Frühjahr 2013 zu Tode gekommenen KSK-Soldaten, explizit auf einer nicht-öffentlichen Feier bestanden.
- 7 Zu diesem sehenswerten Friedhof seien die Darlegungen und Fotos von Arndt Beck in dem von ihm und Markus Euskirchen herausgegebenen Buch empfohlen: *Die beerdigte Nation. „Gefallenen“-Gedenken seit 1813*, Berlin 2009.
- 8 Vgl. hierzu Frank Brendle: „süß ist’s und ehrenvoll“, in: *junge Welt*, 14. 11. 2007; Eugen Januschke: *Symbolisches Desaster – das Ehrenmal der Bundeswehr soll dem Soldatentod mehr Achtung verleihen*, in: *junge Welt*, 28. 12. 2009; Manfred Hettling, Jörg Echternkamp (Hg.): *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen 2008.
- 9 *Junge Welt* vom 15. 5. 2013.
- 10 gelbe-schleife.de
- 11 Einige Beispiele auf www.bamm.de

Die SWP im Krieg

Die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und der Syrien-Konflikt

von Michael Schulze von Gläser

Seit dem Frühjahr 2011 tobt in Syrien ein erbitterter Bürgerkrieg, in dem Aufständische gegen die Truppen des syrischen Machthabers Baschar al-Assad kämpfen. Laut den Vereinten Nationen fielen dem Krieg bereits über 100.000 Menschen zum Opfer.¹ Millionen Menschen sind auf der Flucht.² Das Land ist zunehmend zerstört³ und ein Ende der Auseinandersetzung scheint trotz des jüngsten Übereinkommens zur Zerstörung der syrischen Chemiewaffen in weiter Ferne.

International findet der Konflikt – gerade nach dem Einsatz von Chemiewaffen im Sommer 2013 – immer mehr Beachtung, nicht zuletzt deshalb, weil viele Staaten und zahlreiche Akteure in dem Bürgerkrieg unterschiedlichste eigene Interessen durchzusetzen versuchen. Diese Arbeit beschäftigt sich daher ausschließlich mit der Rolle Deutschlands in dem Bürgerkrieg und im Speziellen mit der Position der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP), die als Trägerin des „Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit“ eine wichtige beratende Funktion für die Bundesregierung einnimmt. Die in der Gesellschaft durchaus anerkannte Stiftung ist zudem Ansprechpartnerin für zahlreiche Medien und nimmt dadurch Einfluss auf die öffentliche Debatte. So ist gerade im Fall des syrischen Bürgerkriegs eine große Präsenz von Vertreterinnen und Vertretern der SWP als Interview-Partner in Nachrichten-Sendungen oder als Verfasser von Gastbeiträgen in Print-Medien zu beobachten. Im Fokus dieser Arbeit steht die Frage, ob die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ eine militärische Lösung des Syrien-Kriegs präferiert und wie die Berliner Politikberater bei einem westlichen Militärschlag zu einer – in der Öffentlichkeit umstrittenen – militärischen Beteiligung Deutschlands stehen.

Zunächst soll kurz erklärt werden, wie es zum Bürgerkrieg in Syrien kam und welchen Verlauf er bisher genommen hat. Anschließend folgt die Vorstellung des Akteurs: der „Stiftung Wissenschaft und Politik“. Wie sich die Stiftung zum syrischen Bürgerkrieg verhält, wird daraufhin anhand von fünf Punkten herausgearbeitet. Als Erstes wird das Verhältnis zwischen der SWP und der syrischen Opposition unter besonderer Beachtung des im August 2012 veröffentlichten Papiers „The Day After – Supporting a Democratic Transition in Syria“ behandelt. Als zweiter Punkt wird die Position der SWP zur Stationierung deutscher Luftabwehr-Raketen nahe der syrischen Grenze in der Türkei erörtert. Danach folgt die Haltung der Denkfabrik zum sich im Laufe der Zeit zuspitzenden Bürgerkrieg und dem Ruf nach einem militärischen Eingreifen des Westens. Als Viertes wird die Giftgas-Attacke am 21. August 2013 in der Region Ghuta östlich der syrischen Hauptstadt Damaskus und die Reaktion der SWP darauf behandelt. Der letzte Punkt befasst sich mit der Position der SWP nach der UN-Resolution zur Vernichtung aller syrischen Chemiewaffen im September 2013. Am Ende der Arbeit folgt ein Fazit: welche Position nimmt die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ im syrischen Bürgerkrieg ein?

Dabei ist zu beachten, dass in diesem Text keine Wertung für eine der beiden Konfliktparteien des Krieges in Syrien abgegeben wird. Sowohl das Assad-Regime als auch die Opposition sind scharf zu kritisieren. Welche Seite für welche Verbrechen – etwa

den Giftgas-Angriff im August 2013 – verantwortlich ist, kann und soll in dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Es geht einzig um die Position der deutschen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ zum syrischen Bürgerkrieg und einem westlichen Militärschlag gegen das Assad-Regime.

Der syrische Bürgerkrieg

Im Jahr 2011 erfasste der „Arabische Frühling“ auch den vorderasiatischen Staat Syrien unter seinem Präsidenten Baschar al-Assad, der das Amt im Jahr 2001 von seinem Vater geerbt hat. Im Gegensatz zu den Bevölkerungsaufständen in Tunesien und Ägypten wurde der Aufstand in Syrien genauso wie der in Libyen schnell überaus gewaltsam, was wahrscheinlich auch am harten Vorgehen von Regierungskräften lag.⁴ Seitdem tobt in dem Land ein Bürgerkrieg. Laut der in Opposition zum Assad-Regime stehenden, in Großbritannien ansässigen „Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ sind in dem Krieg bis Juni 2013 mehr als 100.000 Menschen getötet worden.⁵ Die Opfer finden sich auf allen Seiten: Die Beobachtungsstelle gibt an, bis Ende Juni 2013 seien etwa 25.000 Regierungssoldaten und 18.000 Aufständische sowie 36.500 Zivilisten gestorben.⁶ Darüber hinaus sind nach Angaben der Vereinten Nationen knapp 7 Millionen Menschen vor dem Bürgerkrieg auf der Flucht, darunter auch viele Kinder.⁷

Die Anzahl der verschiedenen am Bürgerkrieg beteiligten Gruppen ist unüberschaubar. Auf der einen Seite steht das alte Assad-Regime, welches die syrischen Streitkräfte und auch die Mehrheit des syrischen Parlaments hinter sich hat, wobei die letzte Wahl von den meisten Oppositionsparteien boykottiert wurde.⁸ Dem Assad-Regime gegenüber stand zunächst vor allem der im August 2011 im türkischen Istanbul gegründete „Syrische Nationalrat“ (SNR), der vom Westen – trotz der Existenz vieler anderer Gruppen – als einziger Vertreter der Opposition anerkannt wurde.⁹ Der SNR besteht aus 270 Mitgliedern, wird vor allem von islamistischen Kräften wie den Muslimbrüdern dominiert und plädiert für eine westliche Militärintervention gegen das Assad-Regime. Eng mit dem SNR verknüpft ist die „Freie Syrische Armee“ (FSA). Allerdings ist die FSA sehr heterogen und besteht aus Überläufern der syrischen Armee, lokalen Kräften und Dschihadisten aus dem Ausland.¹⁰

Aufgrund interner Differenzen kam es im November 2012 zur Gründung der „Nationalen Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte“, der sich in der Folge auch der SNR anschloss und die wiederum vom Westen als einzig legitime Vertretung der Aufständischen deklariert wurde. Zuletzt spalteten sich am 25. September 2013 nochmals 13 radikalislamistische Gruppen, wovon einige zu den am besten bewaffneten Teilen der Aufstandsbewegung zählen, von der Nationalen Koalition ab.¹¹

Ungeachtet dieser Vielzahl unterschiedlicher Gruppen eint die Aufstandsbewegung das gemeinsame Ziel Assad zu stürzen, wobei der Großteil hierfür inzwischen bereit ist, Gewalt einzusetzen. Die anfangs stark vertretenen gewaltfreien Gruppen sind inzwischen nahezu vollkommen marginalisiert.

Im Laufe der Auseinandersetzungen gewannen radikalislami-



stische Kräfte immer weiter an Einfluss. Einer Mitte September 2013 veröffentlichten Studie der Beratungsfirma „IHS Jane’s“ zufolge setzte sich die Aufstandsbewegung aus 100.000 Kämpfern zusammen, die etwa 1.000 unterschiedlichen Gruppen angehören würden. Davon stünden 10.000 unter direktem Befehl von Al-Kaida und 30.000-35.000 weitere seien als „Dschihadisten“ einzustufen, die Al-Kaida naheständen. Zusätzlich gehörten 30.000 Kämpfer moderaten islamischen Gruppen an, sodass feststellbar sei, dass eine säkulare Opposition faktisch nicht existent sei.¹²

Ein weiteres wesentliches Phänomen ist die zunehmende Internationalisierung, die im Verlauf des Bürgerkriegs stattgefunden hat. Neben Russland, das sich vor allem im UN-Sicherheitsrat gegen Maßnahmen, die zum Sturz des Assad-Regimes führen könnten, einsetzt und die syrischen Streitkräfte mit Waffen beliefert, ist der Iran der wichtigste Verbündete Assads.¹³

Auf der anderen Seite stehen vor allem die USA und ihre Verbündeten (finanziert werden die Aufständischen vor allem seitens Saudi Arabien und Katar). Bereits kurz nach Ausbruch des Bürgerkriegs verschärften die Vereinigten Staaten Sanktionen gegen syrische Regierungsstellen und Unternehmen.¹⁴ Bereits im Sommer 2012 berichtete die „New York Times“, die CIA würde die Aufständischen auch mit Ausrüstung unterstützen.¹⁵ Über 3.000 Tonnen militärischer Ausrüstung sollen die Rebellen nach Einschätzung des „Stockholm International Peace Research Institute“ (SIPRI) mittlerweile von den USA erhalten haben.¹⁶ Gemeinsam mit einigen Verbündeten drängten die USA außerdem im UN-Sicherheitsrat lange Zeit auf weitreichende Sanktionen, die auch einen Militärschlag gegen das Assad-Regime nicht ausschlossen – was allerdings von Russland blockiert wurde und wird.¹⁷ Einzig einer Vernichtung der Chemiewaffen in dem Land stimmte Russland zu. Deutschland stand unter schwarz-gelb zwar fest auf Seiten der USA und der Assad-Gegner, die Bundesregierung gab sich aber zurückhaltend und lehnte ein direktes militärisches Eingreifen ab.

Die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP)

Die Berater der Bundesregierung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik kommen unter anderem von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“. Die Organisation wurde vor mehr als 50 Jahren gegründet, um sowohl die Bundespolitik als auch die Wirtschaft und die Fachöffentlichkeit in außenpolitischen Fragen zu beraten.¹⁸ Laut ihrer Website ist die SWP „sowohl Dienstleisterin durch die Vermittlung aktueller Information und durch ihre am Bedarf orientierte Beratung, als auch ein Ort der gründlichen wissenschaftlichen Arbeit“.¹⁹ Dabei lege man „besonderen Wert auf Unabhängigkeit bei der Auswahl [der, d. A.] Schwerpunkte“. Diese Arbeits-Schwerpunkte umfassen heute unter anderem die „EU-Außenbeziehungen“, „Sicherheitspolitik“ sowie den „Nahen / Mittleren Osten und Afrika“.²⁰ Jährlich gibt die SWP dutzende Studien, Analysen und Stellungnahmen zu diesen Themenbereichen internationaler Politik heraus, die allerdings nicht alle der Öffentlichkeit zugänglich sind. Die Stiftung mit ihren mehr als 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichsten Bereichen finanziert sich zu einem großen Teil aus Bundesmitteln: im Haushaltsjahr 2006 bekam sie über 9 Millionen Euro aus dem Etat des Bundeskanzleramts.²¹ Daneben dienen Unternehmen – darunter auch Großbanken, Energie- und Rohstoffkonzerne sowie Unternehmen, die teilweise in der Rüstungsbranche tätig sind – als Förderer und Drittmittelgeber für die SWP.²² Zwischen Februar 2011 – also zur Zeit des Beginns des syrischen Bürgerkriegs – bis zum September

2013 publizierte die SWP auf ihrer Website über 40 öffentliche Stellungnahmen, Interviews mit Stiftungs-Angehörigen und wissenschaftliche Texte zum Stichwort „Syrien“.²³

Der Konflikt war in den vergangenen Jahren ein Arbeitsschwerpunkt der Stiftung, die zu den Kernpunkten der politischen Auseinandersetzung Stellung bezog und sowohl Empfehlungen an die Bundespolitik ausstellte, als auch versuchte, auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen. Das Verhältnis der SWP zur syrischen Opposition, die Stationierung deutscher Luftabwehrraketen im syrischen Nachbarstaat Türkei, die Zuspitzung des Bürgerkriegs in den vergangenen Jahren, die Haltung der SWP zum Chemiewaffen-Einsatz im August 2013 und zur UN-Resolution zur Vernichtung der C-Waffen im September 2013 sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

Die SWP und die syrische Opposition

In einem bereits im Februar 2012 veröffentlichten SWP-Papier äußerten sich die Autoren Muriel Asseburg und Heiko Wimmen durchaus skeptisch gegenüber dem „Syrischen Nationalrat“, der vom Westen – einschließlich der Bundesregierung – als einzig legitimer Vertreter der syrischen Opposition auserkoren wurde: „Der syrische Nationalrat [...] genießt nur zum Teil die Unterstützung der syrischen Bevölkerung. Als größtes Hindernis für ein gemeinsames Vorgehen verschiedener Oppositionsbündnisse erweist sich dabei die Haltung zur Frage ausländischer Intervention, die von vielen Syrern kategorisch abgelehnt wird. Aus dieser Kontroverse ergeben sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über das aktuelle Vorgehen.“²⁴

Angesichts dieser Einschätzung verwundert das wohl bereits seit Mitte 2011 angedachte²⁵ und im Januar 2012 unter anderem unter Leitung Muriel Asseburgs begonnene Projekt „The Day After – Supporting a Democratic Transition in Syria“ ganz besonders. Im August 2012 legte das Projekt, das von der SWP in Partnerschaft mit dem „United States Institute of Peace“, das faktisch ein Ableger des US-Außenministeriums ist, durchgeführt wurde, einen gleichnamigen Abschlussbericht vor.²⁶ Das deutsche Außenministerium und das State Department halfen mit Geld, Visa und Logistik – die Treffen des Projektes fanden in den Räumen der SWP in Berlin statt.²⁷ Darüber hinaus beteiligten sich auch das schweizerische Außenministerium sowie holländische und norwegische Nichtregierungsorganisationen finanziell.²⁸ Eine direkte westliche Regierungsbeteiligung gab es aber nicht, mutmaßlich damit die Teilnehmer nicht Gefahr laufen als Marionetten des Westens denunziert zu werden.²⁹

Der 120-Seiten starke Bericht basiert auf der Grundlage, ein Sturz Baschar al-Assads sei wünschenswert, ohne aber sich damit zu beschäftigen, wie dies geschehen soll. Stattdessen geht es darin um die Zeit nach einem „erfolgreichen“ Umsturz, die detailliert ausgeplant wird. Aufschlussreich ist, mit welchen Akteuren die SWP in dem Projekt zusammenarbeitete. An der Erstellung des Berichts waren neben Wirtschafts- und Justizexperten sowie Vertretern aller Ethnien und Konfessionen – Muslimbrüder eingeschlossen, aber auch säkulare Nationalisten – auch Mitglieder der „Freien Syrischen Armee“ beteiligt. Insgesamt haben rund 45 Personen an dem Papier mitgeschrieben, wie es in der Projektbeschreibung heißt, befanden sich darunter „auch hochrangige Vertreter des Syrischen Nationalrats.“³⁰

Die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ kooperiert also mit den Kräften, die an einem militärischen Sturz des Assad-Regimes arbeiten – im Falle des SNR auch mit einem Dachverband, der laut eigener Darstellung der Leiterin Muriel Asseburg aufgrund seiner Haltung zur Gewaltfrage von großen Teilen der Bevölke-

rung skeptisch betrachtet wird.³¹ Mittlerweile wird die FSA für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht³² und soll laut „Human Rights Watch“ auch Kinder für den Kampf rekrutieren.³³

Der Direktor der SWP Volker Perthes versuchte hier nach Recherchen der Wochenzeitung „Die Zeit“ zu beschwichtigen und betonte, dass die beteiligten Regimegegner „sich selbst rekrutiert“ hätten, es sei nicht die Absicht und Aufgabe der SWP „eine neue syrische Regierung auszuwählen“. Ziel des Projekts sei vielmehr, Prioritäten beim Umbau der Assad-Diktatur in eine Demokratie zu identifizieren. „Wir haben der Opposition die Chance gegeben, unbeobachtet und ohne Druck eine Diskurscommunity zu schaffen“, wird Perthes zitiert.³⁴

Neben den am „The Day After“-Projekt beteiligten syrischen Gruppen zeigt inhaltlich zumindest die Widmung des Berichts, wessen Geistes Kind er ist:

„We dedicate this work to Syria's fallen heroes and all those who struggled to achieve the Syrian revolution's goals of freedom, dignity, and democracy. We vow to build a free Syria for our future generations and to uphold the revolution's goals, for which our martyrs have made the ultimate sacrifice.“³⁵

Ungeachtet der in „The Day After“ erarbeiteten Ziele im Nachkriegs-Syrien hat die deutsche „Stiftung Wissenschaft und Politik“ mit dem Projekt auch und vor allem Kräfte unterstützt, die auf eine militärische „Lösung“ setzen.

Die Position der SWP zur Stationierung deutscher Raketen in der Türkei

Am 14.12.2012 hat der Bundestag beschlossen, bis zu 400 deutsche Soldaten in der Türkei zu stationieren, um die integrierte Luftverteidigung der NATO in dem Land gegen Angriffe aus Syrien zu verstärken.³⁶ Kurze Zeit später wurden zwei Batterien des Flugabwehr-Raketensystems „Patriot“ der Bundeswehr kurz hinter die Grenze zu Syrien in die Türkei gebracht und in Einsatzbereitschaft versetzt.³⁷

Dabei war (und ist) die Entsendung politisch nicht unumstritten. Im Bundestag votierten 461 Abgeordnete für die Stationierung der Raketen in der Türkei, 86 lehnten sie ab, es gab acht Enthaltungen.³⁸ Die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ stellte sogar einen Entschließungsantrag, in dem gefordert wurde, „keine Patriot-Luftabwehrraketen und damit einhergehend kein Bundeswehrpersonal in die Türkei zu verlegen“.³⁹ Mit der Stationierung der Waffen würde Deutschland „zu einer Konfliktpartei“ in dem Bürgerkrieg. Zudem läge kein UN-Mandat vor und der Einsatz sei nicht mit dem NATO-Vertrag zu begründen, erklärte die Linksfraktion in ihrem Antrag. Die Fraktion fürchtet eine militärische „Eskalation des Konfliktes“.

Auch in der Bevölkerung stieß die geplante „Patriot“-Stationierung auf Ablehnung. Laut einer Umfrage von Infratest-Dimap für den ARD-Deutschlandtrend vom 23. November 2012 hielten nur 36 Prozent der Befragten den Einsatz deutscher Flugabwehrraketen an der türkisch-syrischen-Grenze für richtig, 59 Prozent hielten ihn für „nicht richtig“.⁴⁰ Zudem muss beachtet werden, dass laut ARD-Deutschlandtrend vom August 2013 eine große Mehrheit von 62 Prozent eine Beteiligung der Bundesrepublik an einem Militärschlag gegen Syrien ablehnt.⁴¹ Eine breite Mehrheit der deutschen Bevölkerung scheint also jedwede Einmischung Deutschlands mit der Bundeswehr abzulehnen.

Bei der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ sieht dies anders aus. Für die SWP war es vor allem Dr. Markus Kaim, Leiter der Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik“, der zum deutschen „Patriot“-Einsatz Stellung bezog. In einem Gastbeitrag im

„Tagesspiegel“ stellte Kaim zwar fest, dass die „Stationierung der Patriot-Raketen an der Grenze zu Syrien [...] falsch“ sei, nicht aber, weil dies zu einer weiteren Eskalation des Konflikts führen könnte, sondern weil er sie für halbherzig hielt.⁴² Die Patriot-Raketen könnten ihre abschreckende Wirkung auf die syrische Führung nur dann entfalten, „wenn die Nato und damit auch die Bundesregierung zu ihrem möglichen Einsatz fest entschlossen sind. Wer dazu nicht bereit ist, sollte entsprechende Drohgebärden unterlassen“, schreibt Kaim. Seine Forderung lautet daher:

„Es gibt deutlich wirksamere Wege, dem Nato-Partner Türkei angesichts des Bürgerkrieges im Nachbarland beizustehen als Abwehrraketen zu stationieren. Ankara dabei zu helfen, den Strom syrischer Flüchtlinge zu bewältigen – mindestens 120 000 sind bereits über die Grenze geflüchtet –, ist einer davon. Ein anderer, so unbequem das sein mag, ist die Vorbereitung eines militärischen Engagements der internationalen Gemeinschaft in Syrien selbst.“⁴³

Dass Kaim die „Patriot“-Stationierung in der Türkei kritisch sieht, eine deutsche Beteiligung an einer militärischen Aktion gegen Syrien aber befürwortet, erläutert er auch im gemeinsam mit Dr. Günter Seufert verfassten SWP-Papier „Deutsche Patriot-Raketen in der Türkei – Symbolik statt Strategie“ vom Januar 2013:

„[A]ngesichts der möglichen Eskalationsdynamik in Syrien ist nicht auszuschließen, dass die Bundesregierung schon bald mit einer Entscheidungssituation konfrontiert ist, die sie nur schwer kontrollieren kann, weil die Optionen viel stärker von anderen Akteuren als von ihr selbst bestimmt werden. Denn sollte Assad tatsächlich Chemiewaffen gegen die syrische Bevölkerung einsetzen, dürfte dies ein militärisches Eingreifen des Westens zur Folge haben. Dann wiederum wäre es wohl unabdingbar, den syrischen Luftraum zu überwachen und Assads Luftwaffe zu bekämpfen. Dafür ließen sich auch die Patriot-Raketen nutzen. Es wäre den Nato-Verbündeten nur schwer zu vermitteln, sollte Deutschland gerade in einem solchen Moment – unter Berufung auf das Mandat – seine Abwehrbatterien wieder abziehen oder ihre Nutzung signifikant einschränken.“

Es ist nachvollziehbar, dass die Bundesregierung inzwischen auch militärische Instrumente in Erwägung zieht, um die Folgen des syrischen Bürgerkriegs zu begrenzen. Dies geschieht aber leider in erratischer, ja nahezu unstrategischer Weise. Die unterstellte Bedrohung des türkischen Territoriums durch Syrien existiert derzeit nicht. Und für eine Reaktion auf jenes Szenario, das dem Westen heute die größten Sorgen bereitet – ein Chemiewaffeneinsatz durch Assad –, sind die Patriot-Raketen gemäß Mandat nicht nutzbar. Ebenso wenig leisten sie einen Beitrag zum übergeordneten Ziel der deutschen Politik: den innerstaatlichen Konflikt in Syrien einzuhegen und einer politischen Lösung zuzuführen.⁴⁴

Die Autoren gehen mit dem Kurs der Bundesregierung scharf ins Gericht, jedoch nicht weil er zu einer Eskalation des Krieges in der Region führen könnte oder weil sie um eine friedliche Lösung im syrischen Bürgerkrieg fürchten, sondern weil sich die Bundesregierung nicht klar für ein militärisches Eingreifen in den Konflikt ausgesprochen hat. Kaim und Seufert befürworten im Gegensatz zu Teilen der Bundespolitik und einem Großteil der deutschen Bevölkerung eine militärische Intervention in Syrien.

Die Zuspitzung des Bürgerkriegs und Aussagen der SWP

Wie schon beschrieben, intensivierte sich der syrische Bürgerkrieg seit seinem Beginn. Auch der Ruf nach einem Eingreifen



Patriot-Startgerät mit PAC-3 Lenkflugkörper und leeren PAC-3 Startbehältern. Foto: Bundeswehr/Gygas über flickr „Wir dienen Deutschland“

der internationalen Gemeinschaft wurde daher lauter. Im August 2011 einigte sich der UN-Sicherheitsrat auf eine Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen und der Gewaltanwendung gegen die syrische Bevölkerung durch die Truppen von Baschar al-Assad.⁴⁵ Die Erklärung hatte für Assad aber ebenso wenig Konsequenzen wie ein Sicherheitsrat-Beschluss vom März 2012, der zur Einhaltung des Friedensplans des UN-Sondergesandten Kofi Annan mahnte.⁴⁶ Obwohl es Hinweise gibt, dass eher die Rebellen für den Bruch des UN-Friedensplans verantwortlich waren⁴⁷, wurde im UN-Sicherheitsrat nahezu ausschließlich versucht, die Assad-Regierung zu beschuldigen. Meist sind es die Stimmen der Veto-Mächte China und vor allem Russland, an denen konkretere Sanktionen gegen Syrien oder sogar etwaige Mandate für Militärschläge scheitern. Die neuerliche Annahme einer Resolution des Sicherheitsrats zur Vernichtung aller syrischen Chemiewaffen ist hier eine Ausnahme, die unter anderem deshalb zustande kam, weil vor allem Russland hierin die Möglichkeit sah, einen faktisch bereits beschlossenen Militärschlag doch noch abwenden zu können. Mit der langen Blockade der sich fast ausschließlich gegen das Assad-Regime richtenden Vorschläge im UN-Sicherheitsrat befasst sich auch die SWP.

Die „Deutsche Welle“ befragte im März 2013 den schon erwähnten SWP-Mitarbeiter Dr. Markus Kaim, wie sich der Westen angesichts des sich zuspitzenden Bürgerkriegs verhalten sollte: „Es geht jetzt weniger um die Frage, ob wir einen Konflikt befeuern“, so Kaim, „sondern eher um die Frage, wie wir ihn – auch mit einem militärischen Eingreifen – schnellstmöglich beenden können.“⁴⁸ Dabei hat Kaim konkret an Waffenlieferungen an die syrische Opposition gedacht. Er plädiert für eine konfrontative deutsche Militärpolitik gegen das Assad-Regime:

„In der Bezugnahme auf eine Kultur der Zurückhaltung spiegelt sich das außenpolitische Selbstverständnis der alten Bundesrepublik bis 1990 wieder. Aber die Rahmenbedingungen haben sich geändert: Wir haben es heute nicht mehr mit Konflikten wie während des Kalten Krieges zu tun, sondern in der Regel mit ganz unterschiedlichen innerstaatlichen Konflikten.“⁴⁹

Der Sicherheitspolitik-Experte habe laut „Deutscher Welle“ beobachtet, dass Deutschland – gerade mit Blick auf seinen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat – immer wieder betone, Verantwortung übernehmen zu wollen, sich dann aber bei wichtigen Entscheidungen zurückhalte und die vorher geweckten Erwartungen nicht erfülle. Diese Kritik hat Kaim bereits im Mai 2012 in einem Beitrag für die Zeitschrift „Internationale Politik“ detailliert ausgeführt, indem er „Argumente für eine deutsche Beteiligung“ an einem westlichen Militärschlag gegen das Assad-Regime benannte:

„Erstens erwarten die traditionellen Partner deutscher Sicherheitspolitik nicht nur aufgrund des nichtständigen Sitzes im Sicherheitsrat, dass Berlin größere Verantwortung in der internationalen Politik übernimmt. [...] Weil sich Deutschland überdies nicht an der Libyen-Operation der NATO beteiligt hat, wird es für die Bundesrepublik allein schon aus bündnispolitischen Erwägungen nahezu unmöglich sein, sich einem möglichen militärischen Syrien-Engagement vollständig zu entziehen. Eine symbolische Beteiligung wird dabei nicht ausreichen.“⁵⁰

Im Weiteren geht Kaim auf das Konzept der „Verantwortung zum Schutz“ – „Responsibility to Protect“ (R2P) – ein, welches ein (militärisches) Eingreifen zum Schutz etwa von Menschenrechten in einen souveränen Staat vorsieht:

„Zweitens haben deutsche Politiker unterschiedlicher Parteien in den vergangenen Monaten immer wieder geäußert, wie sehr sie über die humanitäre Lage in Syrien besorgt seien und das Vorgehen der syrischen Regierung gegen die Opposition verurteilt. Zugleich haben sie zuletzt im Kontext der Libyen-Krise wiederholt auf die R2P-Doktrin als einer Leitmaxime deutscher Außenpolitik verwiesen und damit interne wie externe Erwartungen befeuert, dass die deutsche Politik entsprechend agierte. Sich jetzt dafür zu entscheiden, das Vorgehen der Regierung Assad gegen die Opposition zwar zu verurteilen, es letztlich aber hinzunehmen, würde die deutsche Außenpolitik diskreditieren.“⁵¹

Bundestag und Bundesregierung sollten sich laut Kaim auf eine Militärintervention einstellen, die von Deutschland unterstützt

werden sollte. Eine Ablehnung würde die „moralische Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik massiv unterminieren“ und „die Partner der Bundesrepublik (erneut) fragen lassen, welche Lasten Deutschland denn in der internationalen Politik zu schultern bereit“ sei.

Dies ist aber nicht die alleinige Haltung der SWP zu einer möglichen Syrien-Intervention. Dr. Peter Rudolf, der bei der SWP für die „Außen- und Sicherheitspolitik der USA“ sowie für „Ethik internationaler Politik“ zuständig ist, sieht ein westliches Eingreifen in Syrien mit Verweis auf die „Responsibility to Protect“ kritisch und warnte Ende August 2013 – also sogar nach den Giftgas-Attacken nahe Damaskus – vor einer westlichen Intervention:

„Befürworter eines Militäreinsatzes berufen sich auf die sogenannte Schutzverantwortung, die Responsibility to protect. Dabei handelt es sich aber um ein moralisch-politisches Prinzip, nicht um eine feste, völkerrechtliche Norm. [...] Ohne ein Mandat des Sicherheitsrates ist die völkerrechtliche Grundlage fragwürdig, und es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem Schutzprinzip und dem Völkerrecht.“⁵²

Die unterschiedlichen Positionen zu einem möglichen militärischen Eingriff in Syrien, der mittlerweile sowieso erst einmal abgewendet scheint, macht die Heterogenität innerhalb der SWP deutlich: während einige Stiftungs-Wissenschaftler geradezu auf einen Militäreinsatz drängen, warnen andere vor einem überschnellen Eingreifen und einer weiteren Erosion des internationalen Völkerrechts. Allerdings waren aber die „Eskalationsbefürworter“, vor allem Volker Perthes und Markus Kaim, medial deutlich präsenter als die moderateren Vertreter der Stiftung und bestimmten so maßgeblich deren Außendarstellung.⁵³

Die Haltung der SWP zum Giftgas-Angriff im August 2013

Ambivalent sind die SWP-Äußerungen auch hinsichtlich eines anderen traurigen Höhepunkts im syrischen Bürgerkrieg: in den Tagen nach dem 21. August 2013 erschütterte der offensichtliche Einsatz von Chemiewaffen in der Region Ghuta östlich der syrischen Hauptstadt Damaskus die Weltöffentlichkeit. Wer für den Angriff mit zahlreichen getöteten Zivilisten verantwortlich ist, konnte bislang noch nicht einwandfrei geklärt werden. In Syrien aktive UN-Inspektoren konnten nur feststellen, dass die Chemikalie Sarin eingesetzt wurde (allerdings erstreckte sich ihr Mandat – mutmaßlich auf Drängen der USA⁵⁴ – auch ausschließlich darauf, nur dies zu untersuchen). So wird es in absehbarer Zeit keine vollkommene Sicherheit darüber geben, wer hinter dem Chemiewaffen-Einsatz steckt – über die Waffen sollen beide Konflikt-Parteien verfügen. Und auch Experten sind sich uneinig.

Prof. Dr. Günter Meyer, vom „Zentrum für Forschung zur arabischen Welt“ an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, sprach sich im ZDF-Spezial „Rote Linie überschritten – Greift der Westen in Syrien ein?“ am 27. August 2013 für eine Zurückhaltung des Westens aus:

„[Der Einsatz der Chemiewaffen durch das Assad-Regime] ist eine Behauptung von Seiten der USA, die ganz klare propagandistische Interessen hat. Wenn wir uns wirklich fragen ‚Wer hat Interessen an einem Einsatz von Massenvernichtungswaffen mit chemischen Kampfstoffen‘, dann kann das nicht das Regime sein, das genau weiß, dass die Rote Linie [existiert], wenn wir chemische Kampfstoffe einsetzen, dann haben wir die stärkste Weltmacht gegen uns. Das heißt aus der logischen Überlegung her kann das Assad-Regime nicht dafür verantwortlich sein. Allein

die Aufständischen dürften das inszeniert haben. [...] Wir haben schon einmal gesehen, welche Belege die Amerikaner vor dem Einmarsch in den Irak vorgelegt haben. Diese Belege kann man beliebig fälschen und beliebig auslegen. Das heißt es wird mit Sicherheit keinen eindeutigen Beweis dafür geben und auch die UN-Kommission, die soll ja nicht beweisen, wer für die Anschläge verantwortlich ist, sondern nur dass ein Anschlag vorgekommen ist.“

Während der Mainzer-Wissenschaftler zur Zurückhaltung mahnte, vertrat der Direktor der „Stiftung Wissenschaft und Politik“, Prof. Dr. Volker Perthes, am 26. August 2013 in einem Interview der ARD-„Tagesthemen“ eine offensive westliche Politik, die eine Militär-Intervention unter deutscher Beteiligung einschloss:

„Ich glaub es muss klar sein, ich weiß es nicht, ich war ja nicht dort, aber wahrscheinlicher und plausibler ist, dass das Assad-Regime diese Waffen eingesetzt hat. Das ergibt sich wenn man guckt, an welchen Orten es eingesetzt worden ist, welche militärische Lage dort geherrscht hat und wer in diesem Bürgerkrieg überhaupt die Möglichkeit hat, in solchen Mengen systematisch Giftgas einzusetzen. [...] Es gibt international ein Chemiewaffen-Verbot – das gilt auch für Syrien. Wenn es da keine Reaktion der internationalen Gemeinschaft gibt, glaubt demnächst jeder Diktator und jede Bürgerkriegspartei in jedem Krieg, dass er oder sie ungestraft Chemiewaffen einsetzen kann. [...] Wenn das Chemiewaffen-Verbot hier von einem Staat durchbrochen worden ist, kann das nicht folgenlos bleiben und es wird gerade ein Staat wie die Bundesrepublik Deutschland, der sich international immer für Abrüstungskonventionen einsetzt, der sich immer für Rüstungskontrolle einsetzt, gerade ein Staat wie Deutschland wird dies auch ganz deutlich sagen. Und das heißt, auch wenn die Amerikaner sich entscheiden zu handeln, weil es keinen Konsens im Sicherheitsrat gibt, dann wird Deutschland denke ich, dürfte Deutschland meiner Ansicht nach nicht im Wege stehen.“

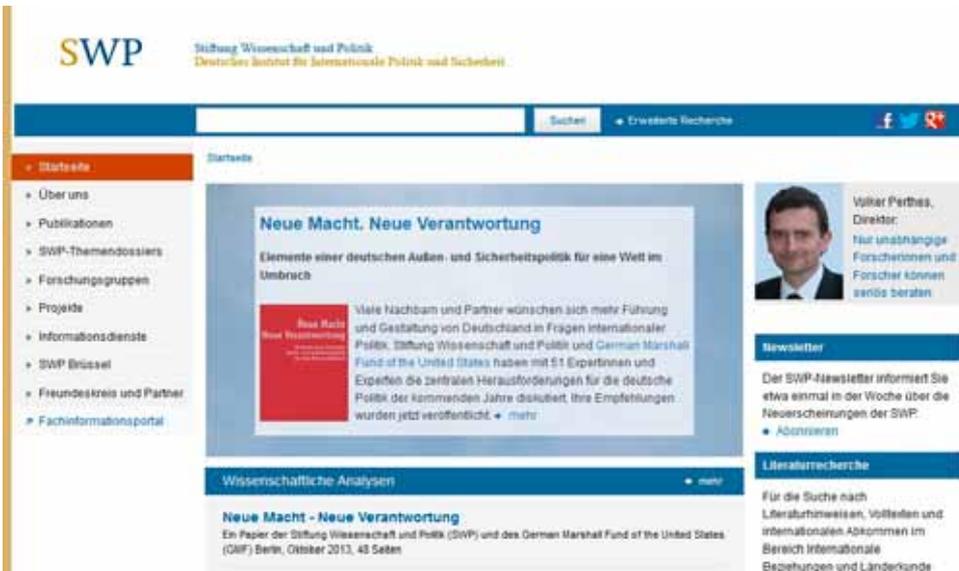
Ein UN-Mandat macht Perthes für ein westliches Eingreifen in Syrien nicht zur Voraussetzung und fordert die Bundesregierung sogar dazu auf, die USA bei jedwedem Militärschlag gegen das Assad-Regime zu unterstützen.

Diese Position scheint bei der SWP aber nicht einheitlich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gelten. Beispielsweise äußerte sich der SWP-Wissenschaftler Dr. Peter Rudolf in einem Interview Ende August 2013 in der „Berliner Zeitung“ zurückhaltender:

„Ein Chemiewaffeneinsatz würde ein Eingreifen auf der Grundlage der Schutzverantwortung legitimieren. Aber natürlich wäre es zwingend nötig, genauere Belege zu haben, von welcher Seite sie eingesetzt wurden. Und selbst wenn Beweise vorgelegt werden für eine Schuld des Assad-Regimes, bleibt für die USA die völkerrechtliche Legitimation eines militärischen Eingreifens ein Dilemma.“⁵⁵

Auch Dr. Margarete Klein, die bei der SWP zu russischer Außen- und Sicherheitspolitik forscht, zeigt sich zur Frage nach einem militärischen Angriff auf Syrien ohne UN-Mandat nachdenklich. In einem Gastbeitrag im Handelsblatt plädiert sie dafür, dass Russland seinen Widerstand im UN-Sicherheitsrat aufgeben soll. Dazu sollten russische Verbündete politischen Druck auf Russland ausüben:

„Es kommt [...] jetzt darauf an, dass diejenigen Länder, mit denen Moskau seine Beziehungen aufrecht erhalten oder gar ausweiten konnte – wie die Türkei, Ägypten oder Algerien – Russland die Gefahr einer Selbstisolation vor Augen führen. [...] Will Moskau als verantwortungsvoller Akteur in der Region wahrgenommen werden, muss es [...] aber auch liefern: indem es von



Screenshot der Homepage der SWP, www.swp-berlin.org

seiner Forderung, Assad an einer politischen Lösung zu beteiligen, Abstand nimmt und indem es seinen Einfluss auf die übrige Führung in Damaskus nutzt, um dort Kompromissbereitschaft einzufordern.⁵⁶

Während einige SWP-Wissenschaftler für eine deutsche Beteiligung an einer Intervention in Syrien zumindest ein – von Russland abhängiges – UN-Mandat zur Grundlage machen, plädiert der Direktor der Stiftung also sogar für ein Eingreifen ohne völkerrechtliche Legitimation. Allen gemeinsam ist, dass sie grundsätzlich auf der Seite der Assad-Gegner stehen. Dass auch die Rebellen für den Giftgas-Angriff verantwortlich sein könnten, wie es Prof. Dr. Günter Meyer vom „Zentrum für Forschung zur arabischen Welt“ der Universität Mainz anmerkt, wird bei der SWP nicht in Betracht gezogen – mit einer solchen Position würde sich die SWP auch gegen Personen stellen, die in den Gruppen aktiv sind, mit denen sie beim „The Day After“-Papier bereits zusammengearbeitet hat.

Die SWP nach der UN-Resolution zur Vernichtung syrischer C-Waffen

Obwohl eine Militärintervention der USA und einiger westlicher Verbündeter zwischenzeitlich unabwendbar schien, gelang Mitte September 2013 – auch durch geschickte Diplomatie Russlands – eine Entschärfung des Konflikts. Die im UN-Sicherheitsrat bei Fragen um den Syrien-Konflikt bisher uneinigen Russen und US-Amerikaner vereinbarten am 14. September einen Rahmenplan, der die Erfassung, Sicherstellung und Vernichtung der syrischen Chemiewaffen betrifft und Ende September zu einer verbindlichen UN-Resolution führte.⁵⁷ Demnach sollte Syrien der internationalen Chemiewaffen-Konvention beitreten, was inzwischen geschehen ist.⁵⁸ Kommt es zu Komplikationen und Machthaber al-Assad erfüllt die UN-Forderungen nicht, behält sich der Sicherheitsrat zwar die Option eines Militärschlags offen – allerdings erst nach nochmaliger Abstimmung, die Russland dann allerdings sehr wahrscheinlich wie bisher blockieren würde. Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle begrüßte die UN-Resolution als wichtigen Schritt in die richtige Richtung.⁵⁹ Und auch die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ bezog Position zur neuen, internationalen Syrien-Politik.

Die schon erwähnten Wissenschaftler Dr. Markus Kaim und Prof. Dr. Volker Perthes gaben zusammen mit dem SWP-Sicherheitspolitik-Experten Dr. Oliver Meier eine aktuelle

Stellungnahme unter der Überschrift „Waffenstillstand ist die Voraussetzung für Abrüstung – Ein Vier-Punkte-Plan für Syrien“ zur politischen Konfliktlösung heraus.⁶⁰ Darin wird gefordert, die Bemühungen zur Abrüstung in Syrien um Schritte zur politischen Konfliktlösung zu ergänzen. Dazu müssten laut den SWP-Wissenschaftlern vier Punkte umgesetzt werden.

Erstens müsse die Einhaltung der Chemiewaffen-Abrüstung des syrischen Regimes kontrolliert und eine möglichst schnelle Vernichtung der Waffen sichergestellt werden. Zweitens müsse ein Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien erwirkt werden. Dabei

heißt es in der Stellungnahme konkret:

„Eine Vereinbarung, die auch andere Elemente wie entmilitarisierte Zonen oder internationale Beobachter enthalten könnte, kann aber nur erreicht werden, wenn einerseits Russland die syrische Regierung und andererseits die Gruppe der ‚Freunde Syriens‘, hier nicht zuletzt die USA und Saudi-Arabien, die Opposition unter Druck setzen.“

Der dritte Schritt müsse darin bestehen, humanitären Hilfsorganisationen umfassenden Zugang zu allen Gebieten Syriens zu gewährleisten, um Verletzte und Flüchtlinge zu versorgen und das Land zu stabilisieren. Als finalen Schritt sehen die Wissenschaftler eine Friedenskonferenz, auf der eine endgültige Lösung des Bürgerkriegs gefunden werden soll:

„Auf Einladung der Vereinten Nationen unter der Schirmherrschaft der USA und Russlands sollen an dieser Konferenz eine zivil-militärische Delegation der Damaszener Regierung⁶¹ und ein repräsentatives Team der Opposition teilnehmen. Erstes Ziel ist dann die Bildung einer Übergangsregierung.“

Zur Absicherung des langjährigen Friedensprozesses halten die Autoren die Entsendung einer internationalen Schutztruppe in Syrien für unabwendbar. Daher befürworten die Berliner Wissenschaftler auch weiterhin eine deutsche Beteiligung an einem Militär-Einsatz in Syrien:

„Schon vor der vollständigen Abrüstung der syrischen Chemiewaffen könnten in Berlin heiklere Anfragen eingehen, etwa ob deutsche Soldaten einen Beitrag bei der Sicherung der Chemiewaffenbestände oder im Rahmen einer UN-Friedenstruppe leisten. Wenn es der Bundesregierung mit der Unterstützung von Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie einem Friedensprozess in Syrien ernst ist, sollte sie sich einem solchen Ansinnen nicht entziehen.“

Mit der vorläufigen Abwendung einer offensiven militärischen Intervention der westlichen Assad-Gegner scheint zumindest in Teilen ein Umdenken bei den ansonsten Kriegs-Befürwortenden Wissenschaftlern der SWP eingesetzt zu haben: so werden auch erstmals – wenn auch nur vorsichtig – die Mitglieder der syrischen Opposition und ihre Verbündeten in die Pflicht genommen für einen Erfolg der internationalen Friedens-Bemühungen zu sorgen. So scheint die aktuelle Position führender Köpfe der SWP gemäßiger als in der Zeit vor der UN-Resolution. Allerdings befürwortet man weiter eine deutsche Beteiligung an einer Militär-Mission in Syrien und behält im Großen und Ganzen eine starke Einseitigkeit zugunsten der Opposition bei.

Fazit

Im untersuchten Zeitraum sprachen sich führende Köpfe der SWP wie Direktor Prof. Dr. Volker Perthes, Dr. Markus Kaim und Dr. Günter Seufert vehement für einen westlichen Militäreinsatz in Syrien aus – sogar ohne UN-Mandat. Der Bundesregierung rieten sie, sich unbedingt mit der Bundeswehr an einem solchen Einsatz zu beteiligen, was mit dem generellen Ruf der SWP, die Bundeswehr öfter zum Einsatz zu bringen, einhergeht. Auch wenn in der Folge der im September 2013 verabschiedeten und vom syrischen Machthaber Baschar al-Assad akzeptierten UN-Resolution zur Vernichtung aller Chemiewaffen im Land (zumindest derer, die in Hand der Regierung sind), bei der SWP eine gewisse Mäßigung eingetreten zu sein scheint, lässt sich festhalten, dass die Interventionsbefürworter lange die Außendarstellung der Stiftung prägten.

Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass die von Stiftung-Mitgliedern vertretenen Positionen vollkommen homogen gewesen wären: einige Wissenschaftler gaben sich, was eine militärische Intervention anging, zurückhaltender. So fürchteten etwa Dr. Margarete Klein sowie Dr. Peter Rudolf eine weitere Erosion des internationalen Rechts und bestanden deshalb zumindest auf einem UN-Mandat, als Minimalbasis für eine gewaltsame Einmischung in den syrischen Bürgerkrieg – was allerdings nicht mit einer kategorischen Absage an Militärinterventionen zu verwechseln ist.

Insgesamt stand (und steht) die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ im syrischen Bürgerkrieg klar auf Seiten der Assad-Gegner. Überaus interessant und bemerkenswert ist allerdings, dass innerhalb der Stiftung augenscheinlich zwischenzeitlich erhebliche Differenzen bestanden, wer dabei in welcher Form unterstützt werden sollte. Noch ungewöhnlicher ist, dass diese Meinungsverschiedenheiten offen benannt und diskutiert wurden, was anhand zweier SWP-Papiere geschah, die im Februar 2012 jeweils sehr unterschiedliche Einschätzungen zum Ausdruck brachten. Konkret handelte es sich dabei einerseits um ein Papier von Dr. Markus Kaim und andererseits um eine von Dr. Muriel Asseburg und Heiko Wimmen veröffentlichte Gegenposition. Beide Texte wurden mit dem Zusatz versehen: „Eine andere Perspektive auf das Thema bietet SWP-Aktuell 11 (Februar 2012) von Markus Kaim“ bzw. „Eine andere Perspektive auf das Thema bietet SWP-Aktuell Nr. 12 (Februar 2012) von Muriel Asseburg und Heiko Wimmen“.

Kaims Text setzte voll auf Regimewechsel und zwar präferiert mittels gezielter Sabotage und einer westlichen Aufrüstung der „Freien Syrischen Armee“: „Die erste Handlungsoption wäre der verdeckte Einsatz von Spezialeinheiten in Syrien, der vor allem zwei Ziele hätte: zum einen die Unterstützung der Freien Armee Syriens (FAS) in Form von Ausbildung und Bewaffnung und zum zweiten die Schwächung des syrischen Regimes durch Sabotage der militärischen Infrastruktur.“⁶²

Gegen diese Forderung Kaims, der in seinem Text sogar noch deutlich weiter ging und mehr oder weniger offen für eine direkte westliche Militärintervention unter deutscher Beteiligung plädierte⁶³, bezogen wie erwähnt Asseburg und Wimmen Stellung: „Von Waffenlieferungen an die FSA ist dringend abzuraten. [...] Denn eine weitere Militarisierung des Aufstandes wird das militärische Kräfteverhältnis kaum entscheidend verändern, jedoch die Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung weiter in die Höhe treiben.“⁶⁴

Ein solches Vorgehen, bei dem unterschiedliche Meinungen derart transparent kenntlich gemacht werden, ist in der Denkfabrik-Landschaft ebenso unüblich wie begrüßenswert. Auf der

anderen Seite zeigt sich aber, dass Muriel Asseburg, trotz ihrer auch oben bereits angesprochenen Skepsis gegenüber dem „Syrischen Nationalrat“ und der „Freien Syrischen Armee“ bereit war, mit ebendiesen hochproblematischen und gewaltbereiten Kräften im Projekt „The Day After“ eng zusammenzuarbeiten und die Post-Assad Ära auszuplanen.

Die zumindest teils geäußerte Kritik an den gewaltbereiten Teilen der Opposition führte also keinesfalls zu der Schlussfolgerung, nur noch mit Akteuren zusammenzuarbeiten, die strikt gewaltfreie Strategien verfolgten und nicht im Verdacht standen, sich schwerer Menschenrechtverletzungen schuldig gemacht zu haben. So erweckten sämtliche SWP-Mitarbeiter letztlich den Eindruck, Krieg und Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele im Falle Syriens für legitim zu erachten. Dabei stellten sie sich einseitig auf die Seite der syrischen Opposition, wobei kritische Informationen weitgehend nicht in deren Analyse mit einfließen.

Hierdurch wurden jedoch genau die gewaltbereiten Teile der Aufständischen legitimiert, unterstützt und in ihrem Handeln ermutigt, die keinerlei Interesse an einer Verhandlungslösung an den Tag legten. Dies trug maßgeblich zur Eskalation der Kampfhandlungen bei, die dann zynischerweise wiederum die – auch und vor allem von führenden SWP-Vertretern geäußerten – Rufe nach einer westlichen Militärintervention umso lauter werden ließ. Dass diese Intervention letztlich abgewendet wurde, war sicher nicht das Verdienst der Stiftung, deren Agieren im Syrien-Konflikt aus friedenspolitischer Sicht als hochgradig kontraproduktiv einzustufen ist.

Abkürzungsverzeichnis

- ARD - Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
- FSA – Freie syrische Armee
- NATO – North Atlantic Treaty Organization (Organisation des Nordatlantikvertrags)
- R2P – Responsibility to Protect
- SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute
- SNR – Syrischer Nationalrat
- SWP – Stiftung Wissenschaft und Politik
- UN – United Nations (Vereinte Nationen)
- USA – United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
- ZDF – Zweites Deutsches Fernsehen

Anmerkungen

- 1 N. N.: Bürgerkrieg in Syrien: Viele Tote bei Raketenangriffen in der Provinz Idlib, in: www.spiegel.de, 15.7.2013.
- 2 N. N.: Unicef-Bericht zum Bürgerkrieg: Eine Million Kinder in Syrien auf der Flucht, in: www.spiegel.de, 23.8.2013.
- 3 N. N.: Großbrand auf historischem Basar: Unesco nennt Zerstörung in Aleppo Tragödie, in: www.spiegel.de, 30.9.2012.
- 4 Paech, Norman: Wer siegt in Syrien, der Krieg oder das Völkerrecht? in: Gehrke, Wolfgang/Reymann, Christiane (Hrsg.): Syrien – Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert, Köln 2013, S. 56.
- 5 N. N.: Syrien-Konflikt – Mehr als 100.000 Tote im syrischen Bürgerkrieg, in: www.zeit.de, 26.6.2013.
- 6 N. N.: NGO: More than 100,000 killed in Syria since uprising began, in: www.english.alarabiya.net, 26.7.2013.
- 7 N. N.: Unicef-Bericht zum Bürgerkrieg: Eine Million Kinder in Syrien auf der Flucht, in: www.spiegel.de, 23.8.2013.
- 8 Reymann, Christiane: Who is Who in der syrischen Politik – Parteien und Gruppen der Opposition, der Linken, der Regierung, in: Gehrke/Christiane 2013, S. 172.
- 9 Ebenda, S. 163.

- 10 Ebenda.
- 11 Sly, Liz/DeYoung, Karen: Largest Syrian rebel groups form Islamic alliance, in possible blow to U.S. influence, in: www.washingtonpost.com, 25.9.2013 2013.
- 12 Ditz, Jason: Jane's Report: About Half of Syria Rebels Are Jihadists. Secularists Are Miniscule Part of Overall Rebellion, in: antiwar.com, 15.9.2013.
- 13 Black, Ian: Iran confirms it has forces in Syria and will take military action if pushed, in: www.theguardian.com, 16.9.2012.
- 14 N. N.: Syrien: USA verschärfen Sanktionen gegen Assad-Regime, in: www.spiegel.de, 30.8.2011.
- 15 Schmitt, Eric: C.I.A. Said to Aid in Steering Arms to Syrian Opposition, in: www.nytimes.com, 21.6.2012.
- 16 N. N.: US Aiding Arms Shipments to Syrian Rebels – Report, in: www.en.ria.ru, 25.3.2013.
- 17 N. N.: Bürgerkrieg in Syrien – Russland blockiert UN-Resolution zu Chemiewaffen, in: www.sueddeutsche.de, 11.7.2013.
- 18 Perthes, Volker: Die Stiftung Wissenschaft und Politik, in: www.swp-berlin.org.
- 19 Ebenda.
- 20 N. N.: Forschungsgruppen, in: www.swp-berlin.org.
- 21 N. N.: Die größte Denkfabrik in Europa, *Tagesspiegel* 17.10.2012.
- 22 N. N.: Freundeskreis und Partner, in: www.swp-berlin.org.
- 23 Natürlich lassen sich in dieser Arbeit nicht sämtliche Stellungnahmen wiedergeben. Die berücksichtigten Texte und Aussagen wurden auf der Grundlage ausgewählt, dass sie möglichst repräsentativ die seitens der SWP in der Öffentlichkeit vertretenen Positionen wiedergeben.
- 24 Asseburg, Muriel/Wimmen, Heiko: Der gewaltsame Machtkampf in Syrien. Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, *SWP-Aktuell*, Februar 2012, S. 2.
- 25 Ciesinger, Ruht/Nüsse, Andrea: „The Day After Project“ in Berlin – Syriens Opposition plant für die Zukunft nach Assad, in: www.tagesspiegel.de, 29.8.2012.
- 26 N. N.: The Day After – Support a Democratic Transition in Syria, Berlin August 2012.
- 27 Lau, Jörg: Assad Gegner – Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf, in: www.zeit.de, 26.6.2012.
- 28 Rogin, Josh: Inside the quiet effort to plan for a post-Assad Syria, *Foreign Policy (The Cable)*, 20.6.2012 zitiert nach: Wagner, Jürgen: Imperialier Neoliberalismus: Syrien und die Europäische Nachbarschaftspolitik, *IMI-Studie* 12/2012.
- 29 Lau, Jörg: Assad Gegner – Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf, in: www.zeit.de, 26.6.2012.
- 30 The Day After. Supporting a Democratic Transition in Syria. Vision, Principles, Objectives, Challenges, and Recommendations, *SWP Comments*, August 2012.
- 31 Bussemer, Johanna: Entschlossen in der zweiten Reihe – Die Syrien-Politik der deutschen Bundesregierung, in: Gehrke/Reymann 2013, S. 94.
- 32 N. N.: Syria: All sides must protect captured or detained individuals in their custody, in: www.amnesty.org, 12.10.2012.
- 33 N. N.: Syria: Opposition Using Children in Conflict – Boys Report Serving as Fighters, Guards, and Lookouts, in: www.hrw.org, 29. November 2012.
- 34 Lau, Jörg: Assad Gegner – Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf, in: www.zeit.de, 26.6.2012.
- 35 N. N.: The Day After – Support a Democratic Transition in Syria, Berlin August 2012.
- 36 Bundestags-Drucksache 17/11783.
- 37 N. N.: Verlegung weiter im Zeitplan, in: *Bundeswehr aktuell* 3/2013.
- 38 N. N.: Die Beschlüsse des Bundestags vom 12. bis 14.12.2012, in: www.bundestag.de, 14.12.2012.
- 39 Bundestags-Drucksache 17/11896.
- 40 N. N.: Deutschlandtrend/23.11.2013, in: www.tagesschau.de.
- 41 Schönenborn, Jörg: Syrien-Einsatz ja, aber ohne Deutschland, in: www.tagesschau.de, 29.8.2013.
- 42 Kaim, Markus: Patriot-Raketen sind nur eine leere Drohgebärde der Nato, in: www.tagesspiegel.de, 8.12.2012.
- 43 Ebenda.
- 44 Kaim, Markus/Seufert, Günter: Deutsche Patriot-Raketen in der Türkei – Symbolik statt Strategie, *SWP-Aktuell* Januar 2013.
- 45 N. N.: Uno: Sicherheitsrat einigt sich auf seichte Syrien-Erklärung, in: www.spiegel.de, 3.8.2011.
- 46 N. N.: Friedensplan: Uno-Sicherheitsrat einigt sich auf Syrien-Erklärung, in: www.spiegel.de, 21.3.2012.
- 47 Der Nachrichtendienst *Strategic Forecast* schrieb dazu am 15.6.2012: „Zahlreiche neue Berichte weisen darauf hin, dass die syrischen Rebellen den Waffenstillstand vom 12. April als eine Gelegenheit benutzt haben, sich neu zu formieren und neu zu bewaffnen [...] Die Waffen wurden mutmaßlich über die Türkei, Libanon und Irak geliefert, hauptsächlich von Zulieferern aus Saudi Arabien und Katar. Aufgrund der besser ausgestatteten und bewaffneten Rebellen, die entschlossen sind, das Regime zu vernichten, scheint das Feld für eine Intensivierung des Konfliktes bereitet.“
- 48 Allmeling, Anne: Syrien – Deutschlands Politik der Zurückhaltung, in: www.dw.de, 5.3.2013.
- 49 Ebenda.
- 50 Kaim, Markus: Interventionsoptionen, in: *Internationale Politik* 3, Mai/Juni 2012.
- 51 Ebenda.
- 52 Doering, Martina: „Genauere Belege sind zwingend nötig“, in: *Berliner Zeitung*, 26.8.2013.
- 53 Diese Einschätzung gründet auf einer - zugegebenermaßen notgedrungen etwas oberflächlichen - Google-Recherche. Eine tiefgehende Auswertung der Präsenz einzelner SWP-Mitarbeiter in Zeitungen und Fernsehen hätte den Rahmen dieser Arbeit deutlich überstiegen.
- 54 Springstein, Hans: Verhandlungschancen und unwillige Islamisten, in: Freitag.de, 02.10.2013.
- 55 Doering, Martina: „Genauere Belege sind zwingend nötig“, in: *Berliner Zeitung*, 26.8.2013.
- 56 Klein, Margarete: Wie Russland im Syrien-Konflikt helfen sollte, in: www.handelsblatt.de, 31.8.2013.
- 57 N. N.: Vereinte Nationen: Sicherheitsrat verabschiedet Syrien-Resolution, in: www.faz.net, 28.9.2013.
- 58 N. N.: Vereinte Nationen – Syrien beantragt Beitritt zur Chemiewaffen-Konvention, in: www.zeit.de, 12.9.2013.
- 59 N. N.: Vereinte Nationen: Sicherheitsrat verabschiedet Syrien-Resolution, in: www.faz.net, 28.9.2013.
- 60 Kaim, Markus/Meier, Oliver/Perthes, Volker: Waffenstillstand ist die Voraussetzung für Abrüstung – Ein Vier-Punkte-Plan für Syrien, in: www.swp-berlin.org, 27.9.2013.
- 61 Anmerkung des Autors: Als „Damaszener Regierung“ werden die Akteure des „Damaszener Frühlings“ genannt, einer kurzen Periode intensiver politischer und sozialer Debatten in Syrien nach dem Tod von Baschar al-Assads Vater im Jahr 2000. Der „Damaszener Frühling“ wurde 2001 von al-Assad unterdrückt und beendet.
- 62 Kaim, Markus: Die Krise in Syrien - Möglichkeiten und Grenzen militärischen Eingreifens, *SWP-Aktuell* 11, Februar 2012, S. 2.
- 63 „Ein militärisches Engagement einzelner Nato-Staaten in Syrien unter Nutzung der Kommandostruktur der Allianz und unter Beteiligung von Nicht-Nato-Ländern der Region (Katar, Saudi-Arabien) würde angesichts der skizzierten politischen wie militärischen Rahmenbedingungen wohl am unteren Ende der Eskalationsleiter anzusiedeln sein. In seinen Elementen würde es der Libyen-Operation ähneln: Zuerst verdeckte Spezialoperationen, um die militärische Infrastruktur des Regimes zu schädigen, sowie Angebote an hohe Vertreter des syrischen Militärs, die Seiten zu wechseln; daneben Ausbildung und Ausrüstung für die FSA – wohl nicht direkt, sondern über Verbündete in der Region; im Falle einer dramatischen Verschlechterung der humanitären Lage ginge es gegebenenfalls um die Einrichtung und Sicherung von ein bis zwei Schutzzonen auf syrischem Territorium.“ Ebenda, S. 4.
- 64 Asseburg/Wimmen 2012, S. 4.

Forschung in „überwiegend militärischem Interesse“ trotz Zivilklausel?

von Christoph Marischka

Anlässlich der geplanten Einrichtung eines „nach Henry Kissinger benannten Lehrstuhls für Diplomatie, Strategie und transatlantische internationale Beziehungen“ in Bonn, der einen „Beitrag zur Verbreitung des außen- und sicherheitspolitischen Bewusstseins sowie zur Vertiefung des transatlantischen Verhältnisses“ leisten und zu fünf Sechsteln aus dem Verteidigungsetat finanziert werden soll, hat die Grünen-Bundestagsfraktion in einer auch ansonsten lesenswerten Kleinen Anfrage die Bundesregierung gefragt, welche weiteren Hochschulen in Deutschland Drittmittel vom Bundesverteidigungsministerium erhalten. Die Bundesregierung nannte in ihrer Antwort (BT-Drucksache 17/14706) daraufhin insgesamt 26 Hochschulen, von denen sich vier eigentlich mit sog. „Zivilklauseln“ in ihrer Grundordnung auf zivile Forschung festgelegt haben.

Die Mittel, die an die Universitäten fließen, stammen aus vier verschiedenen Haushaltstiteln des Verteidigungsministeriums. „Wehrtechnische Forschung und Technologie“ wird v.a. an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover finanziert, gefolgt von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, der TU München, der Universität Rostock, der Universität zu Köln und sechs weiteren. Insgesamt 13 Hochschulen betreiben „wehrmedizinische, wehrpsychologische und sonstige militärische Forschung“, im größten Umfang die Ludwig-Maximilians-Universität München, die TU Dresden und die Charite in Berlin, in kleinerem Umfang u.a. die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, die Eberhard Karls Universität Tübingen und die Friedrich-Schiller-Universität Jena. Neben der Universität Kiel wird nur noch die TU München aus beiden Haushaltstiteln finanziert. Sowohl wehrmedizinische Forschung, als auch Forschung als „Entscheidungshilfe für Planung und Führung“ – so der dritte Haushaltsposten des BMVg, aus dem Drittmittel an Universitäten fließen – werden an der Sporthochschule Köln vom Verteidigungsministerium finanziert. Diese „Operations Research“ wird sonst nur wiederum an der Universität Hannover und in Leipzig betrieben. Der letzte genannte Haushaltstitel ist etwas Sperrig mit „Entwicklung und Erprobung auf den Gebieten des Sanitätsdienstes, des Verpflegungs- und Bekleidungswesens sowie der Unterkunft und des Bauwesens“ überschrieben. Entsprechende Forschung wird an der Technischen Universität Kaiserslautern, der Georg-August-Universität Göttingen und der Universität Konstanz betrieben.

Im vom Bundestag beschlossenen Haushalt für das Jahr 2013 werden die Ziele der geförderten Forschung näher definiert. So kann die wehrtechnische Forschung der „Gewinnung neuer Erkenntnisse in technischen Themenbereichen von militärischem Interesse“, der „Schaffung der technologischen Voraussetzungen für künftige militärische Anwendungen“, der „Erarbeitung von technischen Lösungsalternativen zur Schließung von Fähigkeitslücken“ oder aber – deutlich allgemeiner gehalten – Ausgaben für „Kommunikation und Informationsverarbeitung“ umfassen. Die wehrmedizinische Forschung darf sich auch auf Forschungen in der Pharmazie, der Veterinärmedizin und der Psychologie erstrecken, Voraussetzung ist aber stets, dass an ihnen „ein überwiegend militärisches Interesse besteht“.

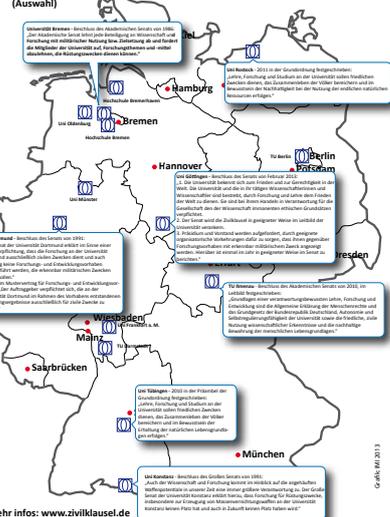
aufzunehmen: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“ Durch die Kleine Anfrage zur Kissinger-Professur wurde nun aber öffentlich, dass die Universität Tübingen im Haushaltsjahr 2013 noch 66.000 Euro für wehrmedizinische Forschung vom Bundesverteidigungsministerium erhalten sollte, an der dementsprechend ein „überwiegend militärisches Interesse“ bestehen muss. Zwar wurde u.a. wegen der in zeitlicher Nähe zur Formulierung der Tübinger Zivilklausel erfolgten Berufung des militär- und regierungsnahen Diplomaten Wolfgang Ischinger und einem von einer Bundeswehrangehörigen gehaltenen Seminar zu Ethnologie beim Militär von Kritikern von Anfang an davon ausgegangen, dass es sich bei dieser Klausel eher um ein Feigenblatt – u.a. für die in Tübingen umfangreich betriebene Forschung zu Künstlicher Intelligenz und Drohnen – handele. Während bei dieser Forschung und Lehre jedoch ein „überwiegendes militärisches Interesse“ nicht eindeutig festzustellen ist, wird es der wehrmedizinischen Forschung in Tübingen im vom Bundestag verabschiedeten Haushalt schwarz auf weiß attestiert. Wie dieses „überwiegend militärische Interesse“ mit der in der Grundordnung erfolgten Festlegung auf „friedliche Zwecke“ in Einklang zu bringen sein sollte, dies wird nun das Rektorat begründen müssen. Wie immer diese Begründung ausfallen mag – das Rektorat könnte sich etwa der von Ischinger häufig vorgebrachten Auffassung anschließen, dass gerade Kriege in Form von „Friedenseinsätzen“ selbst friedlichen Zwecken dienen: sie droht die Zivilklausel endgültig jeder Substanz zu berauben – in Tübingen und darüber hinaus.

Denn ähnliche Probleme ergeben sich in Rostock, Göttingen und Konstanz, wo ebenfalls mit Drittmitteln aus dem Verteidigungsministerium geforscht wird, obwohl die betreffenden Universitäten Zivilklauseln haben. Die Universität Rostock etwa hat seit 2011 einen mit Tübingen fast wortgleichen Passus, betreibt aber trotz der Festlegung auf friedliche Zwecke Forschung, die aus dem Haushaltstitel für „wehrtechnische Forschung und Technologie“ finanziert wird.

Karte bestehender Zivilklauseln in Deutschland. Grafik: IMI 2013 - Vorabdruck aus dem Drohnensforschungsatlas.

Das wirft v.a. hinsichtlich derjenigen Hochschulen Fragen auf, die sich mit unterschiedlich formulierten Zivilklauseln eigentlich verpflichtet haben, keine militärische Forschung zu betreiben. So hat der Senat der Universität Tübingen im Januar 2010 beschlossen, folgende Formulierung in die Präambel ihrer Grundordnung

Zivilklauseln in Deutschland



Der US-Drohnenkrieg und die Rolle Deutschlands

von Thomas Mickan

Die Trägerin des diesjährigen Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments Malala Yousafzai traf Mitte Oktober den US-Präsidenten und Träger des Friedensnobelpreises Barack Obama. Die 16-jährige Pakistanerin sprach dabei die US-Drohnenangriffe an: „Ich habe auch meine Bedenken ausgedrückt, dass Drohnenangriffe den Terrorismus nähren. Dabei werden unschuldige Opfer umgebracht und sie führen zur Verbitterung beim pakistanischen Volk.“¹ Ob sich Präsident Obama allerdings diese Wort zu Herzen nehmen wird oder kann, ist seit den neuesten Entwicklungen und Aufdeckungen um das US-Drohnenprogramm mehr als zu bezweifeln.

Von Zahlen und Opfern

Der ‚UN-Sonderberichtersteller zu Menschenrechten bei der Bekämpfung von Terrorismus‘ Ben Emmerson stellte Mitte Oktober 2013 erstmals „offizielle“ vorläufige UN-Zahlen zum Einsatz von bewaffneten Drohnen vor.² Diese Zahlen entsprechen ungefähr den minimalen Schätzungen des Bureau of Investigative Journalism. Dieses gibt für Pakistan (2004 - 30.11.2013) insgesamt 380 (329 unter Obama) Drohnenangriffe an, durch die mindestens 2.534-3.642 Menschen getötet wurden. Für Jemen (2002 - 30.11.2013) werden 55-65 bestätigte Drohnenangriffe mit 269-389 getöteten Menschen aufgeführt. Es werden noch zusätzliche 302-481 durch Drohnen getötete Menschen vermutet. Für Somalia (2007 - 30.11.2013) werden 4-10 Drohnenangriffen mit 9-30 Toden gezählt.³

Emmerson nennt dabei als größtes Hindernis, um das Ausmaß der Drohnenangriffe zu bewerten, die mangelnde Transparenz der Staaten. Dies mache es extrem schwierig, die angebliche Präzision der Drohnenangriffe zu überprüfen.⁴ Insbesondere die USA seien daher aufgerufen, endlich Zahlen über Angriffe und Opfer herauszugeben.⁵ Zusätzlich zu den angeführten Drohnenopfern außerhalb bewaffneter Konflikte, die nach weitverbreiteter Meinung völkerrechtswidrig sind,⁶ setz(t)en die USA Drohnen in den Kriegsgebieten im Irak, Afghanistan und Libyen ein. Ob Drohnenangriffe darüber hinaus noch in anderen Ländern durch die USA durchgeführt wurden, ist nicht bekannt.

Das bereits genannte Bureau of Investigative Journalism hat sich zusätzlich zur Ermittlung dieser abstrakten Opferzahlen mit dem Projekt „Naming the Dead“ zur Aufgabe gemacht, die Namen und die Geschichten der Getöteten zu ermitteln, unabhängig der ihnen zugeschriebenen Schuld. Der 16-jährige Tariq Aziz aus Mir Ali ist einer der Getöteten, dessen Geschichte beim Bureau nachgelesen werden kann.⁷

Tariq Aziz wurde durch einen Drohnenangriff getötet, den die CIA durchführte. Er wurde wahrscheinlich Opfer eines sogenannten Signatur Strikes, bei dem „Menschen anhand von Lebensmustern anstelle eindeutiger Informationen ins Visier genommen werden.“⁸ Solche Muster sind dabei beispielsweise „Männer im Militärdienstalter, die in einer bestimmten Region einer großen Versammlung beiwohnen.“⁹ Oder Aziz wurde aufgrund seiner Teilnahme an einer Versammlung getötet, deren Anhänger gegen die Drohnenangriffe demonstrierten.¹⁰ „Laut aktuellem, internem Trainingshandbuch für Pentagonangestellte

[reiche] bereits die Teilnahme an einer politischen Protestdemonstration, die als ‚leichte Form des Terrorismus‘ gilt.“¹¹ Jeremy Scahill nennt in seinem neuen und umfassenden Buch „Schmutzige Kriege“ einen solchen Tötungsgrund „Kontaktschuld“¹², bei dem jeder Mensch einzig aufgrund

seiner Nähe – und Aziz verdiente sich seinen Unterhalt als Fahrer – zu Menschen, die bereits auf der US-Todesliste für Drohnenangriffe stehen, selbst in Gefahr geraten, auf eben diese zu kommen. Und alle die auf einer solchen Liste stehen, werden gegebenenfalls ohne Gerichtsverfahren getötet. Doch nicht das Töten ohne Gerichtsbeschluss ist das größte Problem – das sollte durch das Verbot der Todesstrafe ohnehin obsolet sein –, sondern, dass keine Anklage erhoben wird, auf die der beschuldigte Mensch reagieren kann, beispielsweise indem er sich stellt, um seine vermeintliche Schuld im Gefängnis zu verbüßen oder zu widerlegen. Die Person kann sich nicht stellen, weil sie ihre Anklage und die Aufnahme auf einer solchen Liste nicht erfährt; und falls sie es wüsste, verrät jeder Versuch einer Kontaktaufnahme für ein faires Verfahren, etwa via Mobiltelefon, die Zielkoordinaten an die Drohne und besiegelt damit den eigenen Tod.

Von Orten und Institutionen

Die USA starten die Tötungsmission häufig von der US-Base Camp Lemonnier in Dschibuti oder von einer nicht offiziell bestätigten Drohnenbasis in Saudi Arabien aus.¹³ Auch im Niger¹⁴ haben die USA Drohnen stationiert, ebenso wie in Japan¹⁵ oder in Italien, zur Überwachung des Mittelmeeres¹⁶ – um nur einige zu nennen. Zusätzlich starten Drohnen aus den US-Kriegsgebieten in Afghanistan und im Irak. Die pakistanische Erlaubnis für die US-Drohneinsätze im eigenen Land erkaufte sich die US-Regierung durch millionenschwere Zahlungen zur Unterstützung des „Anti-Terror-Kampfes“ (das heißt durch Militärhilfe)¹⁷ oder indem auch die pakistanische Regierung und der Geheimdienst eigene Oppositionelle auf die Todeslisten setzen können.¹⁸

Drohnenangriffe führt dabei nicht nur die zunehmend militarisiertere CIA¹⁹ durch, sondern auch das US-Militär in Verbindung mit privaten Unternehmen. Die Abläufe zum Tötungsbefehl werden dabei immer mehr institutionalisiert und alltäglicher.²⁰ Mitte Oktober wurde zudem die Verstrickung der NSA in den Drohnenkrieg durch die Enthüllungen von Edward Snowden aufgedeckt. Die CIA sei demnach erheblich auf die Fähigkeiten der NSA angewiesen, massenhaft Daten weltweit zu sammeln, um Aufenthaltsorte oder Lebensmuster mit Hilfe von Signals Intelligence (SIGINT) zu erfassen.²¹ Laut einem Amnesty International Bericht liefern auch deutsche Geheimdienste beispielsweise Handydaten, die indirekt zu Tötungen in Pakistan führen.²²

Die Auseinandersetzung um das Africom in Stuttgart und die Ramstein Air Base, von der aus auch der US-Drohnenkrieg geführt wird, nähren weiterhin den Verdacht deutscher Komplizenschaft.²³ Ein Strafantrag von Hans-Eberhard Schultz und Wolfgang Gehrcke zu diesen Verstrickungen wurde vom Generalbundesanwalt abgelehnt. Doch nicht nur die Angriffskoordination und -planung werden von deutschem Hoheitsgebiet möglicherweise koordiniert. Die geplanten Drohnenflüge durch die US-Armee bei Grafenwöhr zu Trainingszwecken müssen auch zu denken geben. Der SPD-Politiker Reinhold Strobel als einer der ersten, der diese Bedenken äußerte, drückt es treffend aus: „Unser Landkreis wird damit indirekt zum Truppenübungsplatz erweitert.“²⁴ Auch die US-Militärs vor Ort lassen daran keinen

Zweifel: „Grafenwöhr ist für Soldaten, die aus Europa kommen, die letzte Trainingsstation vor dem echten Einsatz.“²⁵

Von zukünftigen Entwicklungen

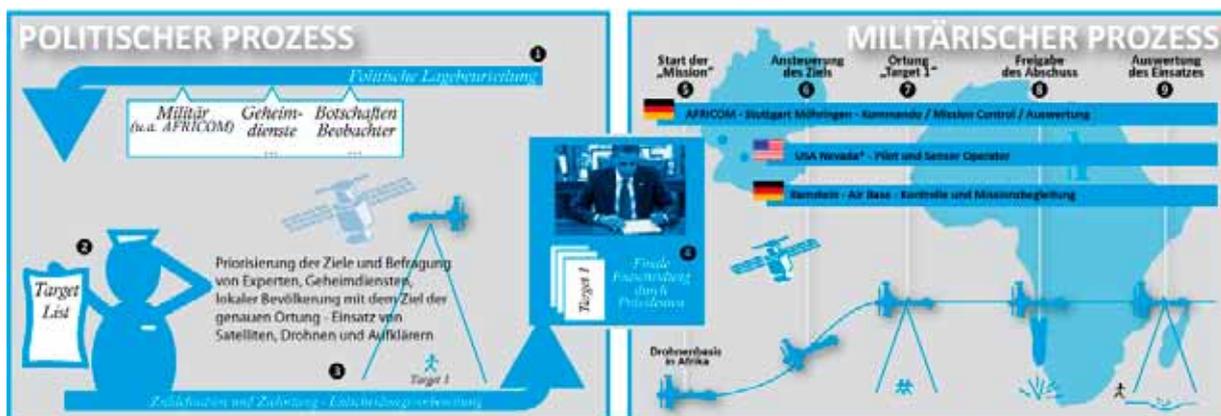
In der US-Armee wird für die Drohnen eine „Goldene Ära“²⁶ angekündigt. Die großen US-Rüstungsriesen buhlen bereits um den Großauftrag für eine Tarnkappendrohne zum Einsatz auf Flugzeugträgern, die dann im Verbund mit bemannten Kampfflugzeugen die zukünftigen Kriege der USA führen. Die Drohnen werden dabei einen bisher nicht vorhandenen Grad an Autonomie erreichen, wie es bereits medienwirksam mit dem Start und der Landung der X-47B von Northrop Grumman auf dem US-amerikanischen Flugzeugträger USS George HW Bush Mitte Juli 2013 demonstriert wurde. Ein Flug, den Militärkreise als historischen Meilenstein autonomer Kriegsführung und den dadurch gewährleisteten militärischen Führungsanspruch der USA feierten.²⁷

Permanente und geheime Lebenserfassung durch Militär und Geheimdienste weltweit, über Drohnen und verbunden mit unseren anderen Kommunikationsmitteln, mit dem beständigen Verdacht bei nichtkonformen Verhalten verfolgt und getötet zu werden, ist eine Aussicht, die Widerstand unumgänglich macht.

Anmerkungen

- 1 Malala Yousafzai, in: Rucker, Philip (11.10.2013): Malala Yousafzai meets with the Obamas in the Oval Office. www.washingtonpost.com/blogs/post-politics/wp/2013/10/11/malala-yousafzai-meets-with-the-obamas-in-the-oval-office/, Übersetzung T.M. Mit der gleichen Befürchtung des „Heranzüchtens“ von neuen Feinden durch die Drohnenangriffe, vgl. Scahill, Jeremy (2013): Schmutzige Kriege. Kunstmann: München, S. 596.
- 2 Emmerson, Ben (2013): Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism. UN General Assembly, A/68/389, 28.10.2013.
- 3 The Bureau of Investigative Journalism (September 2013): www.thebureauinvestigates.com/2013/10/01/september-2013-update-us-covert-actions-in-pakistan-yemen-and-somalia/. In deutscher Sprache grafisch aufbereitet: IMI, FAQ-Drohnen 8: Welche Staaten haben bisher Drohnen zur Tötung von Menschen eingesetzt? (16.08.2013), www.imi-online.de/download/FAQ_Drohnen8.pdf.
- 4 Emmerson (2013), S. 11.
- 5 Ross, Alice K. (18.10.2013): US must release data on civilian drone casualties, says UN report. www.thebureauinvestigates.com/2013/10/18/us-must-release-data-on-civilian-drone-casualties-says-un-report/.
- 6 Harpe, Verena in: Fischer, Sebastian/Spinrath, Andreas (SPON, 22.10.2013): Drohnenangriffe in Pakistan und Jemen: Menschenrechtler werfen Obama Bruch des Völkerrechts vor. www.spiegel.de/politik/ausland/drohnenkrieg-amnesty-und-hrw-kritisieren-us-attacken-in-pakistan-a-929106.html.
- 7 Ross, Alice/Serle, Jack (2013): Naming the Dead Project des Bureau of Investigative Journalism - Tariq Aziz. www.thebureauinvestigates.com/namingthedead/people/nd475/?lang=en.

- 8 Scahill (2013), S. 311.
- 9 Ebd.
- 10 Ross/Serle (2013): Naming the Dead - Tariq Aziz.
- 11 Rupp, Rainer (Junge Welt, 21.10.2013): Drohnenkrieger. Obama baut Polizeistaat aus. www.jungewelt.de/2013/10-21/026.php.
- 12 Scahill (2013), S. 580.
- 13 Scahill (2013), S. 572. Sowie Rötzer, Florian (Telepolis, 23.2.2013): Pentagon richtet Drohnen-Stützpunkt in Niger ein. www.heise.de/tp/artikel/38/38629/1.html.
- 14 Marischka, Christoph (2013): US-Drohnen über französischen Uranminen in Niger. In: AUSDRUCK – Magazin der Informationsstelle Militarisierung, 5/2013, S. 10.
- 15 Whitlock, Craig/Gearan, Anne (Washington Post 3.10.2013): Agreement will allow U.S. to fly long-range surveillance drones from base in Japan. http://articles.washingtonpost.com/2013-10-03/world/42632036_1_chinese-ships-drones-south-china-sea.
- 16 Borchers/Detlef/Wilkens, Andreas (Heise, 20.9.2013): Verstärkte Drohnen-Erkundungsflüge über dem Mittelmeer. www.heise.de/newsticker/meldung/Verstaerkte-Drohnen-Erkundungsfluege-ueber-dem-Mittelmeer-1962711.html.
- 17 SPON, 21.10.2013: Streit über Drohnenkrieg: USA versprechen Pakistan Millionen für Anti-Terror-Kampf. www.spiegel.de/politik/ausland/streit-ueber-drohnenkrieg-usa-kurbeln-anti-terror-hilfuer-pakistan-an-a-928944.html.
- 18 Mazetti, Mark (NY-Times, 6.4.2013): A Secret Deal on Drones, Sealed in Blood. www.nytimes.com/2013/04/07/world/asia/origins-of-cias-not-so-secret-drone-war-in-pakistan.html?_r=0.
- 19 Scahill (2013).
- 20 Scahill (2013), S. 599.
- 21 Miller, Greg/Tate, Julie/Gellman, Barton (Washington Post, 17.10.2013): Documents reveal NSA's extensive involvement in targeted killing program. www.washingtonpost.com/world/national-security/documents-reveal-nasas-extensive-involvement-in-targeted-killing-program/2013/10/16/29775278-3674-11e3-8a0e-4e2cf80831fc_story.html.
- 22 Petersmann, Sandra (Tagesschau 22.10.2013): Half Deutschland bei Drohnenschlägen? www.tagesschau.de/ausland/amnesty174.html.
- 23 Fuchs, Christian/Goetz, John (2013): Geheimer Krieg: Wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird. Rowohlt. Marischka, Christoph (2013): Drohnenkriegführung über das US AFRICOM in Stuttgart. www.imi-online.de/2013/09/04/drohnenkriegfuehrung-ueber-das-us-afcom-in-stuttgart/.
- 24 Pressemitteilung Strobel, Reinhold, 8.10.2013, www.reinholdstrobl.de/aktuelles/Drohnenpraesentation.shtml.
- 25 Deinyan, Marianna (Focus, 15.10.2013): Mitten in Bayern: US-Drohnen üben für Afghanistan, www.focus.de/politik/deutschland/tid-34039/das-kronjuwel-der-us-armee-mitten-in-bayern-us-drohnen-ueben-fuer-afghanistan_aid_1125541.html.
- 26 Busse, Nikolaus (FAZ 21.10.2013): Die goldene Ära der Drohnen. www.faz.net/aktuell/politik/global-hawk-die-goldene-aera-der-drohnen-12624078.html.
- 27 Mickan, Thomas (2013): SAGITTA – auf dem Weg zum autonomen Krieg? In: AUSDRUCK – Magazin der Informationsstelle Militarisierung, 4/2013, S. 2.



Schematische Darstellung eines Drohneneinsatzes. Grafik IMI 2013.

Vorauselender Gehorsam

Keine Strafverfolgung von Drohnenangriff durch Bundesanwaltschaft

von Andreas Schüller

Mit Verfügung vom 20. Juni 2013 hat der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof („Bundesanwaltschaft“) das Ermittlungsverfahren wegen der Tötung des Deutschen B.E. mit der Begründung, dass kein genügender Anlass zur Erhebung der öffentlichen Klage bestünde, eingestellt.¹ B.E. war am 4. Oktober 2010 in Mir Ali / Pakistan durch den Einsatz eines unbemannten bewaffneten Luftfahrzeugs („Kampfdrohne“) getötet worden. Es war der erste öffentlich bekannt gewordene Fall eines gezielten Angriffs mittels einer Kampfdrohne auf einen deutschen Staatsangehörigen in Pakistan. Dieser Vorfall löste eine Ermittlungspflicht der deutschen Strafverfolgungsbehörden aus, um dem Anfangsverdacht der Begehung einer Straftat nachzugehen.

Da laut Bundesanwaltschaft die mutmaßlich tatverdächtigen Mitarbeiter des amerikanischen Auslandsgeheimdiensts Central Intelligence Agency („CIA“) als Teil der amerikanischen Streitkräfte anzusehen seien, würden diese Immunität vor einer Strafverfolgung genießen, solange die Vorschriften des humanitären Völkerrechts eingehalten worden seien. B.E. sei, so die Bundesanwaltschaft, als Mitglied einer organisierten bewaffneten Gruppe keine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person gewesen, weshalb kein Kriegsverbrechen vorliege und die Tatverdächtigen durch die Einhaltung des humanitären Völkerrechts für einen tatbestandlich erfüllten Mord (§ 211 StGB) gerechtfertigt seien. Somit fehle es laut Bundesanwaltschaft an einem für eine Anklageerhebung erforderlichen hinreichenden Verdacht der Begehung einer Straftat.

Stellung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof

Zur Einordnung der Entscheidung ist es zunächst von Bedeutung, sich die Stellung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof zu vergegenwärtigen. Dieser ist Teil der Exekutive und gegenüber dem Bundesministerium der Justiz weisungsgebunden. Er muss „sich in Erfüllung seiner Aufgaben in fortdauernder Übereinstimmung mit den für ihn einschlägigen grundlegenden kriminalpolitischen Ansichten und Zielsetzungen der Regierung“ befinden.² Dies gilt nicht zuletzt auch hinsichtlich nachhaltiger Auswirkungen auf die außenpolitischen Beziehungen zu anderen Staaten. Somit bleiben die Ermittlungen unter politischer Kontrolle.³ Eine unabhängige gerichtliche Befassung mit dem Sachverhalt wird deutlich erschwert. Denn einer rechtlichen Überprüfbarkeit der Einstellungsentscheidung sind hohe formale Hürden gesetzt. Als Rechtsmittel steht einzig der Antrag auf Klageerzwingung zur Verfügung, der jedoch faktisch den Hinterbliebenen auferlegt, eigene Ermittlungen anzustrengen und gemäß § 172 Absatz 3 StPO die Tatsachen, welche die Erhebung der öffentlichen Klage begründen sollen, sowie die Beweismittel umfassend anzugeben. Damit soll das zuständige Gericht in die Lage versetzt werden, ohne Rückgriff auf die Ermittlungsakten oder sonstige Akten eine Schlüssigkeitprüfung über die Erhebung der öffentlichen Klage vorzunehmen.⁴

Völkerrechtlich muss die Bundesanwaltschaft auf der anderen Seite dafür Sorge tragen, dass Deutschland seiner Pflicht insbe-

GASTBEITRAG

sondere aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nachkommt, bei Verletzungen des Artikels 2 der EMRK (Recht auf Leben) umfassende Ermittlungen vorzunehmen.⁵ Bei genauerer Analyse der Entscheidung der Bundesanwaltschaft, das Ermittlungsverfahren einzustellen, werden Verstöße gegen

diese umfassende Ermittlungspflicht der EMRK deutlich.⁶ Ermittlungsdefizite und zweifelhafte juristische Schlussfolgerungen geben Anlass zu der Vermutung, dass es der Bundesanwaltschaft vorrangig daran gelegen war unter Missachtung der Ermittlungspflichten der EMRK einen diplomatisch schwierigen Fall so früh wie möglich zu den Akten zu legen. Dass auch gegen CIA-Tatverdächtige erfolgreich ermittelt werden kann, zeigen hingegen die dreizehn Haftbefehle des Amtsgerichts München aus dem Jahr 2008, die aufgrund der Verschleppung (sog. „extraordinary rendition“) von Khaled El Masri seinerzeit erlassen worden waren.⁷

Ist der Auslandsgeheimdienst CIA Teil der amerikanischen Streitkräfte?

Die unzureichenden Ermittlungen führen zu mehreren fragwürdigen juristischen Schlussfolgerungen. Zuvorderst zu nennen ist hier die Annahme der Bundesanwaltschaft, dass der Auslandsgeheimdienst CIA Teil der regulären amerikanischen Streitkräfte sei. Damit gewährt die Bundesanwaltschaft mutmaßlich tatverdächtigen zivilen CIA-Mitarbeitern die Berufung auf das so genannte Kombattantenprivileg, demzufolge die Angehörigen der regulären Streitkräfte im bewaffneten Konflikt berechtigt sind, Kampfhandlungen wie etwa Tötungen gegnerischer Kräfte vorzunehmen, ohne anschließend dafür strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden zu können.⁸

Nach dem humanitären Völkerrecht gibt es durchaus die Möglichkeit, dass auch geheimdienstliche Tätigkeiten in engen Grenzen als den Streitkräften unterfallend angesehen werden können. Dazu zählen die Tätigkeiten der militärischen Geheimdienste, zu denen die CIA jedoch nicht zählt, die durch die Abschirmung von Gefahren die Gewährung der Sicherheit der Streitkräfte gewährleisten sollen. Gerade in diesem Zusammenhang ist, um die Zivilbevölkerung so weit wie möglich vor den Auswirkungen eines bewaffneten Konflikts zu schützen, das Unterscheidungsgebot zwischen Kombattanten und Zivilisten, eines der Grundsätze des humanitären Völkerrechts, von höchster Bedeutung. Denn nur durch eine solche Unterscheidung ist eindeutig, gegen wen sich Kampfhandlungen richten dürfen und gegen wen nicht. Hinzu kommt, dass alle am Kampf beteiligten Einheiten einem gemeinsamen Kommando unterstehen müssen, um bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht Verantwortlichkeiten feststellen und notfalls ahnden zu können. Aus diesem Grund werden alle Mitglieder der Streitkräfte auch im humanitären Völkerrecht ausgebildet. All die vorgenannten Punkte treffen jedoch nicht auf Mitarbeiter von Geheimdiensten zu, die zum einen keine Uniform oder deutlich erkennbare Zeichen offen tragen, zivilen Befehlsstrukturen unterstehen und nicht in den Regeln des humanitären Völkerrechts ausgebildet worden sind.

Der entscheidende Unterschied zwischen den Streitkräften und kämpfenden Zivilisten, zu denen auch CIA-Angehörige zählen, besteht vor allem darin, dass letztere in einem bewaffneten Konflikt nicht mehr den Schutzstatus als Zivilisten besitzen und entsprechend von der gegnerischen Partei nach den Regeln

des humanitären Völkerrechts bekämpft werden dürfen, ohne sich jedoch ihrerseits bei Kampfhandlungen auf die Einhaltung dieser Regeln berufen zu dürfen. Sie sind deshalb für ihre Kampfhandlungen nach normalem Strafrecht zu verfolgen. Die einzigen strafrechtlichen Rechtfertigungsgründe für Zivilisten sind die auch im Alltag geltenden, wie etwa Notwehr oder Notstand, die jedoch einen gegenwärtigen Angriff bzw. eine gegenwärtige Gefahr voraussetzen.⁹

Tötung von Terrorismusverdächtigen statt Strafverfolgung

Auch hinsichtlich der Vermischung von Maßnahmen zur Abwehr terroristischer Gefahren und von Kampfhandlungen in einem bewaffneten Konflikt, die die USA mit Ausrufung des globalen Krieges gegen den Terror im Jahr 2001 eingeleitet haben, übernimmt und unterstützt die Bundesanwaltschaft diese rechtlich umstrittene Position der USA. Gerade in dieser Vermischung von Regeln, die in der Gefahrenabwehr gelten und solchen, die in einem bewaffneten Konflikt Anwendung finden, liegt ein erhebliches Gefährdungspotential für Zivilisten.

Bezeichnend für diese erhöhte Gefährdung ist die Art und Weise, wie die Bundesanwaltschaft feststellt, dass ein bewaffneter Konflikt in Pakistan vorliege und B.E. keine nach dem humanitären Völkerrecht geschützte Person sei. In der rechtlichen Bewertung unterlässt es die Bundesanwaltschaft zum einen eindeutig zu bestimmen, welche der nicht-staatlichen Gruppen den erforderlichen Organisationsgrad besitzt, Konfliktpartei zu sein. Selbst wenn eine Gruppe einen solchen Organisationsgrad besitzt, muss zudem festgestellt werden, ob die Auseinandersetzungen mit einer anderen Konfliktpartei die erforderliche Intensität erreichen. Beides wird in der Einstellungsentscheidung nur pauschal festgestellt, nicht jedoch gruppenspezifisch. Dies führt dazu, dass die USA von der Bundesanwaltschaft als Teil des innerpakistanischen Konflikts angesehen werden, obwohl unterschiedliche nicht-staatliche Akteure mit verschiedener Zielsetzung bekämpft werden. Ob die USA sich selbst mit nicht-staatlichen Akteuren in Pakistan in einem bewaffneten Konflikt befinden oder ob die Kampfdrohneinsätze Teil von Gefahrenabwehrmaßnahmen gegen internationale terroristische Vereinigungen sind, wird nicht ermittelt.

Hinzu kommt, dass ebenfalls nicht eindeutig festgestellt wird, welcher Konfliktpartei B.E. zu welchem Zeitpunkt angehört haben soll. In der Bestimmung der Kriterien, was eine Mitgliedschaft in einer Konfliktpartei, die zum Verlust des Schutzstatus nach humanitärem Völkerrecht führt, voraussetzt, wird eine sehr niedrige Schwelle angelegt. Letztlich führt dies dazu, dass jede Person, die im Verdacht steht, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, getötet werden kann, anstatt sich einem Strafverfahren etwa aufgrund der §§ 129 ff. StGB stellen zu müssen.¹⁰ Diese niedrige Schwelle führt dazu, dass tödliche Gewalt selbst dann angewendet wird, wenn die Vorwürfe nur auf nicht überprüfbaren geheimdienstlichen Erkenntnissen beruhen, gegen die sich der Betroffene nicht zur Wehr setzen kann.

Insgesamt ist ein Positionswechsel von Staaten zu erkennen, die über Jahrzehnte die Anwendbarkeit von humanitärem Völkerrecht in nicht-internationalen bewaffneten Konflikten abgelehnt haben. So haben die USA bis heute nicht das zweite Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention ratifiziert, das Regelungen für nicht-internationale bewaffnete Konflikte enthält, da sie es als Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten sahen und nicht-staatlichen Akteuren selbst in sehr engen Grenzen keine Völkerrechtssubjektivität zugestehen wollten. In einer Zeit, in der

nicht-internationale bewaffnete Konflikte auf dem Territorium von Drittstaaten ausgetragen werden, gewinnt das humanitäre Völkerrecht jedoch an Bedeutung. Diese gefährliche Entwicklung führt dazu, dass mittlerweile anwendbare menschenrechtliche Standards umgangen und Kampfhandlungen unter Berufung auf das humanitäre Völkerrecht gerechtfertigt werden.

Dieser Aufweichung grundlegender Menschenrechte folgt auch die Bundesanwaltschaft, die zum einen ohne umfassende Prüfung einen nicht-internationalen bewaffneten Konflikt in Pakistan mit Beteiligung der USA annimmt und sodann mit einer (zu) weiten Interpretation des humanitären Völkerrechts Kampfhandlungen gegen Terrorismusverdächtige rechtfertigt.

Anmerkungen

- 1 Die offene Version der Einstellungsverfügung des Generalbundesanwalts vom 20.06.2013 ist abrufbar unter: www.generalbundesanwalt.de/docs/drohneinsatz_vom_04oktober2010_mir_ali_pakistan.pdf; für eine ausführliche Stellungnahme und Bewertung siehe European Center for Constitutional and Human Rights, Gezielte Tötung durch Kampfdrohnen, Gutachterliche Stellungnahme zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, abrufbar unter: http://www.ecchr.de/index.php/drohnen.html?file=tl_files/Dokumente/Universelle%20Justiz/Drohnen%2C%20Gutachterliche%20%20Stellungnahme%2C%202013-10-23.pdf.
- 2 Siehe Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Website: www.generalbundesanwalt.de/de/stellung.php.
- 3 § 153d StPO, der Verfahrenseinstellungen aufgrund überwiegenden öffentlichen Interesses explizit erlaubt, ist sowohl auf Taten nach dem Völkerstrafgesetzbuch als auch auf Mord, für dessen Ermittlung zudem die Bundesanwaltschaft nicht zuständig ist, nicht anwendbar. Jedoch räumt § 153f StPO der Bundesanwaltschaft eine weitreichende Ermessensausübung ein, sofern es sich um Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch handelt.
- 4 K.-H. Schmid in Karlsruher Kommentar zur StPO, 6. Aufl. 2008, § 172, Rn. 34.
- 5 Siehe z.B. EGMR, McCann et al. ./ Vereinigtes Königreich (Rs. 18984/91), Urteil v. 27. September 1995, A324, Nr. 161.
- 6 Siehe European Center for Constitutional and Human Rights, Gezielte Tötung durch Kampfdrohnen, Gutachterliche Stellungnahme zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, abrufbar unter: http://www.ecchr.de/index.php/drohnen.html?file=tl_files/Dokumente/Universelle%20Justiz/Drohnen%2C%20Gutachterliche%20%20Stellungnahme%2C%202013-10-23.pdf.
- 7 Siehe z.B. Süddeutsche Zeitung vom 13. Dezember 2008, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/enfuehrung-von-khaled-el-masri-haftbefehle-gegen-cia-mitarbeiter-1.798353>.
- 8 Siehe Art. 43 Abs. 1 des ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen.
- 9 Siehe § 32 bzw. § 34 StGB.
- 10 Siehe K. Ambos, Einstellungsverfügung GBA vom 20. 6. 2013 zum Drohneinsatz in Mir Ali/Pakistan am 4. 10. 2010 u. Tötung des dt. Staatsangehörigen B.E – Anmerkung zur „offenen Version“ vom 23. 7. 2013, NSZ 2013, S. 634.



IMI-Kongress 2013

Krieg um die Köpfe

Mit rund 200 Besucherinnen und Besuchern verzeichnete der diesjährige IMI-Kongress, der am 16. und 17. November 2013 in Tübingen stattfand, einen Besucherrekord. Unter dem Titel „Krieg um die Köpfe – Über die Mobilisierung von Zustimmung und die Demobilisierung von Protest“ beschäftigte er sich mit den verschiedenen Strategien, mit denen Politik und Militär versuchen, in der Bevölkerung eine Zustimmung zur (oder zumindest eine Passivität gegenüber) der deutschen Kriegspolitik zu erzeugen. Nicht nur mit Blick auf das rege Interesse, auch inhaltlich war der Kongress ein Erfolg, nachdem aus Reihen der Besucherinnen und Besucher viele Rückmeldungen kamen, dass sie neben guter Stimmung auch viele neue Informationen, insbesondere aber zahlreiche Ansatzpunkte und Motivation für Aktionen gegen Bundeswehr und Rüstungsindustrie mit nach Hause genommen hätten.

Nach der inzwischen schon traditionellen geselligen Auftaktveranstaltung am Freitagabend, bei der IMI-Beirat **Michael Schulze von Glaßer** mit „**The Front-Show: Stars und Sternchen für den Krieg**“ für einen gelungenen Start sorgte, begann der eigentliche Kongress am Samstagmittag nach einer allgemeinen Einführung ins Thema mit dem Vortrag von **Claudia Haydt**, Mitglied im IMI-Vorstand: „**Die mediale Konstruktion von Bedrohung und die Normalisierung von Krieg.**“ Obwohl Umfragen belegen würden, dass die Menschen primär vor ganz anderen Dingen – vor allem verbunden mit sozialer Unsicherheit – Angst hätten, werde von den Medien in Deutschland versucht, den „Terrorismus“ als die schwerwiegendste Bedrohung unserer Zeit darzustellen. Es sei aber nicht der Terrorismus an sich, sondern vor allem der „islamistische Terrorismus“, der thematisiert werde, wohingegen der rechte Terrorismus selbst nach Bekanntwerden der Verbrechen des NSU im Vergleich wenig Aufmerksamkeit in den Medien erfahre. Die Darstellung des „islamistischen Terroristen“ habe u.a. die Funktion, Menschen außerhalb des anerkannten Normsystems zu setzen: „Wer außerhalb ‚unseres‘ Wertesystems steht, ist im wahrsten Sinne des Wortes zum Abschuss freigegeben“, so Haydt in deutlicher Anspielung auf die gezielten Tötungen durch Drohnen, die von so genannten Terrorlisten legitimiert werden sollen. Welche Rolle dabei die Medien spielen, verdeutlichte Haydt anhand von Titelblättern verschiedener deutscher Zeitschriften, die mit Hilfe plumper Symbolik – wie beispielsweise dem obligatorischen schwarzen Hintergrund – das Thema „islamistischer Terrorismus“ ankündigen. Besonders eindrücklich war das Titelblatt des Spiegels, das einen weißen Papst mit ausgebreiteten Armen vor schwarzen Hintergrund zeigte und mit „Papst gegen Mohammed“ überschrieben war.

Allerdings würden in den Medien nicht nur die „islamistischen Terroristen“, sondern auch andere Personengruppen als Bedrohung für den Wohlstand und die Sicherheit in Europa konstruiert. Wieder waren es Titelbilder des Spiegels, auf denen unter der Überschrift „Ansturm der Armen“ Migranten und Flüchtlinge als Gefahr für Europa dargestellt werden. „Glücklicher-weise“, so Haydt, „ist die Mehrheit der Menschen in Deutschland nicht davon überzeugt, dass es in erster Linie islamistische Terroristen, Flüchtlinge und Migranten sind, die eine Bedrohung für die

Gesellschaft oder gar den Einzelnen darstellen. Aber diese Rhetorik hat langfristig verheerende Auswirkungen auf das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, vor allem dann, wenn komplett unterschiedliche Phänomene wie Migration, Flucht, Terrorismus und Religionszugehörigkeit vermischt

werden.“ Die Heraufbeschwörung dieser vermeintlichen Gefahren helfe allerdings den deutschen Sicherheitsbehörden, in der Gesellschaft die notwendige Stimmung zu verbreiten, so dass Maßnahmen der Inneren Sicherheit und die Vorbereitung des Bundeswehreinsetzes im Innern erst möglich werden.

Auch für den Bundeswehreininsatz im Ausland seien die Bedrohungskonstruktionen unglaublich wichtig, da sie die Hemmschwellen für den Einsatz von Gewalt senken würden. Die Medien spielten hierbei vor allem in der Vorbereitung auf die Kriege mit deutscher Beteiligung eine wichtige Rolle, wobei es den Anschein habe, als folgten sie dabei einer festgelegten Choreographie: „Im Vorfeld der Intervention widmet sich die Berichterstattung den Leiden der Bevölkerung und präsentiert besorgte Politiker, die Bündnisse schließen. In dieser Phase wird die Zwangsläufigkeit oder Notwendigkeit der Intervention konstruiert. Im Anschluss an die Entscheidung, Soldaten zu entsenden, folgt die Dokumentation des Aufmarsches von Panzern, Flugzeugen und Soldaten in geordneter Formation. Eventuell werden in dieser Phase klinisch saubere Bilder von Kämpfen und Waffensystemen im Einsatz präsentiert. Den Abschluss der Choreographie bildet dann die Darstellung der ‚Siegesfeiern‘ der Bevölkerung“, so Haydt. Neben dieser medialen Begleitung des Kriegsbeginns und seiner Durchführung sei für die Legitimierung von Interventionen essentiell, Opfer westlicher Militärinterventionen zu verschweigen und Menschen, die auf diese Opfer hinweisen zu diskreditieren – so geschehen beispielsweise bei dem Anwalt der Angehörigen der Opfer des Angriffs auf die Tanklaster in Afghanistan, dem Gewinnsucht und Narzissmus unterstellt werde.

„**Alles ist Front!**“ heißt das Buch von **Frank Reichherzer**, das die IMI bewogen hatte, ihn einzuladen, um über die Militarisierung von Forschung und Wissenschaft in der Zwischenkriegszeit aus historischer Perspektive zu berichten. Was das Zusammenspiel von Militär, zivile Gesellschaft und Krieg anbelange, das von Reichherzer in den Blick genommen wurde, müsse jede Verschiebung der Gewichte in diesem Spannungsfeld als ein historischer Wandel verstanden werden. Dabei seien Krieg und Militär bis zum 19. Jahrhundert weitgehend identisch, da die zivile Gesellschaft sich zu diesen Fragen nicht zu äußern gehabt habe.

Mit dem Ersten Weltkrieg habe sich das Spannungsfeld verschoben, der Krieg sei einerseits entgrenzt worden, unter großer Mithilfe der zivilen Gesellschaft. Andererseits habe sich die Monopolstellung des Militärs hinsichtlich der Fragen zum Krieg durch die aktive Ausrichtung auch der zivilen Gesellschaft auf diese Fragen aufgelöst. Um diesen Prozess treffend zu beschreiben, greife der Begriff einer „Militarisierung“ zu kurz, so Reichherzer, da er die wesentliche Rolle der zivilen Seite vernachlässige. Deshalb sei der Begriff der „Bellifizierung“ vorzuziehen, der dies stärker berücksichtige. Eine solche sich auf sämtliche Bereiche erstreckende Bellifizierung zeichne sich u.a. durch ein von Reichherzer als „Wehrsyndrom“ bezeichnetes Phänomen aus, bei dem Krieg zum allumspannenden Thema werde. Das äußere sich dann etwa in kriegerischen Männlichkeitsbildern oder auch im Sport, mit dem insbesondere Männer durch den Ersten Weltkrieg zum ersten Mal flächendeckend in Verbindung gekommen

seien und der etwa mit Begriffen wie „Sportskanone“ kriegerisch aufgeladen worden wäre. Krieg sei damals ein „Scharnierbegriff“ geworden, an dem der darwinistisch aufgeladene Kampf ums Leben hätte aufgehängt werden können. Krieg bestimme dann nicht nur die strategische Kriegsführung, er werde vielmehr zum Lebensprinzip und zur Metapher für vieles. Es könne dabei jedoch nicht von einem „top-down Masterplan“ gesprochen werden, die Bellifizierung sei von nahezu allen Seiten, etwa aus der Studierendenschaft, die eigene Wehrsportübungen abhielt, gekommen.

Nach dem Ersten Weltkrieg habe der Versailler Vertrag mit §177 die Beschäftigung mit allen militärischen Dingen etwa an Universitäten in einer Art Generalzivilklausel verboten. Auf Krieg gerichtete Dinge wanderten deshalb zum Teil für die Zeit zwischen den Weltkriegen in ein geheimes Feld ab. Ein Beispiel hierfür sei die Musikwissenschaft, wo im Bereich der „theoretischen Musikwissenschaft“ ballistische Physik betrieben worden sei. Mit Aufkommen des Nationalsozialismus sei diese dann wieder aus der geheimen Nische herausgekommen, ein Lehrstuhl für Ballistik entstand.

Die Grundlagen für die Kriegsforschung für den Zweiten Weltkrieg seien deshalb lange vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gelegt worden. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg habe es nur wenige Brüche gegeben, die Kriegsforschung sei polyvalent, das heißt für vieles anschlussfähig geblieben. Mit den Atombombentests beim Trinity-Projekt habe sich jedoch eine moderne Dreifaltigkeit aus Wissenschaft, Militär und Rüstung herausgebildet, die auch für Deutschland stilprägend werden sollte. Dabei sei der Krieg auch unter dem Eindruck der Niederlage im Zweiten Weltkrieg im deutschsprachigen Raum als allesdurchdringendes Phänomen verschwunden. Dabei habe aber – erinnert sei an das eingangs erwähnte Spannungsfeld – der Krieg sein integrierendes Moment im Sinne einer Bellifizierung verloren, vielmehr rücke ab da die Militarisation in den Mittelpunkt. So hätten in der BRD beispielsweise einige Fraunhofer-Institute die Ressortersatzforschung für die Bundeswehr übernommen, die Rüstungsforschung driftet wieder ins Geheime.

Mit dem Aufkommen der Friedensforschung verliere sich die Ausrichtung auf den Krieg endgültig. Die Gesellschaft werde nicht mehr als „aktiver“ Part für Krieg benötigt. „Krieg“ verliere sich als Mobilisierungsbegriff und werde unter anderem durch „Sicherheit“ abgelöst.

Im Anschluss sprach IMI-Beirat **Malte Lühmann** über „**Rechtfertigungsstrategien einer ‚bedrohten‘ Branche**“. Die Rüstungs- und Sicherheitsindustrie stehe aktuell wieder verstärkt im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, befeuert durch die aufgeflammete Debatte um Rüstungsexporte und verschiedene Rüstungsskandale, wie den EuroHawk. Die Industrie selbst sehe sich außerdem in jüngster Zeit verschiedenen Herausforderun-

KONGRESS
DER INFORMATIONSTELLE MILITARISATION E.V.
16./17. NOVEMBER 2013

Tübingen, Schlatterhaus, Österbergstr. 2

KRIEG UM DIE KÖPFE
Über die Mobilisierung von Zustimmung und die Demobilisierung von Protest

Das Kongress wird unterstützt von:
Friedenswissenschaftliche Tübingen
DFWV Tübingen, alle Tübingen, Peace Learning Stiftung Baden-Württemberg

Infos unter:
www.imi-online.de

gen gegenüber: Einmal sei die stagnierende (oder womöglich sogar sinkende) Inlandsnachfrage nach Rüstungsgütern ein wichtiger Impuls, um vermehrt Exporte anzustreben, wo sich die Branche aber einer wachsenden internationalen Konkurrenz gegenübersehe. Gleichzeitig gelinge die Internationalisierung und Europäisierung der Branche nur holprig, wie das Beispiel der geplatzten Fusion von EADS und BAE Systems zeige. Erschwerend komme hinzu, dass die Rüstungsindustrie in der deutschen Bevölkerung äußerst skeptisch gesehen werde. Laut einer Emnid-Umfrage aus dem Jahr 2012 würden über 70% der Befragten Rüstungsexporte grundsätzlich ablehnen und laut Ergebnissen, die von Infratest dimap im September 2013 veröffentlicht wurden, hätten 61% angegeben, ihre Bank wechseln zu wollen, wenn sie wüssten, dass diese in Rüstung investiere.

Auch wenn es sich hier nur um bruchstückhafte Hinweise handele und diese Skepsis zudem nicht in aktives Handeln umgesetzt würde – sonst müsste schließlich der Großteil der Bevölkerung die Bank wechseln – „engt sie dennoch den Spielraum der Rüstungsindustrie erheblich ein“, so Lühmann: „Dieses ‚unfreundliche Desinteresse‘ macht es der Rüstungsindustrie aber dennoch schwer, genügend Rückendeckung für stabil fließende hohe Rüstungsausgaben, Exporthilfen und erst recht neue Rüstungsprojekte zu bekommen.“

Gleichzeitig habe auch die Politik ein großes Interesse an einer starken und unabhängigen Rüstungsindustrie, weil diese als unabdingbare Voraussetzung staatlicher Machtpolitik erachtet werde. Aus diesem Grund würden Politik und Industrie Hand in Hand versuchen, die Branche als wichtigen und wünschenswerten gesellschaftlichen Faktor zu präsentieren. Dabei würden die Leistungen der Branche zum „Schutz der Soldaten im Einsatz“ gelobt. Unermüdlich werde zudem der wesentliche Beitrag der Rüstungsindustrie als Innovationsfaktor, volkswirtschaftlicher Motor und Jobgarant betont. Tatsächlich sei die volkswirtschaftliche Relevanz der Rüstungsindustrie jedoch eher gering und auch was die Beschäftigtenzahlen anbelange, mache die Branche nur einen verschwindend kleinen Teil der Arbeitnehmerschaft aus, so Lühmann. Gestützt auf unklare und oft stark aufgeblasene Beschäftigtenzahlen verfange dennoch die Mär vom „Jobmotor Rüstungsindustrie“ auch und gerade in Teilen der Gewerkschaften, weshalb es jetzt darum gehe, den Rechtfertigungsstrategien der Rüstungsindustrie auch dort offensiv entgegenzutreten. Dafür seien die aktuellen Bedingungen durchaus günstig: „Die vorhandene Skepsis in der Bevölkerung bietet uns nun die Chance, das ‚unfreundliche Desinteresse‘ der Bevölkerung in eine ‚aktive Unfreundlichkeit‘ gegenüber der Rüstungsindustrie zu verwandeln“, so Lühmanns Fazit.

Auf dem Podium zum Thema „**Banale Militarisation**“ sprach IMI-Beirat **Thomas Mickan** kurz zu dem das Podium leitenden Begriff und in seinen Hauptausführungen zur **Militarisie-**

rung der Kindertagesstätten (KiTas). Banale Militarisierung beschreibe dabei nach Fabian Virchow und Tanja Thomas, wie eine „Veralltäglichung des Militärischen im Zivilen“ stattfindet, also wie „im Alltag gegenwärtige Mechanismen, in denen/durch die militärische und/oder kriegerische Verhaltensweisen, Attitüden und Einstellungen angerufen, evoziert [hervorgehoben], sozialisiert oder (re-)produziert werden.“ Mickan hielt diesen akademischen Ausflug jedoch kurz, und versuchte das Phänomen am Beispiel der Vergabe von KiTa-Plätzen und der Privilegierung der Kinder von Bundeswehrangehörigen zu verdeutlichen.

Obwohl ein öffentliches Gut, das allen Kindern unabhängig des Berufes der Eltern gleichberechtigt zustehen sollte, seien qualitativ gute und ortsnahe KiTa-Plätze, insbesondere für unter 3-jährige in Ballungsgebieten, mitunter Mangelware. Während in betrieblichen KiTas private Firmen insbesondere für ihre Angestellten eigene Plätze schaffen würden, stünden öffentliche KiTas allen offen. Ein drittes, sehr problematisches Modell (Mickan sprach hier auch von dem Problem einer „Gentrifizierung“ der KiTa-Plätze) seien die Belegrechte. Dabei würden private Firmen – oder eben auch die Bundeswehr - Platzkontingente in öffentlichen KiTas erwerben, die dann privilegiert an die Kinder der eigenen Belegschaft vergeben werden könnten. Insbesondere klamme Kommunen könnten sich diesem Geschäft um die öffentlichen Güter nur selten entziehen.

Für die Bundeswehr sei die verbesserte Vereinbarkeit von Dienst und Familie von großer Bedeutung, wie u.a. die diesjährigen Koalitionsverhandlungen gezeigt hätten. In der zentralen Dienstvorschrift 10/1 werde jedoch deutlich, dass die Bundeswehr ein sehr instrumentelles Verhältnis zu dieser Vereinbarkeit habe: „Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst verbessert die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte und die Attraktivität des militärischen Dienstes.“

Mickan zeigte zahlreiche Beispiele, bei denen die Bundeswehr „betriebseigene“ oder „betriebsnahe“ Lösungen ausprobierte. Dabei würden auch immer wieder die KiTa-Kinder für die Bundeswehrwerbung instrumentalisiert, was Mickan mit zahlreichen Fotos aus der offiziellen Bundeswehrberichterstattung belegte. Diese „betriebseigenen“ Lösungen seien jedoch auch für die Bundeswehr (hohe Kosten, Verwaltungsaufwand usw.) und insbesondere auch aus pädagogischer Perspektive (homogene Gruppen, Elternaustausch) eher keine gute Lösung. Stattdessen betreibe die Bundeswehr seit einigen Jahren einen starken Ausbau der Belegrechte an öffentlichen KiTas, etwa unter kirchlicher Trägerinnenschaft. Mittlerweile verfüge die Bundeswehr durch neu erworbene und „wiederentdeckte“ alte Belegrechte aus den 60er und 70er Jahren über 10.000 Belegrechte.

Die Bundeswehr mache so als Teil des Staates mit den Kommunen als anderen Teil des Staates Geschäfte, um die eigenen „Angestellten“ zu privilegieren. Nicht-privilegierte Eltern würden durch so nicht erhaltene KiTa-Plätze mitunter sogar ihre Arbeitsplätze aufgeben müssen. Deshalb forderte Mickan die Teilnehmenden am IMI-Kongress abschließend auf, in ihren Kommunen oder Kirchengemeinden nachzufragen, ob auch dort das Militär bei der Platzvergabe von KiTa-Plätzen bevorzugt werde und ob dies für ein von Allen benötigtes öffentliches Gut hinzunehmen sei.

IMI-Vorstand **Jonna Schürkes** wies in ihrem Beitrag auf einen Widerspruch hin, der bis dahin bereits mehrfach während des Kongresses Thema war und der sich ihr zufolge häufig auch bei SchülerInnen zeige: einerseits habe es den Anschein, dass sich die meisten von ihnen im Klaren darüber seien, welches Leid durch den Einsatz von SoldatInnen – auch BundeswehrsoldatInnen – beispielsweise in Afghanistan entstehe, andererseits würden gerade auch SchülerInnen immer wieder den Einsatz von Soldat-

Innen fordern, häufig aus so genannten humanitären Gründen.

Um der Ursache hierfür auf den Grund zu kommen, untersuchte die Referentin verschiedene aktuelle **Schulbücher**, in denen das **Thema Krieg und Frieden** (in den Schulbüchern meist als „Internationale Sicherheitspolitik und Konfliktlösung“ bezeichnet) behandelt wird. Für die Analyse wurden Schulbücher aus Baden-Württemberg von unterschiedlichen Verlagen, für unterschiedliche Klassen und Schulformen ausgewählt.

Die Ergebnisse unterteilte die Referentin in verschiedene Themengruppen, wobei sich gezeigt habe, dass in der Darstellung dieser Bücher Kriege immer nur von den „Anderen“, also von Menschen im Globalen Süden, geführt würden. Die NATO bzw. die „Internationale Gemeinschaft“ werde lediglich in diese Kriege hineingezogen, sie müssten intervenieren, um Schlimmeres zu verhindern, häufig genug allerdings sei sie machtlos – so die Darstellung. Auch bei der Frage nach den Ursachen von Kriegen werde die Verantwortung des Westens in diesen Büchern kaum thematisiert, vielmehr würden die Gesellschaften des Südens für die Gewalt verantwortlich gemacht. So würden in zwei Beispielen aus Schulbüchern für das Berufskolleg und die gymnasiale Oberstufe das starke Bevölkerungswachstum in ärmeren Ländern für den Ausbruch von Kriegen dort verantwortlich gemacht. In einem Schulbuch hätten die SchülerInnen anhand eines Bildes von der „Weltbevölkerungsuhr“ in Osnabrück die Folgen des Bevölkerungswachstums auf die Internationale Sicherheit erläutern sollen. Auf der Weltbevölkerungsuhr, die „zählt“, wie viele Menschen jede Sekunde global hinzukommen, sei eine schwarze Frau abgebildet und über ihr wäre der Slogan zu lesen: „Armut verhindern bevor sie entsteht“. „Abgesehen von dem unverhohlenen Rassismus, der sich bei dieser ‚Weltbevölkerungsuhr‘ zeigt, wird das Thema in dem Schulbuch unter der Überschrift ‚Gefahren für Frieden und Sicherheit‘ behandelt“, so Schürkes. „Die zentrale Aussage hier lautet, dass Menschen allein aufgrund ihrer Existenz ein Sicherheitsproblem darstellen, dem man am besten dadurch begegnet, dass man verhindert, dass diese Menschen überhaupt existieren.“ Dies zeige sich daran, dass der zum Bild gehörende Arbeitsauftrag für die SchülerInnen sie auffordere aufzuzeigen, welche sicherheitspolitischen Probleme aufgrund des „ungebremsten“ Bevölkerungswachstums entstehen könnten.

Die meisten untersuchten Schulbücher hätten überdies dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan ein gesondertes Kapitel gewidmet. Hier sei die Zweiteilung in jene, die Kriege führen (Afghanen) und jene die versuchen, den Krieg zu beenden (deutsche SoldatInnen) besonders deutlich. So würden SchülerInnen in verschiedenen Schulbüchern den Arbeitsauftrag erhalten, die Aufgaben der NATO und der Bundeswehr in Afghanistan zu benennen. Dabei würden ihnen aber fast ausschließlich Texte zur Verfügung gestellt, die aus Quellen stammten, die der Bundeswehr oder dem Bundesverteidigungsministerium sehr nahe stünden. „Auch wenn für die Präsentation ausschließlich die empörendsten Fälle der einseitigen Beeinflussung der SchülerInnen herausgegriffen wurden, so kann gesagt werden, dass die Schulbücher einen gewissen Beitrag dazu leisten, die Militarisierung der Politik voranzutreiben“, so Schürkes abschließend.

Den Abschluss des Podiums machte **Frank Brendle** vom Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Berlin, der über das Thema **„Ehrenmäler und Orden“** referierte. „Je blutiger der Krieg, desto bunter wird die Ordensvielfalt“, so der Referent mit Blick auf die Neueinführung von Tapferkeitskreuzen und Gefechtsmedaillen im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Krieg. Generell dienten Orden zwei Aspekten: Einmal hätten sie eine binnenmilitärische Funktion, da sie eine Form der Anerkennung darstellten,

die soldatischerseits vehement eingefordert würde. Andererseits gehe es aber auch zunehmend darum, die Soldaten als „Märtyrer“ in der Gesellschaft zu präsentieren. Dabei sei in den letzten Jahren eine Verschärfung zu verzeichnen, die unter anderem auch an der Instrumentalisierung des Gedenkens an in Afghanistan zu Tode gekommene Soldaten zu sehen sei. So habe sich seit 2008 die Formulierung (wieder) eingebürgert, ein Soldat sei „gefallen“. In diese Politik reihe sich auch das 2009 eingeweihte Ehrenmal der Bundeswehr ein, das Brendle als „den ersten baulichen Versuch seit dem Zweiten Weltkrieg, den Soldatentod wieder positiv zu deuten“, charakterisierte. Es sei davon auszugehen, dass sich die Intensität der Heldenverehrung in der Bundeswehr künftig noch weiter erhöhen werde. In der Diskussion sei ein weiteres Ehrenmal und in Kürze werde es den sogenannten „Wald der Erinnerung“ in Potsdam geben, in den das sich bereits abgebaute augenblicklich noch in Afghanistan befindliche „Ehrenhain“-Denkmal transportiert werden sollen. Auch gesellschaftliche Initiativen gelte es zu beachten, etwa die „gelbe Schleife“, mit der Einzelpersonen ihre Solidarität mit der kämpfenden Truppe zum Ausdruck bringen könnten. In diesem Zusammenhang regte Brendle an, darüber nachzudenken, ob hier nicht eine Art Gegen-symbol geschaffen werden sollte, mit dem eine gegenteilige Position zum Ausdruck gebracht werden könne.

Abends teilten sich die Besucherinnen und Besucher in vier verschiedene Workshops auf. Im Workshop **„Schulterschluss zwischen Militär und Gewerkschaften?“** berichteten Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler aus München zunächst vom Treffen zwischen DGB-Chef Michael Sommer und Verteidigungsminister Thomas de Maizière im Februar 2013, auf dem eine enge Kooperation angekündigt wurde. Hierauf wurde u.a. der Aufruf „Wir widersprechen“ initiiert, in dem diesen Plänen eine klare Absage erteilt und der von zahlreichen Gewerkschaftern unterzeichnet worden sei. Aufgrund dieses Widerstandes habe der DGB-Chef im Sommer 2013 einen friedenspolitischen Dialog angekündigt, für den aber am 30. Oktober 2013 primär bundeswehurnahe Referenten und Gewerkschafter eingeladen worden seien. Im Workshop beim IMI-Kongress wurde berichtet, es sei gelungen, massive Proteste gegen dieses Treffen zu organisieren und dort die Zusage für eine Folgeveranstaltung zu erhalten, die dann wirklich ein friedenspolitischer Dialog sein könne. Nun gelte es, bis zum Ende von Sommers Amtszeit im Mai 2014 den Druck hochzuhalten, damit der geplante Schulterschluss in Form eines Grundlagenpapiers nicht noch vor dessen Ausscheiden auf den Weg gebracht werden könne. Außerdem müsse dafür gesorgt werden, dass entsprechend der Ankündigung der versprochene friedenspolitische Dialog auch mit entsprechenden Referenten besetzt werde, sodass er diesen Namen auch verdiene. Zu diesem Zweck wurden konkrete Maßnahmen angedacht, u.a. die Einrichtung einer eigenen, dem Thema gewidmeten Homepage, einer Referentenliste und ähnliches.

Im Workshop **„Schule und Bundeswehr“** wurden verschiedene Ansätze für Protestformen bzw. Informationsübermittlung besprochen. Zunächst wurde die Frage aufgeworfen, ob es maßgeblich darum gehen soll, Kinder vor Beeinflussung zu schützen oder „allgemein“ gegen die Bundeswehr zu mobilisieren, wobei die Schule dann nur ein Ort unter vielen sei. Daran anknüpfend wurde die These aufgestellt, dass es den Bündnissen an Orientierung und Richtung fehle und an Zusammenarbeit und Kontakten untereinander. Festgestellt wurde etwa, dass auch die Reichweite der Bündnisse auf Landesebene begrenzt sei. In NRW habe es z.B. erst vor kurzem (im Frühjahr 2013) eine erfolgreiche Initiative von SchülerInnen in Solingen gegeben, gleich drei Schulen frei von der Bundeswehr zu machen, ohne dass es dabei einen

richtigen Kontakt mit dem NRW-Bündnis „Schule ohne Bundeswehr“ gegeben habe. Der Schwerpunkt der meisten Wortbeiträge lag darauf, dass Militärbesuche verhindert werden müssten, anstatt eigene Kooperationsverträge (etwa mit den Bildungsministerien) anzustreben oder sich anderweitig institutionell einbinden zu lassen. Über die Frage, ob im Einzelfall Schulbesuche parallel zu bzw. nach denen von Jugendoffizieren sinnvoll sind, gab es Dissens.

Als Problem wurde auch dargestellt, dass es infolge von Protesten bei Berufs- und Bildungsmessen häufig Hausverbote gäbe und damit keine weiteren Proteste auf dem Messegelände möglich seien. Eine mögliche Alternative sei das Protestieren vor dem Eingang. Es gab auch den Vorschlag, linke Ratsabgeordnete (weil diese z.T. als Abgeordnete auch im Vorstand der Messe sitzen!) anzusprechen und den Verweis auf Erfahrung mit dem Jugendhilfeausschuss Herne, der eine Bildungsmesse in Bochum nicht unterstützte, weil die Bundeswehr dabei war. Bezüglich der Position der GEW überzog klar eine positive Meinung, da sie eine wichtige Unterstützung für die Proteste sei, auch wenn von Schwierigkeiten berichtet wurde, vor Ort GEW-Funktionäre für Proteste gewinnen zu können. Aus Hamburg wurde über den erfolgreichen Einsatz einer Schul-CD und einer Live-Band vor dem Schultor bei einem Besuch eines Jugendoffiziers berichtet – mit dem Ergebnis, dass SchülerInnen lieber die Musik gehört hätten, als in den „Unterricht“ zu gehen. Ferner wurde Bedarf an einem Handlungskonzept bzw. einem „Rezept“ angemeldet, das Tipps gibt, was zu tun ist, wenn die Bundeswehr vor der Tür steht. Hierfür wurde u.a. auf die Broschüre „Es lernt sich besser ohne Helm“ (<http://www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de/wp-content/uploads/reader-sobw.pdf>) und die „Zeitung gegen Totschlagargumente“ (<http://jungdemokraten.de/relaunch/uploads/zeitung%20gegen%20totschlagargumente.pdf>) verwiesen.

Im Workshop **„Militarisierung der Hochschulen“** wurde diskutiert, in welchen Formen sich das „Militärische“ hier Bahn bricht. Abgehoben wurde unter anderem auf die unterschiedlichen Formen, die Militarisierung, Rüstungsforschung und Werben für den Krieg annehmen können. Dabei sei unter anderem die Finanzierung der Hochschulen als ein Punkt zu identifizieren, der als Einfallstor für militärische Zwecküberlegungen dienen könne. Eine sichere Grundfinanzierung, so die Feststellung, reduziere die Notwendigkeit der externen Drittmittelfinanzierung und damit die Gefahr der Einflussnahme durch Rüstungsunternehmen oder direkt durch das Militär. Wichtige Punkt in der Diskussion waren der aktuelle Protest und die Bemühungen, Zivilklauseln an Hochschulen zu etablieren. Hier zeigte sich auch, dass oftmals die Informationen über konkrete Rüstungsforschungsprojekte an Hochschulen fehlen und es wurde angeregt, diese öfters zu dokumentieren und die Infos zusammenzutragen. Eine andere Anregung bestand darin, einen Preis für positive oder aber auch negative Beispiele nach dem Muster der etablierten Friedenspreise zu vergeben. Man war sich einig, dass die Vernetzung der pro-Zivilklausel-Akteure vorangetrieben werden müsse.

„Gerne wird vergessen, dass feministische Kritik und Antimilitarismus zusammen gehören“, so lautete der Aufruf, um das Interesse am Workshop **„Feministische Drohnenkritik“** zu wecken. Dort präsentierte die Gruppe AGFA-V eine Zusammenstellung verschiedener Perspektiven auf das Thema. Mit einem lockeren Einstieg eröffneten zwei Feministinnen die Runde, indem sie eine Performance lieferten, bei der sie sich über die Frage, was denn feministische Drohnenkritik sein könne, unterhielten. Ins „Publikum“ hatten sich auch weitere Mitstreiter_innen gemischt, die dann im Anschluss an den ersten Beitrag ihre feministische Droh-

nenkritik vorbrachten. Dabei sei insbesondere ein intersektionaler Ansatz stark zu machen, der neben geschlechtlichen auch andere Unterdrückungsmechanismen als verwobene Machtgefüge herausstelle. Diese Mechanismen würden auf Dichotomisierungen (beispielsweise Freund – Feind) und damit vorgenommenen Hierarchisierungen basieren. Drohnen sei diese Logik eingeschrieben, wenn sie alles Leben erfassen.

Ein weiterer Beitrag einer Aktivistin machte die feministische Technikkritik insbesondere der 80ziger Jahre anschlussfähig an die Debatten um die Drohnentechnologie und weitere Technologien von heute, die sich der Optimierung des Körpers widmeten. Diese basierten auf technischen Allmachtsfantasien einer binär gedachten Naturbeherrschung und der Abspaltung von Körper und Geist, Emotion von Kognition. Ein letzter Beitrag aus der Gruppe zielte in eher erzählender Form auf die Neuverhandlung von Nähe und Ferne ab, bei der die dichotomen Distanz-Strukturen über die Drohnentechnologie und der Verantwortlichkeit der sie Steuernden geschaffen würden. Ein genauerer Blick mache jedoch die Verwicklung jeder/s Einzelnen deutlich, und dass viel mehr von brüchigen Distanzen gesprochen werden müsse, die es als Form des Widerstandes neu zu verhandeln gelte.

In der kontroversen aber angeregten Diskussion wurde die Frage, was denn feministische Drohnenkritik sei, weiter verhandelt. Dabei wurde unter anderem auch über die Tübinger Drohnenforschung berichtet, aber auch über die individuelle Verortung in einer breiten feministischen Debatte, die hier nur angerissen werden konnte. Einige waren von der feministischen Drohnenkritik oder den vorgebrachten inhaltlichen Punkten nicht überzeugt, woraufhin auf die Prozesshaftigkeit des Vorgehens von AGFA-V hingewiesen wurde. Vorläufige Antworten zu geben und Denkprozesse transparent zu machen wurde als Stärke anerkannt, die auch eine feministische Form darstelle, die das zum Teil sonstige maskuline Redeverhalten auf dem IMI-Kongress mit den festen „Expertenantworten“ kontrastieren solle.

Den Auftakt des Sonntags bildete **Martin Kirsch**, der über das **„Kommando Territoriale Aufgaben: Einsatz und Desinformation an der Heimatfront“** referierte. Im Zentrum stehe dabei u.a. die neue Rolle der Reservisten, über die der Referent für die IMI eine ausführliche Studie angefertigt hat. In der Konsequenz der Umgestaltung der Bundeswehr zur international einsatzfähigen Armee erfahre ihre Organisationsstruktur in der Aufstellung des Kommandos Territoriale Aufgaben (KTA) ebenfalls eine Neuordnung – sie sei gleichbedeutend mit einer Neuorientierung auch auf neue Aufgabenspektren im Inneren. Schon jetzt strapaziere die Bundeswehr die Möglichkeiten der Amtshilfe im Inneren, um sich positiv zu platzieren.

Die Bundeswehr solle demnach stärker dazu herangezogen werden, „kritische Infrastrukturen“ im Rahmen der „vernetzten Sicherheit“ zu schützen. Dies wäre Teil der Stärkung zivilmilitärischer Kooperation, die unter anderem in der konsequenten Paral-



Bild von der Eröffnung, Foto: Tobias Pflüger

lelgestaltung der militärischen Kommando-, Informations- und Verbindungsstruktur zu den auf der zivilen Seite vorhandenen Institutionen bestehe. Auf jeder Ebene würden nun militärische Institutionen etabliert, die einer engen Verzahnung mit zivilen Institutionen Vorschub leisteten. Dabei werde auf der militärischen Seite eine Bündelung aller (möglichen) Aufgaben in einem Kommando in Berlin vorgenommen, dem Landeskommandos und Bezirkskommandos unterstellt seien. Als Instrumente stünden dem KTA die Feldjäger, ABC-Abwehr, das Zentrum für Zivil-Militärische-Zusammenarbeit, das (Berliner) Wachbataillon, Truppenübungsplätze, das Zentrum für Operative Information (ZOI) und die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKräfte) zur Verfügung.

Das Zentrum für Operative Information diene nicht der zur psychologischen Kriegsführung durch Propagandaarbeit im Ausland/Einsatzgebiet, sondern erfülle durch Bereitstellung von „Informationsmaterial“ im Inneren ebenfalls mehr und mehr die Rolle eines Mittlers in die Gesellschaft. Weitere Aufgaben des Zentrums seien die Dokumentation und Informationsgewinnung für die Kommandoebenen in Deutschland.

Ausführlich wurde daraufhin auf die Neuorganisation der Reserve eingegangen, die als Rückgrat der Landesverteidigung und Träger der (zukünftig intensivierten) Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit zu werten sei. Sie sei es, die in Teilen durch Inlandseinsätze die Sicherung der „kritischen Infrastruktur“ durchführen solle, aber auch den Auftrag habe, in die Meinungsbildung der Gesellschaft hinein zu wirken (Stichwort: Mittler). Die RSU-Kompanien seien dabei jeweils eng an eine aktive Bundeswehreinheit angebunden und sollten durch ihre lokale Verankerung die Lücken füllen, die die Ausrichtung der Bundeswehr auf internationale Einsätze hinterlasse.

Im Fazit wurde festgehalten, dass die neue Struktur auf eine Ausweitung der Rolle der Bundeswehr für Einsätze im Inneren hindeute. Die Bundeswehr bringe sich aktiv als Akteur bei „Katastropheneinsätzen“ ins Spiel und werbe mit diesen für ein positiveres Image in der Bevölkerung. Mit RSUKr und ZOI seien Institutionen etabliert worden, die eine Imagewerbung im Sinne der Bundeswehr betreiben und der „Normalisierung“ des Bildes der Bundeswehr im öffentlichen Raum zuarbeiten sollen.

Seinen Beitrag über die Rolle der **Geheimdienste als „Lini-enrichter der sicherheitspolitischen Debatte“** begann **Heiner Busch** mit der Feststellung, dass Geheimdienste die Eigenschaft hätten, für Skandale meist „belohnt“ zu werden. Das zeige die

Entwicklung seit dem Aufliegen des „NSU“ im November 2011. Noch im Dezember 2011 sei von Verfassungsschutz und Polizeibehörden das „Gemeinsame Abwehrzentrum Rechtsextremismus“, GAR, eingerichtet worden, es existiere nun auch eine gemeinsame Datei von Verfassungsschutz (VS) und Polizei. Im November 2012 wiederum sei dieses Zentrum in das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) eingegliedert worden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz habe damit mehr Befugnisse erhalten, besonders gegenüber den Landesämtern, bis hin zu einem Weisungsrecht in Ansätzen. Das modernisierte „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ NADIS-WN (Wissensnetz) sei im Juni 2012 in Betrieb genommen worden.

Zugleich wolle der VS mit seiner Arbeit mehr denn je in die Öffentlichkeit hineinwirken. Die jährlichen Berichte aller VS-Ämter (bis auf das Saarland) bemühten sich um den Nachweis, dass das „Gute“ in der Mitte liege. Dazu gehörten auch die Auftritte des VS in Schulen, z.B. in Niedersachsen oder NRW. Hier sei für Unterrichtszwecke sogar ein eigener Comic entwickelt („Andy“) worden. Der Begriff des „Linienrichters“ sei dafür jedoch nicht passend, weil es sich bei den Geheimdiensten nicht um neutrale Beobachter handle, sondern selbst um Akteure bzw. Spieler, welche die „Linie“ je nach Bedarf und politischer Opportunität verschieben. Die VS-Ämter seien Geheimdienste, die den Innenministerien unterstehen und deren Positionen nach außen vertreten. Sie haben nicht die Aufgabe, Wirklichkeit zu verstehen, sondern Feind-Definitionen von oben herab zu liefern und zu verbreiten. Das veranschaulichte Busch anhand von Beispielen, welche auch die Friedens- und antimilitaristische Bewegung betreffen. Hierzu gehöre etwa die Diskussion um das Jahressteuergesetz 2012 bzw. die Abgabenordnung. Die Streichung des Begriffs „widerlegbar“ durch den Gesetzgeber hätte zum automatischen Verlust der Gemeinnützigkeit geführt, falls eine Organisation in einem Bericht des VS genannt worden wäre. Der VS Baden-Württemberg schicke an die Finanzämter jährlich Listen von Organisationen, die als „extremistisch“ oder entsprechend „extremistisch beeinflusst“ gelten. Auch die Entscheidung des

Bundesverfassungsgerichts im Fall Ramelow sei zumindest zweischneidig: Ein Automatismus sei verhindert worden, die Überwachung von Teilen der Linkspartei gehe aber weiter, die Linie zwischen „guten“ und „extremistischen“ Linken sei nun in die Partei hineinverlegt worden.

Der Kritik am Bild des „Linienrichters“ schloss sich anschließend auch ein Rechtsanwalt aus Berlin an, der über die Rolle von Polizei und Justiz in der Auseinandersetzung um die militariserte Außenpolitik referierte. Der Extremismus-Begriff werde von diesen etwa bei der Anmeldung von Demonstrationen i.d.R. nicht auf Organisationen, sondern auf Personen angewandt. In die Auflageverfügung gehe die Vita des Anmelders aus Sicht der Polizei und Geheimdienste ein. So auch beim diesjährigen GÜZ „War-starts-here“-Camp, wo der Anmelder in einer Allgemeinverfügung des Landkreises zunächst namentlich als bekannter „gewaltbereiter Linksextremist“ genannt worden sei, was sich aber eher auf die Wahrnehmung aller Demonstrierenden auswirke und das Verhalten der Polizei beeinflusse. In diesem Falle sei der zuständige Verwaltungsbeamte zugleich aktiver Reservist gewesen. Die Einschätzungen, die in das Verwaltungshandeln eingingen, beruhten auf der gemeinsamen Datei von VS und Polizei, in die auch der Militärische Abschirmdienst Daten einspeisen könne. Diese Informationen über Personen basieren häufig auf Ermittlungsverfahren, die in den meisten Fällen eingestellt und kein Strafverfahren, geschweige denn eine Strafe nach sich gezogen hätten und von denen die Betroffenen nicht einmal wissen müssen.

Es solle Angst erzeugt werden – Angst, sich zu exponieren. Das Bewusstsein, dass antimilitaristischer Protest nicht unbedingt zum gesellschaftlichen Konsens gehört, führe dazu, dass die protestbereiten Gruppen klein blieben. Es werde aber der Repression zunehmend auch kreativ begegnet. Beim Camp gegen das GÜZ 2013 sei bei Weitem nicht mehr so umfassend kontrolliert worden wie im Vorjahr und die Polizei zu abenteuerlichen Begründungen gezwungen worden (etwa wegen „sinnlosen Hin- und Herfahrens“). Obwohl auch hier deutlich wurde, dass sich die Polizei mitunter nicht an ihre eigenen Regeln halte bzw. die



Bild von der Vorveranstaltung, Foto: Tobias Pflüger

Rechtsgrundlagen ihres eigenen Handelns gar nicht kenne. Das zeige sich auch daran, dass Erfolge bei der Eindämmung polizeilicher Willkür weniger von einer guten juristischen Argumentation, sondern von guter Öffentlichkeitsarbeit, Berichterstattung in der Presse und öffentlicher Unterstützung abhingen.

Daran knüpfte anschließend eine Aktivistin an, die jahrelang an Protesten gegen das Bombodrom und dem GÜZ beteiligt war. Wichtig seien die Gespräche mit der örtlichen Bürgerinitiative, der Bevölkerung und die Stärkung der Solidarität untereinander.

Eine wirksame Gegenmaßnahme gegen Kontrollen seien beispielsweise Formulare. Sie dienten bei Kontrollen dazu, einen direkten Selbstschutz zu ermöglichen, indem nach der Rechtsgrundlage des Einsatzes, dem Namen und der Nummer des Polizisten gefragt wurde. Nach dem Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge in der Kaserne von Havelberg, der mit den GÜZ-Protesten in Verbindung gebracht werden sollte, konnte die Polizei mithilfe von Anwälten daran gehindert werden, das Camp zu stürmen. Der offensichtliche Spaltungsversuch von BI und Protestcamp ist jedoch nicht geglückt. Stattdessen haben die BI und das Protestcamp gemeinsame Aktionen gestartet.

Zum Abschluss des Kongresses sprach **Johannes M. Becker** über „**Das neue Bild vom Krieg**“. Er stellte fest, dass Deutschland zum aktuellen Zeitpunkt in so viel Konflikte und Kriege verwickelt sei wie nie zuvor. Gleichzeitig falle es der Friedensbewegung ungeheuer schwer, die Leute in großem Umfang auf die Straße zu bringen. Für diesen vordergründigen Widerspruch hatte Becker eine Erklärung parat: Die Herrschenden hätten es mit all ihren zur Verfügung stehenden Mitteln geschafft, ein „neues Bild vom Krieg“ in der Gesellschaft zu verankern und damit den Krieg wieder als einen ganz normalen Bestandteil von Politik darzustellen.

Seine These untermauerte Becker mit zehn Beobachtungen. Erstens lasse sich eine veränderte Rolle des sog. Verteidigungsministers beobachten. Guttenberg sei in dieser Position zur Ikone gemacht worden und auch sein Nachfolger de Maizière gehöre zum absoluten Spitzenpersonal seiner Partei. Im Vergleich zur früheren Besetzung dieses Postens lasse sich eine deutliche Aufwertung des Amtes und damit ein gewollter Prestigeerwerb des Ressorts erkennen. Zweitens färbe der verbreitete Stolz auf die Position Deutschlands als Exportweltmeister auch auf den dritten Platz bei den Rüstungsexporten ab. Drittens habe die Friedensbewegung durch den Verrat von SPD und Grünen – beides ehemals sich selbst als „Friedensparteien“ nennend und verstehend – eine deutliche Schwächung erfahren. Damit hänge viertens die im Massenbewusstsein verankerte Einschätzung zusammen, Deutschland betreibe eine abgewogene und selektive Sicherheitspolitik. Schröders Nein zum Irakkrieg, Westerwelles Libyenpolitik, seine Forderung eines US-Atomwaffenabzuges und andere Entscheidungen untermauerten diese Sichtweise, ohne dass die zugrundeliegenden Interessen klar würden. Fünftens betonte Becker, er misstrauere den Umfragen zum Friedenswillen der deutschen Bevölkerung. Einer Ablehnung von Auslandseinsätzen stehe zum Beispiel große Zustimmung zum Krieg gegen „den Terror“ gegenüber. Dabei komme es nur darauf an, wie die Fragen gestellt würden. Eine grundsätzliche Ablehnung deutscher Kriegsbeteiligungen lasse sich daraus nicht ablesen. Zusätzliche könne sechstens eine nachträgliche Legitimation der Einsätze aus der bei manchen Parteien beobachtbaren Tendenz erwachsen, den Konflikt um einzelne Auslandseinsätze nicht politisch, sondern juristisch vor dem Bundesverfassungsgericht auszutragen. Ein siebter Grund für die gewachsene Akzeptanz des Krieges in Deutschland liege in der Tatsache, dass alle Kriege und Konflikte, um die es derzeit gehe, weit weg stattfänden und ihre Auswir-

kungen für die deutsche Bevölkerung damit nicht unmittelbar erfahrbar seien. Diese Distanz erleichtere auch die Darstellung der Gegner, die ausschließlich als „Despoten, Islamisten, Radikale“ und vieles mehr beschrieben würden, unter Verschleiерung ihrer Beweggründe und der tatsächlich verfolgten deutschen Interessen in diesen Kriegen. Schließlich führte Becker noch zwei allgemeinere Mobilisierungsprobleme an. So hätten die Menschen neuntens – ähnlich wie auch in den Kriegsgebieten selbst – eher mit sozioökonomischen Problemen wie Armut, Arbeitslosigkeit und entsprechenden Zukunftsängsten zu kämpfen. Dadurch gäbe es nicht nur für Friedenthemen wenig Mobilisierung, auch sonst zeichne sich Deutschland zehntens zurzeit durch einen deutlichen Mangel an sozialen Bewegungen aus, etwa im Vergleich zu Frankreich.

Diese im Vortrag aufgeworfenen Punkte und Thesen flossen anschließend direkt in die **Abschlussdiskussion des Kongresses** ein. Dabei wurde mehrheitlich eher die Einschätzung vertreten, dass die Skepsis in der Bevölkerung gegenüber Militär, Rüstung und Kriegseinsätzen zunehme, gleichzeitig aber die zuvor erwähnten Schwierigkeiten, was die Mobilisierung anbelange, den Nagel auf den Kopf träfen. Dennoch betonten mehrere Besucher_innen, dass sich aktuell verschiedene Gelegenheitsfenster anböten, die es nun zu nutzen gelte. So sei die buchstäbliche Militarisierungsoffensive seitens Bundeswehr, Rüstungsindustrie und Politik, bei der aktuell „aus allen Rohren“ gefeuert werde, eher als Zeichen der Schwäche – in Reaktion auf zunehmenden Widerstand – zu werten, denn als Ausdruck einer überbordenden Stärke der Kriegsmaschinerie. Verschiedentlich wurde ergänzt, dass ein weiteres derzeitiges Problem darin bestehe, dass die Friedens- und Antikriegsbewegung lange wenige – offensichtliche – Erfolge habe verzeichnen können, was ebenfalls demobilisierend wirke. Andererseits sei es in den verschiedenen Kampagnen gegen die Militarisierung der Gesellschaft durchaus gelungen, ein kritisches Bewusstsein zu stärken, auf dem nun aufgebaut werden könne. So böte sich aktuell die Chance, an mehreren Punkten die weitere Militarisierung der Gesellschaft aufzuhalten und so Erfolge zu erzielen, die wiederum einer breiteren Mobilisierung dienlich sein könnten – genannt wurden hier u.a. die Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften, um die Kissinger-Professur oder auch die Debatte um die Anschaffung neuer Drohnen. Neben diesen großen „Leuchtturmprojekten“ betonte Johannes Becker zudem, dass dem neuen Bild vom Krieg und seinen vielen begünstigenden Faktoren auch Initiativen entgegen gestellt werden müssten, die auf lokaler Ebene an der akuten Lebensrealität der Menschen ansetzen. Nach einer Darstellung eigener Erfahrungen mit solchen Initiativen in Marburg und einigen weiteren Diskussionsbeiträgen aus dem Publikum schloss Becker, auf einen kapitalismuskritischen Diskussionsbeitrag eingehend, mit den Worten, „Im Kapitalismus wird es keinen Frieden geben, aber es gibt hier trotzdem viel zu tun“.

Bei Drucklegung dieser Ausgabe haben wir erfahren müssen, dass ein langjähriger und treuer Besucher des IMI-Kongresses und IMI-Fördermitglied, Siegfried Böhringer am Mittwoch, den 27. November 2013 im Alter von 89 Jahren verstorben ist. Siegfried Böhringer hat uns immer solidarisch begleitet und IMI Materialien in seinem Bekanntenkreis verbreitet. Seine Anteilnahme an der Entwicklung der IMI war uns ein wichtiger Ansporn. Siegfried Böhringer wird uns fehlen.



INHALT

PROJEKTE

- Wissen und Macht – Drohnenforschung im Rahmen von INDECT
- SAGITTA – auf dem Weg zum autonomen Krieg?
- SOGRO – Forschungsverbund zum Drohnen-Einsatz im Katastrophenfall

AKTEURE

- UAV DACH e.V.
- DLR – die strukturierende Instanz der Drohnenforschung
- Fraunhofer-Institut (IOSB): Katastrophen-PR für Überwachungstechnologie
- EADS als Pionier großer Drohnen für Grenzschutz und Polizei
- Airtec: „Eine kleine Rüstungsmesse“. Sechs Jahre Proteste gegen Drohnen-präsentation
- BIGS – Durch die Rüstungsindustrie gegründete zivile Sicherheitsforschung
- Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr
- Die Bundespolizei und Drohnen-Tests über der Nordsee

ORTE

- Milliardengeschäft Rüstungsforschung – dank EU, Bund und Bremer Senat
- München: „Bavarian International Campus Aerospace and Security“ alias Ludwig Bölkow Campus
- Die Universität Stuttgart und die Drohnenindustrie
- Drohnenforschung in Karlsruhe
- Drohnenvielfalt an der RWTH Aachen
- Hannover: Bildverarbeitung für Drohnen und zur Erfassung auffälligen Verhaltens
- Siegen: Militärische Sensortechnologie und zivile Drohnenforschung
- Mehrdimensionaler Drohnencluster Bonn
- Tübingen: Mensch-Maschine-Systeme als anwendungsorientierte Grundlagenforschung

PERSPEKTIVEN

- Drohnen-Kampagne: Wider den Drohnen zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung
- Entgrenzte Kriege. Robotisierung des Tötens auf der Basis digitaler Vollerfassung
- Gewaltsame Schließung und Öffnung des Wissens. Gegenuniversität in Gründung
- Lernen für den Frieden: Die Zukunft gewinnen ist eine zivile Aufgabe

Was fliegt denn da?

Drohnenforschungsatlas

der

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Jetzt bestellen:

imi@imi-online.de

07071/49154



Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
 Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung
 der Informationsstelle wieder.
 Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
 www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
 Tel. 07071/49154